

deskulturpolitik unterscheidet sich von der Kulturpolitik des Bundes nicht nur durch das kleinere Territorium, auf dem sie ausgeübt werden kann, sondern auch durch die verschiedenen Aufgaben. Es ist im wesentlichen nicht Aufgabe der Landeskultur, vom Konkordat zu sprechen, von Eherecht und Schulgesetz und ähnlichen Fragen. Die Kulturpolitik des Landes ist entlastet von dem Schatten, der in dem Wort Kulturkampf liegt und der die Kulturpolitik auf Bundesebene manchmal eindüstert.

Wir sind also mit einer gewissen Erleichterung in der Lage, an unsere Aufgaben heranzugehen, die auf der Ebene und in den Grenzen des Landtages vollzogen werden müssen. Unsere Aufgabe ist es, die Förderungsmittel des Landes zur Aktivierung der kulturellen Kräfte des Landes zu verwenden. Um es vielleicht mit einem Beispiel zu sagen. Wir haben in der Steiermark 3 Hochschulen, die Universität, die Technische Hochschule und die Montanistische Hochschule in Leoben. Selbstverständlich haben wir ein großes Interesse, daß diese 3 Lehranstalten sich in unserem Lande befinden. Selbstverständlich ist es uns nicht gleichgültig, von welcher Qualität die Professoren sind, die dort lehren, wie die Institute ausgestattet sind, wieviel Hörer kommen usw. usw. Daran haben wir Interesse. Aber unsere Aufgabe ist das nicht. Wohl aber ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Menschen, die dort lehren, daß die Studenten, die dort studieren, vor allem wenn sie Inländer sind, jene Förderung erfahren, auch vom Land her, die ein Land seinen Landeskindern erweisen kann.

Auch am Beispiel der Grazer Theater könnte man genau sehen, was die Aufgabe der Landeskulturpolitik ist. Ich möchte vorweg feststellen, daß der Betrag von 7.000.000 S in diesem Voranschlag, der für diese Zwecke vorgesehen ist, keineswegs zu hoch ist. Wir sind uns alle klar, welche Bedeutung eine Bühne — und wir haben in Graz eine gute Bühne — für unser Land und sein Kulturleben der Stadt hat. Sie soll eine Stätte der Erbauung und der Belehrung sein, eine Stätte der Unterhaltung und — wie Schiller sagt — eine „moralische Anstalt“, die das Kulturleben, das geistige Leben, die Diskussion in der Gesellschaft dieser Stadt wesentlich beeinflußt. Aber a priori, ich wiederhole das, ist das Theater in Graz keine Sache des Landes. A priori ist es Sache der Repräsentation einer Stadt mit einer Viertelmillion Einwohnern, und dieses Theater ist gerade hier am Südostende des deutschen Sprachgebietes eine Aufgabe des Staates, der hier seine kulturelle Visitenkarte vor den fremdsprachigen Räumen vorzuweisen hat. Natürlich, wenn eine Stadt hier ihre Pflicht zu erfüllen einfach nicht in der Lage ist, so hat die größere Gemeinschaft im Sinne einer echten Subsidiarität einzugreifen und der Stadt zu Hilfe zu kommen. Das ist auch der Sinn, der zu den Vereinigten Bühnen geführt hat und der Sinn, der in der Dotierung steckt, die in unserem Budget vorgesehen ist.

Inzwischen haben sich im Laufe der Jahre alle Dinge so gewandelt, daß bereits eine Verpflichtung des Landes daraus zu werden scheint. Nicht nur die vielen Omnibusse, von denen heute gesprochen wurde, die immer wieder bei unseren Theateraufführungen, nicht nur beim Schülerdrama, bei Verdiopern und Lustspielen Besucher zu uns ins Theater

bringen, sondern auch die Fahrten der Vereinigten Bühnen hinaus auf das Land haben eine Verbindung zwischen den Städtischen Bühnen und der gesamten Bevölkerung der Steiermark gebracht, so daß wir von Aufgaben einer Landesbühne sprechen können, die von diesem Theater erfüllt werden. Aber a priori wäre das Theater in Graz nicht Aufgabe des Landes. Vielleicht wird das mißverständlich ausgelegt, aber wir müssen es vom Standpunkt der Landeskulturpolitik sagen, die im großen eine Landeskulturpflege ist; vom Standpunkt einer Landeskulturpflege aus ist es mindestens ebenso notwendig, daß in möglichst vielen Orten des Landes möglichst viel und von möglichst vielen Gruppen, auch von Dilettanten, Theater gespielt wird und am künstlerischen Erleben, wenn auch im bescheidenen Maße, Anteil genommen wird. Genau so müssen wir bestrebt sein, daß in möglichst vielen Familienhäusern gute Musik gemacht wird, daß in Dörfern und Märkten gespielt wird und nicht nur geblasen, sondern gute Musik gemacht wird. Daß im ganzen Lande kulturelle Kräfte lebendig sind und so ein reicher lebendiger Mutterboden des Kulturlebens aufbereitet und immer wieder fruchtbar gemacht wird, aus dem sich dann einzelne Begabungen des Volkes ergeben können.

Wenn das Land Südtirol nicht auf weite Strecken hin das Land der Bildschnitzer von altersher gewesen wäre, wäre kein Michael Pacher herausgewachsen und genau so wäre im Donauland, wo in den Hochzeitsgeigern in einem solchen Maße und in einer solchen Fülle volkstümliche Begabung vorhanden war, daß aus ihrem Bereich einmal einer geschenkt wurde wie es Bruckner war, der aus diesem kulturellen Mutterboden der allgemeinen Kulturbereitschaft herauszuwachsen ist. Es kommt darauf an, unsere Mittel, so bescheiden sie sind, für unsere steirischen Aufgaben zu verwenden. Wir wollen die Förderung aller kulturellen Kräfte, aber keinen Dirigismus. Wir sind interessiert, daß in unserem Lande möglichst viele Dichter dichten, Maler malen und Komponisten komponieren. Es kommt darauf an, daß sie es tun, nicht wie sie es tun. Darauf wollen wir keinen Einfluß nehmen. Das sind Lehren, die wir aus der Vergangenheit bezogen haben. Die Förderung der freien Kräfte, die Beseitigung der Hindernisse, daß sie schaffen und wirken können, muß unsere Aufgabe sein. Es gilt Hilfe und Anregung zu bringen durch unsere Institutionen, durch unsere Landesbibliothek, durch unsere Volksbildungsheime, durch die Förderung der freien Einrichtungen der Volksbildung, wie sie uns in den Vereinen entgegnetreten.

Der Redner der SPÖ, Abg. Afritsch, hat das schöne biblische Wort an den Anfang seiner Ausführungen gestellt: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. (LR. P r i r s c h: „Das neue Programm!“) (Heiterkeit.) Wozu die Technisierung, die Automatisierung, warum die Förderung der Landwirtschaft, die Förderung aller Wirtschaftszweige? Letzten Endes geht es nicht nur um eine Erhöhung unserer Produktion, damit wir wieder neue Produkte machen können. Letzten Endes geht jede Woche mit ihren sechs Tagen auf einen Feierabend und Sonntag zu, darin liegt unser Leben, der Sonntag, der Feierabend, der Tag oder die Stunde, an denen sich die Menschen

bewußt werden sollen, warum sie sich plagen, warum sie auf der Welt sind; eine Stunde der Besinnung, eine Erbauung, für die einen eine Unterhaltung, für die anderen ein Nachdenken über den Sinn des Lebens, unseres Schindens und Plagens. Vorgestern hat der Präsident der Arbeiterkammer bei Eröffnung des Kammersaales in Donawitz davon gesprochen, daß nicht die Anzahl der Waschmaschinen das Glück eines Volkes ausmache. Da muß ich ihm recht geben. Darin liegt eben nicht das Glück! Und wenn Abg. Sebastian gestern am Schlusse seiner Rede uns allen und der Bevölkerung jenes Glück gewünscht hat, das wir suchen, meine ich, auch daß er das gemeint hat letzten Endes, das, was jeder sucht, wenn er arbeitet und das, was er als seinen innersten Lebenssinn bezeichnet. Das ist der Sinn der Volksbildungsarbeit im weiteren Kreise: Menschen helfen, zu sich selbst zu kommen, zur Persönlichkeit, zur Besinnung zu kommen. Es geht uns nicht um eine Organisation im Sinne des *dopolavoro*, einer Freizeitgestaltung, es geht uns um die Erziehung des Menschen, daß er selbst seine Freizeit bewältigen kann, daß er sie sinnvoll verbringt und mit ihr in voller Freiheit etwas anzufangen weiß.

Eine Aufgabe hoher kultureller Verpflichtungen des Landes ist auch — ich muß das aussprechen, wenn das auch nicht überall gerne gehört wird — der Zentralgedanke im Rahmen der Kulturpolitik des Landes, das ist der Heimatgedanke. Wie es für die Kulturpolitik des Staates eine entscheidende Aufgabe ist, die Jugend zur Staatsgesinnung zu erziehen und in der Bevölkerung die österreichische Staatsgesinnung wach zu erhalten, so hat die Kulturpflege im Bereich des Landes den Heimatgedanken herauszustellen. Ich weiß, daß das Wort Heimat in der Gegenwart nicht überall guten Klang hat. Man glaubt weltmännisch modern zu sein, wenn man die Bauweise, die sich in diesem Lande seit Jahrhunderten bewährt hat, hinwegschleift, wenn man Musik und Kunst, die irgendwo *furore* gemacht haben, als die einzigmögliche Ausdrucksform des geistigen Lebens der Zeit gelten lassen möchte. Diese Apostel übersehen, daß das, was sie als modern erkennen, in der großen Welt bereits abwärts gleitet und nicht mehr modern ist. Eine solche Gesinnung ist wirklich eine provinziellerische Gesinnung. Provinziell darf mit wahrer Liebe und mit dem wahren Verständnis der kulturellen Kräfte, der volkstümlichen Werte und Kräfte, die im Heimatgedanken liegen, nicht verwechselt werden. Auch in den Reden zu diesem Budget ist das herausgekommen. Wir leben in einer Zeit der Umwälzung, des Fehlens der gesellschaftlichen Bindungen, die in unserer Jugendzeit gegolten haben. Der Mensch ist in einen Wirbel hineingestellt, aus dem jeder seine Persönlichkeit zu retten hat. Ich will nicht in großen Worten reden, mit denen die Existentialphilosophen und ähnliche die Menschen beglücken, aber es ist so, daß der Mensch in einen verwirrenden Trubel hineingestürzt ist, in die Auflösung alter Bindungen, in die Ausbreitung neuer Ideen. Darauf weiß der Mensch zu reagieren, und zwar so, daß er sich zu wehren hat, daß er seinen persönlichen Charakter zu bewahren hat.

In einer Zeit, in der eine neue Weltkultur aufkommt und sich abzeichnet, gilt diese Forderung, die an den einzelnen Menschen gerichtet wird, auch für das Volk und ein Land. Auch ein Volk und ein Land haben in dieser Zeit der allgemeinen Nivellierung und allgemeinen Vermassung Charakter zu bewahren, und der Charakter, den die Steiermark zu wahren hat, liegt ausgedrückt im Werte unseres heimatlichen Landschaftsbildes, in unserer Naturlandschaft, in den Ortsbildern, in den Traditionen, die sich das Volk bewahrt hat, das Bauerntum ebenso wie unsere Handwerker und Arbeiter.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch hinweisen auf die Kapitel des Budgets, von denen wir glauben, daß sie in ganz besonderer Weise dieser steirischen Aufgabe dienen.

Ich beginne mit dem Landesmuseum Joanneum, für das bedeutende Mittel ausgeworfen werden und das ursprünglich als eine Lehranstalt gegründet wurde, das sich dann als eine sehr fruchtbare Gründung erwiesen hatte und heute mit seinen 11 Abteilungen vor uns steht als ein Museum, das seinen Lehrcharakter zum großen Teil abgelegt hat, weil sich einzelne Lehranstalten aus ihm heraus emanzipiert haben. Aber auch heute noch ist es eine Bildungseinrichtung ersten Ranges, mit einem Personalstand, wie ihn kein anderes Land für seine Museen zur Verfügung stellt, mit immer wachsenden Aufgaben, die uns schon Sorgen machen. Ich glaube, wir können diesen Sorgen umso eher begegnen, je mehr wir bestrebt sind, auch unser Landesmuseum auf seine steirische Aufgaben hinzuweisen, auf seine Grenzen, in denen es zu wirken hat. Eine Bibliothek z. B. muß räumlich dauernd wachsen, weil ja so und so viele tausende Bücher neu gedruckt werden, die zu einem großen Teil aufgenommen werden müssen. Ein Museum z. B. muß nicht von einer bestimmten Gesteinsart aus allen Landesteilen ein und dasselbe Beispiel haben. Wenn wir Bauernhausformen zeigen, ist es unmöglich, sie alle in Wirklichkeit in einem Museum zu bergen, aber es ist durchaus möglich, mit den modernen Mitteln der Photographie, des Films, die uns heute beim Unterricht zur Verfügung stehen, eine vollkommene Bestandsaufnahme des Landes im Landesmuseum zu erreichen und zu verwirklichen. Wenn wir in unserer Bildergalerie unsere Mittel ausgeben dafür, daß wir Bilder von großen Malern erwerben, von bedeutenden Künstlern, die aber mit der Steiermark in keinem direkten Zusammenhang stehen, dann wird es uns trotz der Bindung größter Mittel immer nur gelingen, Werke zweiter oder dritter Klasse anzukaufen und wir werden immer nur ein Provinzmuseum bleiben. Aber wenn wir einen vollkommen geschlossenen Überblick unseres Landes, seiner Natur- und Kunstschätze gewinnen, dann werden wir nicht nur dem Wissenschaftler, der von auswärts kommt, eine vollgültige Auskunft geben können, sondern wir werden auch als Lehranstalt des Landes unsere Pflicht erfüllen.

Die Landesbibliothek, um ein kurzes Wort dazu zu sprechen, ist eine Gründung des Joanneums, herausgewachsen aus einem Leseverein, sie besitzt heute rund 400.000 Bände und hatte im vergangenen Jahr 40.000 Entlehnungen zu verzeichnen. Das

ist eine beachtliche Zahl. Dazu kommen noch 20.000 Lesesaalbenützer, meist ältere Menschen, die im Winter hier in den geheizten Räumen der Bibliothek ihren literarischen und wissenschaftlichen Interessen nachgehen. Auch die Landesbibliothek leidet nicht nur an Raumnot, sondern sieht sich auch vor immer neue Aufgaben gestellt. Wir haben unlängst von einer beachtlichen Leistung eines gewissen Hirsch in Wien gelesen, der eine Ton-Bibliothek für Blinde eingerichtet hat. Auch hier wäre für die Landesbibliothek eine Aufgabe im Interesse der steirischen Blinden zu erfüllen, wenn man z. B. von guten Sprechern die Werke von Künstlern der Vergangenheit und der Gegenwart auf Tonband sprechen ließe. So viel ganz kurz zur Landesbibliothek.

Nun das Kapitel Wissenschaftspflege. Hier handelt es sich wirklich darum, steirische Wissenschaftler zu fördern oder andere, soweit sie steirische Themen behandeln, die für die Erschließung unserer Landesgeschichte von Bedeutung sind. Vor allem gehört in dieses Kapitel die Förderung unserer Studenten, vor allem der steirischen Studenten, die an unseren Hochschulen studieren. Hier möchte ich sagen, daß der Betrag, der im Vorjahr ausgeworfen wurde, nicht nur erschöpft, sondern überschritten wurde. Es wurden im Sommersemester 1958 für 367 Studierende 497.000 S ausgegeben, im Wintersemester 1958/1959 für 383 Studierende 380.000 S. Dazu kommen noch aus demselben Titel heraus 12 Darlehen, die zum ersten Mal in Anspruch genommen worden sind mit einem Betrag von insgesamt 85.000 S. Bei der Gelegenheit möchte ich daran erinnern, daß die im Budget 1958 vorgesehenen 2.000.000 S für das Studentenheim bereits in die Tat umgesetzt werden, in Form eines Studentenheimes hinter dem Haus der Barmherzigkeit an der Ries, dessen Bau ohne großes Spektakel und ohne feierlichen Spatenstich ganz einfach begonnen wurde. Bei der Gelegenheit möchte ich mit einem Ausblick auf das kommende Jahr sagen, daß vorgesehen ist, 10 Stipendien als „Erzherzog-Johann-Stipendien“ hinauszugeben zu je 10.000 S, wofür ich dem Landtag ausdrücklich danke. Diese Stipendien sollen an solche Studenten gegeben werden, die am Abschluß ihres Studiums stehen und als besonders begabt und würdig bezeichnet werden, damit sie, wenn auch nicht ganz sorglos, so doch immerhin im Verhältnis zu sonstigen Studierenden hier über einen Betrag verfügen können, der ihnen die größten Sorgen abnimmt.

Bei der Gelegenheit möchte ich auch sagen, daß ich über den Antrag der FPÖ erfreut bin, ein Eisenforschungsinstitut im Gedenken an den großen Eisenmann Erzherzog Johann einzurichten. Ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, hinzuzufügen, daß man bei der Verwirklichung dieses Gedankens wirklich in erster Linie an eine Stiftung denken und dafür jene Kreise heranziehen soll, die für diese Sache zuständig sind, nämlich die steirische Eisenindustrie.

Und nun zur Kunstpflege, meine Damen und Herren, noch ein grundsätzliches Wort. Hier geht es in erster Linie darum, die steirischen Künstler in vollkommener Freiheit zu fördern und nicht darum, festzustellen, ob einer ein moderner Künstler ist oder ein konservativer. Cliquesanschauungen und darauf

abgestellte Förderungen können wir uns nicht zu eigen machen. Jeder anständige redliche Künstler, der uns das durch seine Tätigkeit beweist, soll bei uns als zeitgenössischer Künstler anerkannt sein und wir werden auch demgemäß unsere Fördermittel ausgeben. Wir können uns nicht verschließen den neuen und modernen Wegen, auf die sich ein redlicher Künstler begibt, aber ebensowenig haben wir das Recht, jemanden zu verurteilen, der sich heute noch so gibt in seiner Technik, wie er es in seiner Schule gelernt hat.

Wir haben 37 bildende Künstler gefördert durch Ankauf ihrer Werke, wir haben 38 Musiker und Musikstudierende fördern können, 7 Dichter und 21 wissenschaftliche Arbeiten.

Zum Kapitel Denkmalpflege möchte ich sagen, daß es sich auch hier um eine moderne Auffassung der Denkmalpflege handelt, die nicht nur in der Konservierung liegt. Es geht uns nicht darum, sämtliche Ruinen wieder aufzubauen. Das Charakteristikum und das Wesen der Ruine liegt darin, daß sie zerfallen ist. Es hat keinen Sinn, diese Schlösser wieder erstehen zu lassen, die zerfallen sind, weil sie keinen Sinn und keine Aufgaben mehr zu erfüllen haben. Selbstverständlich gibt es besonders herausstechende Denkmäler, die vor dem weiteren Zerfall geschützt werden sollen (Zwischenruf: „Berufsschulen unterbringen!“) Das würde ich unseren Lehrern und Berufsschülern nicht zumuten. Die Ruinen machen mir auch weniger Sorgen als die Schlösser in unserem Lande, die Ruinen werden müssen, wenn sie nicht ihren Zweck erfüllen. Sie wissen, welche große Sorgen und Aufgaben das Geschenk eines Schlosses bedeuten würde.

Was wir unter Denkmalpflege verstehen, ist, wertvolles Denkmalsgut der Vergangenheit so in unsere Gegenwart hereinzuziehen, daß sie ein Teil unseres Lebensbereiches und Lebensraumes sind. Das ist z. B. der Sinn des Fassadenkredites. Sie haben in Zeitungsberichten gelesen, welche Orte sich um diesen Fassadenkredit beworben haben. Wildon, Ehrenhausen, Gamlitz und Leutschach. Wer in den kommenden Jahren in die Südsteiermark fahren will, wird durch eine Kette von Orten fahren können, in denen die Ortsbilder bereinigt sind und ein Zustand hergestellt ist, der der überlieferten Bauweise entspricht. Ich möchte hier dem Landeskonservator für seine verständnisvolle Mitwirkung danken.

Das, was vom Denkmalschutz gilt, gilt auch für den Naturschutz. Die Landesregierung hat durch Verordnung eine Reihe von Gebieten unter Naturschutz gestellt, die gewalttätige Eingriffe in die Natur, eines der größten Kapitalien unseres Landes, verhindert haben.

Noch ein Wort zur Volksbildung. Ihr kommt eine weiteste Wirkung zu. Sie ist das entscheidende Instrument der Kulturpflege des Landes im Sinne meiner eingangs gemachten Ausführungen. Wir haben die Volksbildung in jeder Hinsicht zu unterstützen versucht, ob es sich nun um Veranstaltungen von Kursen handelt, von Tagungen, von Dorfwochen. Es gibt eine Reihe von Institutionen, die sich im Lande seit 1945 bewährt haben, die Volkshochschule der Arbeiterkammer, die Urania, das kath. Bildungs-

werk, das in ganz besonderer Weise durch seine Familienerziehungskurse einen Beitrag zur Bildung des ganzen Volkes im Lande geleistet hat, der nicht unterschätzt werden soll. Eine besondere Tätigkeit dieser Art der Volksbildung ist die Förderung der Bibliotheken, Stadt-, Gemeinde- und Pfarrbibliotheken, durch Mittel, die das Land zur Verfügung stellt. Ich möchte hier bekanntgeben, daß die staatliche Büchereistelle, die der Hauptsache nach durch Landesmittel ausgestattet wird, 103 Ausgabestellen im Lande unterhält. Aus der Notwendigkeit des Jahres 1945, als man wenig Büchereien hatte und viele Lesehungrige da waren, ist man auf die Einführung der Wanderbücherei gekommen, die man bis zum heutigen Tage weiterbeibehalten hat. Eine besondere Form einer solchen Wanderbücherei hat die Urania übernommen. Die Zollwachbeamten von Radkersburg bis in die Soboth, im ganzen 25 Zollwachabteilungen, werden regelmäßig durch diese Wanderbücherei betreut. Eine Neuerung, über die wir uns ganz besonders freuen, ist, daß es möglich geworden ist, eine Betreuung der Krankenhäuser einzuführen. Wenn wir die Kranken in unseren Krankenhäusern besuchen und die abgegriffenen illustrierten Schmöcker sehen, die herumliegen, so bedeutet neue und auch äußerlich schöne Bücher hinzubringen eine volksbildnerische und menschliche Notwendigkeit. Es ist nicht möglich, mit der Wanderbücherei in die Krankenhäuser zu gehen, weil wir an die Infektionsgefahr denken müssen, daher haben wir ständige örtliche Büchereien in den einzelnen Krankenhäusern, so z. B. in Fürstenfeld, Rottenmann und Hartberg.

Nun müssen Sie mir noch erlauben, auf das Jahr hinzuweisen, vor dem wir stehen. Ich weiß, hier sind immer wieder Bedenken angemeldet worden, daß wir dieses Jahr feiern. Ich möchte mich nur gegen eines verwahren (wie es in einer Zeitung vor einigen Wochen zu lesen war), daß der Gedanke des steirischen Gedenkjahres, der zum erstenmal 1956 in St. Martin bei einer Tagung ausgesprochen wurde, einen fremden Hintergedanken erhält; mit aktuellen tagespolitischen Fragen hat das nichts zu tun. Die allzubesorgten und bekümmerten Träger der Tradition und Kultur kommen immer dann, wenn sich eine Aktivität regt, zunächst einmal mit der Warnung, daß ja nicht zuviel geschieht. Sie alle, die aus diesem Gedanken heraus uns ihre Warnung in das Gesicht sagen oder hinter dem Rücken reden, sie alle haben nichts dazu beigetragen, daß eine Hypertrophie in der Feier des Jahres zu befürchten wäre. Die großen Musiker der Welt in allen Erdteilen werden es nicht verhindern können, daß man in Salzburg auf den Marzipankugeln den Mozart hinaufpickt. Ich bin vorgestern in Wien gewesen. Bei dieser Gelegenheit wurde über Südtirol gesprochen und es waren auch Tiroler dabei und da ist das Wort Andreas Hofer ausgesprochen worden, da haben sie sich die Hände vor die Ohren gehalten, weil sie nichts mehr von Andreas Hofer hören wollten.

Wir haben vor, dieses Jahr nicht das „Erzherzog-Johann-Jahr“ zu nennen, sondern „Steirisches Gedenkjahr“, um dabei nicht nur der Leistungen einzelner zu gedenken, die selbstverständlich als Mit-

telpunkt den Erzherzog Johann voraussetzen, sondern auch die Leistungen der gesamten Bevölkerung einbeziehen.

Meine Damen und Herren, hätten wir es unterlassen, darauf hinzuweisen und diesen Gedanken in unsere Arbeit einzubeziehen, würden wir die größten Vorwürfe erlebt haben. Ist es nicht selbstverständlich, daß ein Mann, der nach 100 Jahren noch so lebendig ist, auch offiziell gefeiert wird, und daß ein solcher Mann, der die Landwirtschaft in der Steiermark so gefördert hat und der mit seinem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen nachgerade die mittelalterliche Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts auf einen modernen Status gebracht und jene Einrichtungen geschaffen hat, aus denen dann die Landwirtschaftskammern herausgewachsen sind, nicht so leicht vergessen werden kann. Aus seinem im Jahre 1837 gegründeten Gewerbeverein ging später die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hervor. Man kann diesen Mann, dessen Gedenktag sich heuer jährt, einfach nicht vergessen, und der Gedenktag wäre auch vom einfachen Volk wahrgenommen worden, von seinen Bauern und Jägern. Er war es, der die Technische Hochschule gegründet hat, die aus dem Joanneum hervorging, der entscheidend dazu beigetragen hat, daß die Universität wieder errichtet worden ist. Er hat die Semmeringbahn gefördert und auf seine Initiative ging die Trassierung der Bahn von Graz nach Triest vor sich. Ich rede nicht von seinen militärischen Verdiensten. Immerhin hat er 1806 die Landwehr gegründet, die auch eine Voraussetzung dafür war, daß ein Andreas Hofer und Erzherzog Carl ihre vaterländische Taten setzen konnten. Es waren nicht Werke des Krieges, sondern Werke des Friedens, die ihm in Dankbarkeit zugeschrieben werden. Er war es schließlich auch, der am Erzberg die erste Bruderlade gegründet und damit die Grundlagen für unsere Sozialversicherung gelegt hat. Genauso wie er die ersten Grundlagen für die heutige Alpine Montan-Gesellschaft gelegt hat, abgesehen von allem, was er sonst noch getan hat. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß er 1849 als Reichsverweser in Frankfurt am Main gewesen ist und dort Österreich vertreten hat, wenn auch mit wenig Erfolg. Dieser Mißerfolg lag bestimmt nicht in seiner Unfähigkeit, aber entscheidend ist die Konsequenz, die er daraus gezogen hat. Er hat zwar gekränkt, aber innerlich unangeschlagen wenige Monate darauf die Bürgermeisterstelle von Stainz angenommen. So ist er im wahren Sinne des Wortes der erste demokratische Bürgermeister von Stainz gewesen. Er hat damit gezeigt, daß es nicht so sehr auf die große Politik ankommt, sondern darauf, daß ein redlicher Mann im kleinen Bereich sein Bestes gibt.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern vom 12. November gesprochen. Die Feiern sind uns nicht gleichgültig, wir sind schließlich alle Mitbürger unseres Staates und es kommt auf die Dinge an, die wir gemeinsam feiern, wenn es um Land oder Staat geht. Was ist der letzte Sinn eines solchen staatlichen Gedankens? Der letzte Sinn liegt in der gemeinsamen Staatsgesinnung, zu der wir uns zusammenfinden, in den inneren und höheren Werten, die über unserem Alltagsleben liegen. Unser

Unterrichtsminister macht sich darüber große Sorgen. In vielen Gesprächen wurde deutlich, wie sehr er sich bemüht hat, trotz vieler Widerstände dafür einzutreten, daß wir als Bundeshymne nicht mehr die Haydnhymne haben, weil sie von einem Großteil der Bevölkerung nicht mit ganzem Herzen anerkannt wird. Wir brauchen aber, wenn wir die Jugend zu einem Staatsbewußtsein erziehen wollen, gemeinsame Werte, die von allen anerkannt werden. Darum werden wir immer dafür eintreten, daß die Autorität des Bundespräsidenten als die eines gemeinsamen Besitzes des ganzen Volkes und Staates anerkannt wird, auch von jenen, die ihm seine Stimme nicht gegeben haben. Darum bekennen wir uns auch, zumindest der Großteil, selbstverständlich zur neuen Bundeshymne als einem neuen Symbol aller Österreicher und des ganzen Landes, obwohl wir — ob nun berechtigt oder nicht berechtigt — der alten Melodie nachtrauern. Darum glauben wir auch, daß der Tag der Fahne ein solches Symbol ist, dem wir alle zustimmen können. Und sehen Sie, ich glaube, auch ein solches Symbol, wenn auch nicht für alle Österreicher, so bestimmt für alle Steirer, ist dieser Mann, dessen Bild hier in diesem Hause hängt und der auf unsere Arbeit herunter sieht. Dieser treue, fromme, fortschrittliche und tatkräftige Mann, dieser volksverbundene Mann, hat wirklich allen etwas zu sagen in diesem Lande und wird deshalb auch von allen anerkannt. Wir sind in diesem Herbst vor etwa 14 Jahren an einem nebeligen Novemberabend in der Gruft von Schenna gestanden und es war ergreifend, zu sehen, daß in dieser Gruft schon eine Unzahl von Sträußen und Kränzen mit der weißgrünen Schleife zu finden war, als Gaben der Liebe und Verehrung, die die Steirer ohne jede besondere Organisation und Aufforderung im Laufe des Jahres dort niedergelegt haben. Lassen wir uns doch diese Dinge nicht nehmen und freuen wir uns darüber, denn sie sind etwas Bindendes, genauso wie der graue Rock unserer Tracht, der auch nicht auf Parteifarben ausgerichtet und zugeschnitten ist, der auch nicht der Anzug eines einzelnen ist, sondern das Zeichen einer Verbindung, die über die Alltagsdinge hinausgeht, die uns sonst trennen.

Die spontane Bereitschaft, dieses Mannes zu gedenke, glaubten wir doch im Rahmen der Kulturpflege ohne Formalismus soweit auffangen zu sollen, daß wir uns über das „wie“ dieser Frage begannen Gedanken zu machen in Tagungen, Besprechungen und Bürgermeisterkonferenzen. Es wird selbstverständlich dieses Mannes in würdigen Feiern gedacht werden. Aber diese Gedenkfeiern sind nicht das Entscheidende, sondern wir gaben die Parole aus und glauben diesem Manne damit am ehesten gerecht zu werden, wenn wir sagen, daß dieses Stifters und Gründers, der er in erster Linie gewesen war, vor allem auch durch Stiftungen und Gründungen gedacht werden soll. Ich kann nicht die Liste aller Vorhaben vortragen, zu denen sich die steirischen Gemeinden entschlossen haben. Vom kleinsten Aufwand einer kleinen Dorfgemeinde, ihren ärmsten oder begabtesten jungen Mann auf eine höhere Schule zu schicken, bis zur schönen großen Volksbibliothek, die die Gemeinde Kapfenberg im nächsten Jahr eröffnen will, geht der Kreis. Es sind

soziale und kulturelle Werte und Werke, die aus diesem Anlaß geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, es regt sich allenthalben. Die Ortsbilder werden erneuert und gepflegt und es ist das, was ich eingangs gesagt habe, der Heimatgedanke, der ja im Zentrum der Kulturarbeit steht, er hat eine Chance, sich in diesem Jahr in vielen Werken und Werten zu bewähren. Wir haben eine Beteiligung des ganzen Landes festgestellt.

Es sind nicht die verschiedenen politischen Strukturen der Gemeinden und auch nicht die verschiedene politische Parteizugehörigkeit der einzelnen Bürgermeister, sondern es ist die Liebe zur Heimat, die diese kulturelle Arbeit vollbringt, die die einzelnen Gemeinden von einander unterscheiden läßt. Ein ganz offenes Wort: „Kulturpolitik gibt es, aber Kulturpartei politik gibt es nicht!“ Die Kultur kann nicht auf eine Partei zugeschnitten werden. Sie ist Besitz eines ganzen Landes, Volkes oder einer Nation. Natürlich gibt es verschiedene Nuancen des Ausdrucks, verschiedene Gruppen, die für diese oder jene Kulturäußerungen mehr Vorliebe zeigen, aber im Grunde ist sie unteilbar. Darum gibt es auch kein Monopol einer politischen Partei auf die Kultur, aber auch keine Desertion aus der allgemeinen Kulturarbeit eines Landes. Und wenn der Hohe Landtag im Voranschlag Mittel für kulturelle Arbeiten aufbringt, dann beteiligt er sich damit an einer Arbeit, mit der wir uns sicher keine Marmortafeln und Lorbeerkränze erwerben werden, von der wir aber doch hoffen, daß unsere Kinder und die, die nach uns hier in diesem Hohen Hause sitzen werden, sie anerkennen und sagen werden, daß wir uns wirklich bemüht haben und nichts versäumten, was die Stunde und die Zeit von uns verlangten. (Allgemein anhaltender, sehr lebhafter Beifall.)

1. Landeshauptmannstellvertreter **Horvatek**: Hohes Haus! Nach den sehr interessanten Ausführungen des Herrn Landesrates Koren tut es mir leid, zu einer seiner Behauptungen Stellung nehmen zu müssen. Er hat gesagt, er wolle Mißverständnisse nicht schaffen, er sei aber der Meinung, die Vereinigten Bühnen seien keine Angelegenheit des Landes. Dem muß ich entgegnetreten.

Graz ist die Hauptstadt des Landes und in ihr gibt es eine Reihe von Kultureinrichtungen. Dazu gehören die Vereinigten Bühnen, die Universität, die Technische Hochschule und eine Reihe anderer Kulturinstitute, alles Einrichtungen, die eine Landeshauptstadt haben soll. Salzburg hat eine Landesbühne, auch Tirol und Vorarlberg, nur Niederösterreich besitzt keine und, so viel ich weiß, auch das Burgenland nicht. Wien subventioniert eine Reihe von Theatern, die übrigen Ausgaben der Bühnen trägt der Bund. (Abg. Dr. Pittermann: „Nur drei Theater mit 900.000 Schilling subventioniert Wien.“) Diese Frage hat hier im Steiermärkischen Landtag keine Bedeutung. (Abg. Dr. Pittermann: „Sie haben sie ja angeschnitten.“) Ich habe weder Wien noch Niederösterreich aufgezählt. Sie haben das entgegengehalten, darüber habe ich nicht zu reden und dafür trage ich auch keine Verantwortung. Graz ist der Mittelpunkt der Studenten,

der steirischen Jugend. Wir wissen, daß zum Theater nicht nur die Sprechbühne, sondern auch die Oper gehört und daß diese ein wichtiges Instrument zur Einführung in gewisse Zweige der Kultur sind und daher echte Bildungsinstrumente. Für die Grazer Bevölkerung allein ist das nicht geschaffen. Als Graz reicher war, konnte es allein die Theater führen. Graz hat nicht das Opernhaus geschaffen, sondern geschaffen wurde es von der Steiermärkischen Sparkasse, von einem Kreditinstitut, das kulturellen Bestrebungen großes Interesse entgegengebracht hat, als es über bedeutende Mittel verfügen konnte. Nachdem die Gefahr bestand, daß die Stadt Graz die Bühne mangels an Mitteln schließen müßte, ist sie an das Land herangetreten. Nach eingehenden Beratungen, nicht nur in der Landesregierung, sondern auch im Landtag, hat man sich entschlossen, als Teilhaber einzutreten. Seither werden die Vereinigten Bühnen, Landeshauptstadt Graz - Land Steiermark, geführt. Die Vereinigten Grazer Bühnen sind gut und wenn daran Kritik geübt wird, daß das eine oder andere Stück aufgeführt wird, so ist das weder eine Angelegenheit des Landes oder der Stadt, sondern eine des Theaterdirektors. Wenn er findet, es sei ein modernes Stück zu geben, so wird es aufgeführt. Findet es nicht den Gefallen des Publikums, so wird er es absetzen. Keinem künstlerischen Leiter kann man bindende Vorschriften machen.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß die Vereinigten Bühnen ihre Aufgabe mit viel Erfolg, mit wachsendem Erfolg erfüllen, indem sie auch eine Reihe von Orten in der Steiermark bespielen: Mürzschlag, Bruck a. d. Mur, Kapfenberg, Knittelfeld, Judenburg, Voitsberg, Leibnitz und noch andere Orte mit dem Erfolg, daß das, was früher ein passives Geschäft war, jetzt echte Einnahmen bringt. Daß keine Bühne in einer Landeshauptstadt, außer einigen privaten Theatern in Wien ohne öffentliche Mittel durchhält, ist bekannt und das gilt nicht nur für Österreich, sondern auch für Westdeutschland und für alle Kulturländer, zumindest in Europa. Man kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Wenn ich noch sage, daß das Land einen wesentlichen Beitrag von den jährlich notwendigen Zuschüssen von 16 Millionen Schilling beiträgt, so ist das bei Aufgaben am Platze, wie sie die Vereinigten Bühnen erfüllen, weil sie das ganze Land kulturell befruchten und weil es ohne Oper kein großes Orchester und ohne dieses kein reiches Musikleben gäbe. Wenn keine beispielgebende Musik gespielt wird, wird den Schülern der Konservatorien und der Musikhochschulen der Weg zum Erfolg unmöglich. Es ist Tatsache, daß die Vereinigten Bühnen ein wichtiges kulturelles Institut sind und es würde ein großer Mangel sein, wenn das Land nicht genügend mitwirken würde, wie bei einer Reihe von anderen kulturellen Institutionen, die vom Herrn Landesrat Dr. Koren erörtert wurden. Die Notwendigkeit und die Bedeutung zweifelt von uns niemand an. Die Vereinigten Bühnen sind eines dieser Institute aus den Reihen jener, die notwendig sind und deren Nichtberücksichtigung unverständlich wäre. (Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Weidinger:** Hohes Haus! Die Redner haben die Bedeutung und die Werte des steirischen Kulturlebens sehr ausführlich geschildert. Der Herrgott hat uns ein wunderbares, aber auch fruchtbares Land mit herrlichen Bergen, Flüssen, Tälern, aber auch mit reichen Bodenschätzen geschenkt; dieses Land dürfen wir als unser Heimatland bezeichnen. Auch die Menschen dieses Landes lieben dieses Land über die Maßen, die Künstler, Dichter, Schriftsteller, Komponisten, Schauspieler haben sich immer wieder bemüht, der Herrlichkeiten des Landes und ihres Schöpfers zu gedenken. Aus allen diesen Erwägungen heraus soll der Steiermärkische Landtag für das künftige Jahr 1959, vor allem für das Gedenkjahr unseres Erzherzogs Johann, das Bestmögliche tun.

Ich bitte namens des Finanzausschusses, der Gruppe 3 mit den vorliegenden Änderungen ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, welche mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 3 ist angenommen.

Bevor ich die Sitzung unterbreche, verlautbare ich, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß heute um 14.30 Uhr im Beratungszimmer 56 zu einer Beratung zusammentreten wird. Die Mitglieder des Gemeinde- und Verfassungsausschusses werden eingeladen, zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Der Landtag wird um 14.45 Uhr mit der Gruppe 4 fortgesetzt.

(Die Sitzung wird um 12.40 Uhr unterbrochen.)

(Wiederaufnahme der Sitzung um 14.50 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die zu Mittag unterbrochene Sitzung des Landtages wieder auf. Wir kommen zur

Gruppe 4, Fürsorgewesen.

Berichterstatter ist der Abg. Hofbauer, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn ich zwischen Gruppe 3 und Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, einen Gegensatz finde, so deswegen, weil aus den Debatten hervorgegangen ist, daß die Gruppe 3 auf freiwilliger Basis aufgebaut ist, während sich hier der Steiermärkische Landtag hauptsächlich mit Pflichtaufgaben des Landes zu befassen hat. Sie wissen, daß diese Gruppe alles beinhaltet, was in der Steiermark an Fürsorge bei körperlichen, geistigen und sonstigen Gebrechen vorkommt. In dieser Gruppe 4 finden wir auch die Siechenheime Ehrnau, Kindberg und Knittelfeld und die Jugendheime Rosenhof, Hartberg und Graz-Blümelhof. Bei Graz-Blümelhof wäre zu sagen, daß in diesem Jahr das Jugendheim St. Johann aufgelöst

und daß dieses Gebäude der Abteilung 10 zurückgegeben wurde. In dieser Gruppe finden wir noch die geschlossene und die offene und sonstige Fürsorge, wie die für Flüchtlinge, Kriegsveterane und Kriegshinterbliebene. Wir finden auch eine kleine Post für Kriegsgefangene und Heimkehrer. Daß diese Posten bald aus dem Voranschlag wegfallen mögen, das wünschen wir herzlich.

Eine sehr wesentliche Post ist die Post 411,51, das ist die Hilfe des Landes in der offenen Fürsorge, sie beträgt immerhin 2,850.000 S und erfährt eine Steigerung von rund 365.000 S. Wengleich auf der Einnahmenseite eine Steigerung von 30.000 S festzustellen ist, so beträgt die Steigerung immer noch 235.000 S. Der gleiche Titel in der geschlossenen Fürsorge beträgt 4,650.000 S. Auch hier beträgt die Steigerung rund 300.000 S, ohne auf der Einnahmenseite eine Erhöhung zu erfahren, so daß wir, wenn wir diese beiden Beträge zusammenzählen, feststellen können, daß wir für die Landeshilfsbedürftigen eine runde Summe von 7½ Millionen ausgeben müssen. Unter diesen Landeshilfsbedürftigen finden wir die Geisteskranken, Taubstummen, Blinden, Körperbehinderten usw. Ich habe aus dieser vorerwähnten Gruppe die Posten zusammengezogen und errechnet, was das Land Steiermark an Kosten in den eigenen Anstalten zu bezahlen hat und an Kosten in den fremden Anstalten. In den eigenen Anstalten muß das Land einen Betrag von 29,422.000 S aufbringen und in den fremden Anstalten beträgt die gleiche Post 9,640.000 S, so daß für diese einzige Post rund 40 Millionen aufgebracht werden müssen. Wengleich auf der Einnahmenseite 23,568.000 S zu verzeichnen sind, so hat das Land immerhin noch fast 15½ Millionen zu bezahlen. Wenn man hier einige Posten herauszieht, kann man feststellen, daß für die Post „Geisteskranken“ allein 3,900.000 S, für Wirtschaftshilfe an Tbc-Kranke und deren Angehörige ein Betrag von 1,250.000 S ausgegeben wird. 680 Personen nehmen durchschnittlich an der Tbc-Hilfe teil. 160 Personen sind in Anstalten untergebracht. 500 Personen bekommen wirtschaftliche Beihilfen. Wenn auch der Betrag nicht sehr groß ist, so beträgt er doch immerhin zwischen 100 und 300 S. Eine andere Post, die noch zu erwähnen wäre, ist, daß wir für 490 Vollblinde eine Beihilfe von 450 S 13mal im Jahr geben.

Wenn man die Gesamtausgaben des Jahres 1959 betrachtet, so ergibt sich, daß sie einen Betrag von 77,870.200 S, das sind 7,1% des Gesamtbudgets, ausmachen. Wenn man die Ausgaben vom Jahre 1958 betrachtet, so waren das 70,950.000. Das waren 6,7% des Gesamtbudgets. Es bedeutet dies eine Steigerung um 0,4% für 1959. Wenn man die Einnahmen betrachtet, so sind für 1959 35,183.400 zu verzeichnen und für 1958 30,789.900, so daß der Differenzbetrag 4,393.500 S zwischen den Einnahmen 1959 und 1958 ausmacht. Wenn man diesen Betrag von den Gesamtausgaben abzieht, so ist eine echte Erhöhung um 2,531.000 festzustellen. Nun könnte man der Meinung sein, daß die Ausgaben nicht unbedingt sein müssen. Die Pflichtausgaben für diese Post betragen 88'66% und für andere Aufgaben dieser Gruppe bleiben nur noch 11'34%. Die

Erhöhung ergibt sich hauptsächlich aus dem Personalaufwand, weil irgendwelche Sondermaßnahmen für das Jahr 1959 nicht vorgesehen sind, so daß eigentlich praktisch die große Ausgabe von 77 Millionen mehr Pflichtaufgaben gewidmet ist als sonstigen Zwecken. Und wenn auch einige Male gesagt wurde, daß wir hier ein Budget der Sorge beschließen, so können wir dennoch bei der Gruppe 4 mit ruhigem Gewissen sagen, daß alles, was irgendwie möglich ist, für diese Menschen, die der Hilfe des Landes bedürfen, getan wird, damit auch sie mehr oder weniger zufrieden dem Jahr 1959 entgegensehen können.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 16. Dezember mit der Gruppe 4 befaßt und die Ansätze, die darin enthalten waren, einstimmig angenommen. Ich darf namens des Finanzausschusses das Hohe Haus bitten, den Ansätzen der Gruppe 4 die Zustimmung zu geben.

Abg. Wegart: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Ansätze in der Gruppe 4 mit rund 77 Millionen einerseits und die Ausweise aus dem Finanzgesetz des Bundes, daß für die gesamte Wohlfahrt 546 Millionen oder rund 47% der gesamten Ausgaben für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden, bestätigen neuerdings die großen Leistungen des Landes für jene, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen. Ob nun in der offenen oder geschlossenen Fürsorge, ob in der Flüchtlingsfürsorge, der Altersfürsorge, ob in den Siechen- oder Jugendheimen oder in der Fürsorgeerziehung diese Beträge aufgewendet werden, überall kommt zum Ausdruck, daß sich die Verantwortlichen des Landes in dem Willen einig sind, jenen zu helfen, die sich in Not befinden.

Die ÖVP begrüßt diese Einrichtung und wird dieser Gruppe ebenfalls ihre Zustimmung geben.

Die Gruppe 4 gestattet es mir, einige grundsätzliche Bemerkungen zur Sozialpolitik im allgemeinen und zu sozialen Problemen im besonderen zu sagen. Wer sich eine objektive Beurteilung bewahrt hat, der wird mir gerne beipflichten, daß man erfolgreiche Sozialpolitik nur betreiben kann, wenn die Wirtschaft gesund und die Währung stabil ist. Niemand spürt schneller die Folgen einer verhängnisvollen Wirtschaft und Finanzpolitik als die kleinen Leute, die auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind.

Aus diesem Grunde hat es sich die ÖVP zur vornehmen Pflicht gemacht, die stabile Währung zu schaffen und eine gesunde und erfolgreiche Wirtschaft zu führen. Die Garantie für unseren Lebensstandard und Wohlstand liegt nur in der eigenen Leistung. Voraussetzung hierfür ist eine gesunde Wirtschaftspolitik. Es gibt viele Staaten in Osteuropa, die genau so fleißig, viele fleißiger als im Westen arbeiten und dessen ungeachtet arm sind und neben Armut noch die Freiheit verloren haben. Die Wirtschaftspolitik im Osten ist ein Bankrott im vollen Umfange seit langem. Wer Zeuge der gestrigen Budgetdebatte gewesen ist und wer aufmerksam zugehört hat, muß feststellen, ob es nun die Redner vis-a-vis oder da in der Nähe sind, der Tenor lautet: Alles Gute machen wir, die So-

zialisten, alles, was schlecht ist, macht ihr, die ÖVP. Man hat es herausgehört aus den Ausführungen des Generaldebatteurs der SPÖ: „Irgendwo stimmt es nicht, mit der Wirtschaft geht es bergab und man hat herausgespürt, scheinbar tut sich da im nächsten Jahr etwas, das mit dem Begriff Neuwahlen zu verzeichnen ist. Es ist nicht davon geredet worden, daß es den Leuten zumindest besser geht als vor 5 oder 10 Jahren. Aber darüber haben wir schon gewisse Beweise, wie es gemacht wird. Vor mir liegt Ihre „Zukunft“, Heft 9, vom September 1956, da steht ein schöner Satz — ich weiß nicht, ob Sie das wissen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek —: „Lehren aus den Wahlen und für die Wahlen“. Heinz Brantl, ein sehr kluger Mann, hat auch Monate gebraucht, bis er sich von dem Schlag 1956 erholt hat. In dem bemerkenswerten Artikel „Lehren aus den Wahlen — und für die Wahlen“ schreibt er: „Der Erfolg der Wahlen von 1953 (für die Sozialisten) ist wahrscheinlich zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß Österreich im Februar auf dem Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit stand mit einer Arbeitslosenzahl von 300.000 . . .“ Dann sagt er weiter: „Der Wahlkampf von 1956 aber fiel in eine Zeit aufstrebender Wirtschaftsentwicklung, der praktischen Vollbeschäftigung und der Hochkonjunktur. Das Bedürfnis nach einer Änderung ist in solchen Zeiten gering, dadurch ist das konservative Element naturgemäß im Vorteil.“ Mit anderen Worten: Wenn es den Leuten im Lande gut geht, ist für Euch nichts zu holen. Das ist der Grund, warum Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben wird, die diesem Grundsatz Rechnung trägt, damit bestimmte Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Heinz Brantl hat noch etwas anderes gesagt: „Dem Hang zur Persönlichkeit, der sich nach der Schockwirkung von 1945 wieder zu stärken beginnt, trug die ÖVP mit der dem Gegner widerlich erscheinenden, aber im Effekt doch wirksamen Propagierung und Glorifizierung ihres Führers Rechnung — nicht zu ihrem Schaden, wie es scheint.“ Abg. Rösch hat man nach Wien geschickt, damit er steirische Luft in diesen müden Laden hineinbringt. (Abg. Rösch: „Sie sind ja ein Hellseher!“) und die Glorifizierung Ihrer Führer dortselbst betreibt. Einiges scheinen die Sozialisten aus den Wahlen von 1956 doch gelernt zu haben. Hier ist noch ein Blatt Papier, das dürfte Euch auch bekannt sein. „Der Sozialist“ heißt es und wird in der Stempfergasse gedruckt. (Abg. Scheer: „Da wird aber die ‚Tagespost‘ auch gedruckt!“) Ja, auch! (Abg. Scheer: „Nur wegen der Klarstellung!“) Da schreibt Günther Nennung, ein Mann, den Sie auch exportiert haben, folgende Gedanken zum Wahlkampf 1956. „Sind wir in diese Wahl mit einem Programm gegangen, daß für die Wähler, die zu gewinnen waren, verständlich, anziehend, schlagkräftig war? Haben wir im Wahlkampf eine Propaganda gehabt, die — von einem modern denkenden ideenreichen ‚Gehirntrutz‘ geleitet — ein solches Programm (angenommen, es wäre da gewesen) den Wählern, auf die es ankommt, in der richtigen und eindrucksvollsten Weise zur Kenntnis gebracht hätte? Haben wir uns überhaupt die Mühe gegeben, für diese Wahl ein Team von fähigen Köpfen zusammenzustellen, mit den nötigen

Ideen, den nötigen Vollmachten und den nötigen Mitteln, um diesen Wahlkampf modern und durchdacht zu führen? Aber von alledem keine Spur!“ Er sagt weiter: „Wir haben die bessere Idee (Zwischenruf: „Das neue Programm!“), das richtigere Programm, aber wir müssen es auch den Wählern ‚verkaufen‘ können. Das geht nicht mit noch so gut gemeinter Ungeschicklichkeit, Hilflosigkeit, Planlosigkeit, es geht nur mit einem konzentrierten, durchdachten, modernen ‚Schlachtplan‘. Gerade diese Zeit darf jetzt nicht ungenützt verstreichen. (Abg. Sebastian: „Da staunst, wie bei uns die Probleme offen diskutiert werden!“) Jetzt gilt es das zu tun, was schon hätte getan werden sollen: Ein modernes schlagkräftiges Programm! Ein moderner, schlagkräftiger Propagandaapparat! Heranziehung neuer Köpfe! Dem müssen sie Rechnung tragen und alles versuchen und dort anbohren, wo sie glauben, zwangsläufig gewisse Chancen zu haben, bei den Landtagswahlen. Da kommt es nicht darauf an, bei jeder Kindstaufe dabei zu sein, sondern auf ernsthafte sachliche Arbeit kommt es an. (Abg. Dr. Pittermann: „Das nennt man Loyalität!“) Da gibt es rührende Bildchen und anderes mehr, jetzt haben sie in dieser Frage etwas neues geschrieben; da haben sie über die Wahlen in der Steiermark ein Lamento geschrieben, warum es nicht gegangen ist. (Zwischenruf LR. Maria Matzner: „Tun's aufpassen, jetzt kommt es!“) „Ist es zulässig, alles Babyküssen, Kindertaufen, Firmpate spielen, restlos der anderen Seite zu überlassen, während unsere Mandatare, in sachlicher, ernster Arbeit vergraben, der Öffentlichkeit kaum bekannt sind?“ Da sind Sie darauf gekommen, daß das Firmpaten-Spielen und das Taufpaten-Spielen eine Bedeutung hat. Herr LR. Matzner ist jetzt auch als Taufpate unterwegs, nur beim Weihbrunnkessel kennt er sich nicht gut aus. (Helles Gelächter.) Warum ich das sage? Der Grund liegt darin: Gestern haben wir eine lange Vorlesung vom sozialistischen Generaldebatteur gehört, wie das vorher und nachher gesagt wird, und heute wurde von Ihnen einiges von dem ins Gedächtnis gerufen, wie Sie vor dem Essen und nach dem Essen zu den Problemen Stellung nehmen. (Zwischenruf des Abg. Rösch.) Rösch, schön aufpassen, ich bin noch nicht fertig! (Zwischenruf bei SPÖ: „Gehört das zur Fürsorge?“) Und ob das dazugehört! Nach der Präsidentenwahl war es genau so! Bei der Präsidentenwahl haben Sie auch vorher gesagt, welches Unglück es wäre, wenn dieses oder jenes käme, wir dürften nicht zu stark werden usw. usw. Dann haben Sie aufgeatmet. (Unverständliche Zwischenrufe.) Das sind alles Dinge, die Sie gestern vormittag hier in reichem Umfang zur Verlesung gebracht haben, zu dieser und zu jener Frage, nur um uns einen Spiegel vorzuhalten. Dasselbe gilt aber auch für uns. (Abg. Sebastian: „Ihr belügt ja die Öffentlichkeit!“) Bei uns geschieht alles innerhalb der Organisation. Dort erörtern wir die Probleme.“ Ihr könnt ruhig weiterreden, ich hole inzwischen Luft und Ihr könnt Zwischenrufe machen.

Es kommt aber noch schöner. Wir haben gestern dasselbe gehört und das muß heute beantwortet werden. Ihr Herr Vizizekanzler, dessen Namen ich verschweige, hat in einer Radiorede gesagt, man müsse endlich etwas tun für die

Kriegsgeschädigten, Bombengeschädigten und ähnliches mehr. Der „Grazer Montag“ hat einen langen Artikel geschrieben und gesagt, Sie sitzen ja an der Quelle, tun Sie etwas dafür. Das hat dem Herrn Vizekanzler nicht behagt und er hat eine Entgegnung geschickt, vom 5. Mai datiert, unter dem Titel „Nicht kompetent“. „Von Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann erhielten wir zu dem am 21. April 1958 unter der Überschrift „Leere Versprechungen“ erschienenen Leitartikel folgende Entgegnung.“ Darin kommt die ganze Doppelgesichtigkeit zum Ausdruck, die Sie betreiben. Sie schreiben unter anderem folgendes: „Das gleiche tat Vizekanzler Dr. Pittermann, als er in seiner letzten Rundfunkrede verlangte: Sorgt endlich für die Kriegs- und Nachkriegsgeschädigten!“ Wenn man auch bei den Äußerungen eines Politikers weniger leicht ins Wundern kommt als bei einem einfachen Bürger, so hätten die Radiohörer doch gerne dem Redner zugerufen: „Herr Vizekanzler, Sie sitzen doch an der Quelle, tun Sie endlich etwas!“ Was wollte also Dr. Pittermann wirklich? Die Mitteilung, der Vizekanzler sitze an der Quelle und sei kompetent, selbst etwas für Kriegs- und Nachkriegsgeschädigte gesetzlich in die Wege zu leiten, ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß der Vizekanzler gemäß Art. 69 BVG. aus 1929 lediglich der ständige Vertreter des Bundeskanzlers in seinem Wirkungsbereich ist, wenn dieser zeitweilig oder dauernd verhindert ist, jedoch keine Ressortkompetenz besitzt. Gezeichnet Dr. Bruno Pittermann.“ Im übrigen erzählen Sie uns immer, was er alles für Wunder vollbringt. (Gelächter bei ÖVP.) Zu reden aber hat er nichts. Mit einer solchen Doppelgesichtigkeit kann man eine Zeitlang reussieren, aber nicht beim österreichischen Wähler. Unsere Politik ist darauf aufgebaut, daß es in unserem Land zufriedene Menschen gibt, Sie aber können ja nur von den Unzufriedenen leben und existieren. (Zwischenruf bei SPÖ: „Das ist die sogenannte Wahrhaftigkeit!“) Das ist nur die Antwort auf das Gestrige.

Und wenn ich nun zu den Bänken zu meiner Linken etwas sagen will, so folgendes: Sie sind ja auch in das politische Leben getreten mit Tschin-Bum-Trara, von Ihnen hätte man daher gewisse Vorschläge erwarten dürfen, Sie erschöpfen sich aber im dauernden Dagegensein und in Mißmacherei. Interessant war die Mißmacherei, die Ihr Bundesobmann Peter in Feldbach vor 14 Tagen bei einer Versammlung gemacht hat. Er hat eine Stunde geredet, alles in Grund und Boden gezogen und zum Schluß hat er gesagt: Meine Damen und Herren, wenn es immer so bleibt wie jetzt, dann können wir zufrieden sein. Das ist die politische Weisheit, die von Ihren Bänken kommt. Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn dort immer weniger wird und eines Tages alles leer sein wird. (Abg. Scheer: „Das ist nur ein Wunschtraum von Ihnen!“) In der „Zukunft“ steht, daß der Trend zum 2-Parteiensystem eindeutig gegeben ist. (Zwischenruf: „In dieser Hinsicht hat er recht, alles andere ist falsch!“) Diese Passage, Hohes Haus, mußte deshalb eingeblendet werden, um auch von unserer Seite aufzuzeigen, wie Sie vor dem Essen und über die gleichen Themen nach dem Essen denken.

Und nun zurück zu dem Kapitel Fürsorge, bei dem es darauf ankommt, daß wir eine geordnete Sozialpolitik betreiben und uns um jene sorgen, die in diesem Lande zu den Hilfsbedürftigen gehören. Es fällt mir in diesem Zusammenhang noch ein Umstand ein, der genannt werden muß, weil er auf den Bänken hier rechts genannt wurde.

Meine Damen und Herren! Die hier im Landtag vertretenen Parteien sind an keinen Koalitionspakt gebunden. Hier in diesem Hause gibt es, das können wir ruhig sagen, die echte Demokratie, in der auch freie Mehrheitsentscheidungen gefunden werden können. Der Wähler hat einmal der ÖVP eine klare Führungsaufgabe gegeben, die jederzeit bereit war und bereit ist, mit den aufbauenden Kräften zusammenzuarbeiten, und die politische Minderheit hat hier ein Anrecht darauf, gehört zu werden, sie hat das Recht mitzuarbeiten und wir machen von unserer Mehrheit nur Gebrauch, wenn es um Grundsätzliches geht. Das demokratische Spiel der Kräfte hat im Ausschuß und im Landtag freien Lauf. Es gibt nicht wenige, die sagen, wenn es in Österreich keine Koalition gäbe, würde das Land vor die Hunde gehen. In der Steiermark geht das Land nicht vor die Hunde, obwohl es keinen solchen Pakt gibt. Es wird hier sauber und ordentlich gewirtschaftet und die politischen Verhältnisse sind der beste Beweis dafür, daß hier ordentlich gewirtschaftet wird. Die rauhe Luft dieses Hauses ist der Demokratie wesentlich bekömmlicher als ein steriler Koalitionsausschuß. Das sei hier nur am Rande vermerkt. (Abg. Rösch: „Das ist eine harte Kritik an Ihrem Parteiohmann!“) Ich gehöre eben einer Partei an, in der man noch eine eigene Meinung äußern darf. (Abg. Rösch: „In Graz schon, aber in Wien nicht mehr!“)

Nun zur Jugend! Ich bemerke mit Genugtuung, daß für Jugendheime und Jugendhilfe ansehnliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben, unserer Jugend gute und geebnete Wege in das Leben zu bereiten. Anlässlich einer Feier hörte ich einmal den schönen Spruch: „Österreich ist reich an Bodenschätzen, Schönheiten und Tradition, aber dieser Reichtum ist nur klein gegen den Reichtum, den es an seiner Jugend besitzt!“ Unsere Jugend ist kritisch und nüchtern. Es gibt viele Stimmen in der Presse und in der öffentlichen Meinung, die mit der Jugend nicht immer einverstanden sind. Wir stellen fest, daß es selten eine Zeit gegeben hat, in der sich die Jugend so gründlich auf ihren Beruf und ihr weiteres Leben vorbereitet hat wie jetzt und es steht ebenso fest, daß selten eine Jugend so schweren Belastungen ausgesetzt war wie die österreichische Jugend.

Es wurde auch oft behauptet, die Jugend hätte kein Gemeinschaftsgefühl und keinen Gemeinschaftssinn. Hohes Haus, als die Ungarnkrise ausbrach, war es die junge Generation, die sich an die Spitze der Hilfsaktion gestellt hat und damit bewies, daß sie Gemeinschaftsgefühl kennt, Sie stellte hiemit ihren Idealismus in praktischer Form unter Beweis.

Ich begrüße daher, wenn in Gruppe 4 für die Jugendhilfe so viel getan wird, weil mit diesem Geld

für unsere Jugend und die Zukunft beste Arbeit geleistet wird. Aus all diesen Gründen ein deutliches „Ja!“ zur Gruppe 4 Fürsorgewesen und Jugendhilfe. (Starker Beifall bei OVP.)

Landesrat Maria **Matzner**: Hoher Landtag! Als zuständiger verantwortlicher Referent der Landesregierung ist es schwer zu reden. Ich weiß nicht genau, soll ich die Aufwendungen vertreten, die im Voranschlag 1959 für das Gebiet der Fürsorge vorgesehen sind, oder soll ich mich, wie Abg. Wegart das bei seinen Ausführungen getan hat, dazu bekennen, daß es tatsächlich eine Reihe von Ersparungsmöglichkeiten auf dem Gebiete gibt. Dieses Bekenntnis entspräche der Auffassung, daß die Sozialisten nur dann politische Macht erringen können, wenn es dem Menschen schlecht geht.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen, wenn auch ungewollt und von mir nicht beabsichtigt, folgendes sagen: Seit sich die arbeitenden Menschen in Organisationen zusammengeschlossen haben, seit es eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung im alten Österreich gegeben hat und in der ersten und zweiten Republik wieder gibt, seit diesem Zeitpunkt haben sich die Vertreter dieser Arbeiterbewegung dafür eingesetzt, daß Elend, Unrecht, Ungerechtigkeit und Ungleichheit für die arbeitenden Menschen beseitigt werden. Wenn Abg. Wegart in seiner billigen Art und Weise heute davon gesprochen hat, daß die politischen Erfolge der Sozialisten in der zweiten Republik deshalb nicht so stürmisch und groß sind, wie wir das als Sozialisten gerne hätten und daß dies darauf zurückzuführen sei, weil es Vertretern der Österreichischen Volkspartei gelungen ist, mit der Stabilität der Währung nicht nur die Sicherung des Arbeitsplatzes, nicht nur die Renten für die arbeitenden Menschen und nicht nur den Ausbau der großen sozialpolitischen Gesetzgebung in Österreich durchzuführen, möchte ich sagen, daß ich verwundert bin, daß man all diese Forderungen jahrzehntelang so bekämpft und mich als zuständigem Referenten der Landesregierung nicht nur in der Landesregierung mit erhobenem Zeigefinger ermahnt hat, man müsse sparsam sein auf dem Gebiet der Fürsorge, damit der Bogen nicht überspannt und das Auslangen mit den gegebenen Verhältnissen gefunden werde. Wie ich einem Artikel der „Tagespost“ entnommen habe, hat man dies auch in der breiten Öffentlichkeit gesagt.

Wenn ich als Sozialistin und Fürsorgereferentin auf dem Standpunkt stehe, daß ein Teil der Bevölkerung sich mehr in Elend und Not befindet als wir alle miteinander es glauben, darf ich nur darauf hinweisen, daß es heute noch in Steiermark alte Menschen gibt, deren Fürsorgeunterstützung 80 und 100 Schilling beträgt und sie dazu noch kaum eine nennenswerte Unterstützung ihrer Kinder haben; und wir noch Pflegekinder mit Pflegeverträgen haben, für welche von der öffentlichen Hand Pflegegeld von 200 bis 250 Schilling monatlich zur Auszahlung kommen. Wenn man weiß, wie gerade vor Weihnachten Briefe von hunderten und tausenden bedürftigen, alten Menschen kommen und wir mit allen Mitteln versuchen, ihnen die Weihnachtsfeiertage zu verschönern, so möchte ich sagen, daß

die Aufgabe der Sozialisten, das Elend und die Not zu beseitigen, noch nicht erfüllt ist. Wir kennen unsere Grenzen. Wir sehen den Erfolg unserer politischen Arbeit nicht darin, die Not zu vergrößern, um politisches Kapital und damit politische Wählerstimmen zu erhalten, sondern unsere Aufgabe war und ist, dem Menschen ein menschenwürdiges Schicksal zu bereiten und ihn gleichzustellen jenen anderen, die jahrzehntelang das Vorrecht der Geburt und des Vermögens genossen haben.

Nun erlauben Sie mir, daß ich zu dem komme, was ich zu der von mir zu verantwortenden Gruppe zu sagen habe. Wer auf dem Gebiete der Fürsorge im öffentlichen Leben wirkt und arbeitet, weiß genau, daß es unmöglich ist, alles das, was notwendig ist, was uns unter den Nägeln brennt, zu erfüllen. Der weiß genau, daß wir versuchen müssen, irgendwie aus der Schlinge herauszukommen.

Wir müssen versuchen, mit dem, was aus dem Budget möglich ist, das Auslangen zu finden. Es mag da oder dort Lücken geben oder den Anschein erwecken, als könnte man etwas sparsamer sein. Wir alle miteinander müssen zugeben, daß manches aus jahrzehntelanger Übung geboren und erwachsen ist und sich nicht einfach umändern läßt. Unser gemeinsames Streben gerade auf dem Gebiete muß die Hilfe für den Hilfsbedürftigen sein; das Bestmögliche, was aus unseren Kräften geschehen kann, auch tatsächlich zu tun.

Ich würde es als großen Rückschlag auf dem Gebiete der Hilfeleistung auffassen, wenn ein Beschluß des Parteitages der OVP, wieder das Heimatrecht für den einzelnen Bürger in Österreich zu schaffen, dahin ausgelegt wird, daß das Heimatrecht als die Grundlage für Fürsorgeleistungen gelten wird. Wir alle wissen, und gerade der Herr Landeshauptmann ist ein heißer Verfechter des Standpunktes, daß die Loslösung des Menschen aus dem Boden, in dem sie jahrzehntelang gearbeitet und gewirkt haben, und ihre durch gesetzliche Maßnahmen erzwungene Rückkehr in irgendeine Heimatgemeinde, mit der sie jede persönliche und verwandtschaftliche Bindung verloren haben, eine große Härte und ein großes Unrecht wäre. Ich will hoffen, daß dieser Beschluß des Parteitages der OVP nach jeder Richtung überlegt wird.

Sofern uns auch Routinearbeit nachgesagt wird, geben wir zu, daß diese auf dem Gebiete der Fürsorge nicht immer verhindert werden kann, wir uns aber doch bemühen, die menschliche, die individuelle Hilfe in den Vordergrund zu stellen. Im Jahre 1958 haben wir das Durchführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen und es war gerade in Durchführung dieses Gesetzes dem Lande ein Mehraufwand von etwa 5 Millionen Schilling erwachsen. Einerseits durch die Vergrößerung des Personalstandes, der vom Lande übernommen worden ist, andererseits durch Aufgabengebiete, die sich aus dem neuen Jugendwohlfahrtsgesetz ergeben. Abg. Wegart hat in seiner politischen Einführungsrede zum Kapitel Jugend- und allgemeine Fürsorge sich nicht der Tatsache verschließen können, daß wir alles tun müssen auf dem Gebiete der Jugendhilfe und hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sich alle in diesem Hohen Hause vertretenen

Parteien zu dem Grundsatz bekennen, daß wir in Durchführung des Jugendwohlfahrtsgesetzes bessere und intensivere Arbeit leisten müssen.

Nicht beabsichtigt war, in meinen Ausführungen auf die Aktion „Jugend am Werk“ einzugehen. Aber nachdem der Herr Abgeordnete Koch in seiner Diskussion zum Voranschlag 1959 auf die Aktion „Jugend am Werk“ zu sprechen gekommen ist, möchte ich mir doch erlauben, ein paar Worte darüber zu sagen. Er hat nämlich gemeint, daß diese Beitragsleistung des Landes sicherlich vor einigen Jahren zur Zeit, da die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen noch groß gewesen ist, notwendig war, daß man aber die vielen Millionen, die das Land heute für die Aktion „Jugend am Werk“ ausgibt, in einer Zeit, in der es in der Steiermark über 24.000 Lehrlinge gibt, nicht mehr notwendig wären und daß man diese Mittel dem Ausbau der Berufsschulen zuführen könnte. Gestatten Sie mir dazu richtigzustellen. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß das Land für „Jugend am Werk“ Millionen ausgibt. Der Voranschlag für „Jugend am Werk“ für das Jahr 1959 weist 2,9 Millionen aus, wovon im Budget ein Betrag von 650.000 S ist, das ist der 15prozentige Anteil des Landes zu den Gesamtkosten von „Jugend am Werk“. Es ist ja nicht unbekannt, daß zu diesem Gesamtaufwand 40% der Bund, 15% das Land, 35% die Gemeinden und 10% die übrigen Organisationen beitragen. Aber von den 650.000 S werden nahezu 90.000 S allein aufgewendet, um die Kosten, die für die Krankenpflegevorschülerinnen erwachsen, abzudecken, weil auch nicht unbekannt ist, daß die Krankenpflegevorschule durch die Aufnahme von 16jährigen jungen Mädchen dazu dient, um den Nachwuchsbedarf an Krankenpflegerinnen zu sichern, weil ja die Arbeitslosigkeit oder die Fehlbeschäftigung bis zum 18. Lebensjahr, das für die Ergreifung des Krankenpflegeberufes notwendig ist, irgendwie überbrückt werden muß. Sie sehen also daraus, daß der Aufwand des Landes keineswegs zu hoch ist, wie Sie, Herr Abgeordneter Koch, angenommen haben.

Nun die zweite Frage. Ist es notwendig oder nicht, daß wir überhaupt noch eine „Jugend-am-Werk“-Aktion haben? Vielleicht müßten Sie einmal die Vertreter der Innungen in den einzelnen Bezirken unseres Landes fragen, die von der Aktion „Jugend am Werk“ sehr gerne die dort vorgeschulten jungen Menschen in ein Lehrlingsverhältnis nehmen. Es wird auch dem Bedarf an Facharbeiterkräften besser Rechnung getragen, wenn die weder körperlich noch geistig für eine Berufsausbildung geeigneten Menschen zuerst vorbereitet werden auf ihren späteren Beruf. Der Fehlschluß, den Sie gezogen haben, glaube ich ist der, daß Sie davon ausgehen, daß jeder Vierzehnjährige berufsreif ist. Das entspricht leider nicht den Tatsachen. Aber auch wenn ich annehme, daß alle berufsreifen Lehrlinge in ein Lehrverhältnis kommen könnten, dann bitte ich Sie zu entschuldigen, wenn ich den Stand von jugendlichen Hilfsarbeitern und Lehrstellensuchenden anführe, der am 30. November bei den Arbeitsämtern noch als stellensuchend gemeldet war. Am 30. November waren 899 männliche und 741 jugendliche weibliche Arbeitskräfte bei den Arbeitsämtern

vorgemerkt. Weil es aber keine Zwangsvormerkung gibt, muß man annehmen, daß dies die Zahl derer ist, die noch immer einen Lehrplatz suchen, die trotzdem nicht untergebracht werden konnten, obwohl wir schon lange vom Schulschluß entfernt sind. Dazu kommen in Steiermark noch 3769 andere Jugendliche, die sich für jugendliche Hilfsarbeiterstellen entschieden haben, oder entscheiden mußten, weil ihnen die Berufsberatung die Voraussetzungen nicht zuerkennen konnte, die für eine Berufsausbildung unumgänglich notwendig waren. Davon waren 2121 Mädchen. Wenn man hier auf die Frage des notwendigen Facharbeiternachwuchses eingeht, so bin ich persönlich davon überzeugt, daß es wichtig wäre, für bestimmte Berufe eine Aufnahmeprüfung zu verlangen. Ich bin überzeugt, wenn ein Jugendlicher z. B. Elektriker werden will, daß bei diesem Beruf bei der vielfältigen Schwierigkeit dieser Arbeit und der Gefahr, die damit verbunden ist, eine Aufnahmeprüfung unbedingt erforderlich wäre. Aber sehen Sie, wenn man zu immer schwierigeren Aufnahmeprüfungen kommt, wenn die Auslese der jungen Menschen für die Facharbeiterausbildung immer schwieriger wird, dann darf man nicht Klage darüber führen, daß es da und dort Mangel an Facharbeitern gibt, sondern man sollte dankbar dafür sein, daß es eine Aktion gibt, die in der Lage ist, durch Voranlernung der verschiedenen mechanischen Arbeiten und durch Ergänzung der schulischen Kenntnisse, die für die Berufsschule ebenfalls notwendig sind, den jungen Menschen für eine solche Aufnahmeprüfung geeigneter zu machen. Man sollte an diese Einrichtung daher keinen so harten Maßstab anlegen. Ich habe schon in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es uns bei der Fürsorgeerziehung z. B. kaum möglich ist, Gärtner auszubilden, obwohl wir eine ausgezeichnete Gärtnerei führen und einen fachlich ausgezeichneten Gärtnermeister haben, weil die erste Zwischenprüfung für diesen Beruf schon so schwierig ist, daß sich auch jene Burschen, die die Hauptschule abgeschlossen haben, vor dieser Zwischenprüfung fürchten. Wir haben ja nichts davon, wenn wir immer größere Maßstäbe an das Durchschnittswissen der jungen Menschen legen, was an sich ja sicherlich begrüßenswert ist, wenn aber auf der anderen Seite — wie Frau Abgeordnete Egger schon gesagt hat — bei vielen jungen Menschen, wenn sie auch nur kurze Zeit von der Schule weg sind, das Multiplizieren und Dividieren, und ich darf ergänzen auch das Rechtschreiben, gänzlich vergessen worden sind. Bei der Aktion „Jugend am Werk“ in Steiermark waren im September 313 junge Menschen eingetragen und am 30. November 298 Burschen und 799 Mädchen. Der Stand bei „Jugend am Werk“ war noch nie so groß wie in diesem Schuljahr. Ich darf sagen, daß uns gerade bei den Mädchen große Sorgen drücken, weil es so wenig Möglichkeiten gibt, sie beruflich auszubilden und weiter zu beschäftigen.

Ich bitte zu entschuldigen, daß ich, obwohl es zuerst nicht meine Absicht war, auf diese Aktion einzugehen, es für notwendig gehalten habe, darüber zu sprechen und ich bitte daher die Damen und Herren des Hohen Hauses, sich positiv zu „Jugend am Werk“ einzustellen und mitzuhelfen, daß auch der

schwache junge Mensch, der noch nicht berufsreife junge Mensch, der körperbehinderte junge Mensch durch „Jugend am Werk“ eine Chance erhält, dem Produktionsprozeß zugeführt zu werden, um sich so sein eigenes Leben gestalten zu können und durch die Arbeit Freude am Leben zu finden und ein wertvolles Mitglied der menschlichen Gemeinschaft zu werden.

Ich habe auch vom Jugendwohlfahrtsgesetz zu sprechen. Ich unterlasse es selbstverständlich, auf einzelne Fragen dieses Gesetzes oder überhaupt des Voranschlages einzugehen. Erlauben Sie mir, daß ich eine Gruppe aus dem Voranschlag herausgreife, das ist die Gruppe der Fürsorgeerziehung.

Wir suchen hier immer wieder nach neuen Wegen und Möglichkeiten und wir haben in der letzten Zeit eine Überprüfung aller Fürsorgeerziehungsfälle in den Jahren 1952, 1954 und 1956 und im ersten Halbjahr 1958 durchgeführt, um die Ursachen der Fürsorgeerziehungseinweisung festzustellen und uns daraus für die künftige Arbeit bestimmte Richtlinien zu erarbeiten und wie wir am besten und sinnvollsten arbeiten könnten.

Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz wird die Fürsorgeerziehung bis zum 19. Lebensjahr verhängt. Sie kann vor einem Jahr nur aufgehoben werden entweder durch das Vormundschaftsgericht selbst, welches die Fürsorgeerziehung ausgesprochen hat oder durch das Jugendwohlfahrtsreferat des Bezirkes, das die Fürsorgeerziehung beantragt hat. Selbstverständlich ist für die Aufhebung der Fürsorgeerziehung eine Antragstellung erforderlich. Ausgehend von der Zahl der Einweisungen in diesen Jahren, haben wir die Delikte erhoben, warum diese jungen Menschen in die Fürsorgeerziehung gekommen sind und dabei festgestellt, daß bei den Burschen die Eigentumsdelikte und bei den Mädchen die Sexualdelikte im Vordergrund stehen, wobei auch mehrere Delikte nebeneinander zu verzeichnen sind. Bei den Sexualdelikten sind die Mädchen gewöhnlich Opfer der Erwachsenen, der Umwelt und nicht selbst schuldig zu sprechen. Sie kommen in Fürsorgeerziehung, um aus der sie gefährdenden Umgebung herausgelöst zu werden. Wir haben erhoben, wieviel eheliche und uneheliche Fürsorgezöglinge zu verzeichnen sind und ob sie vor der Fürsorgeerziehung im Elternhaus oder auf Pflegeplätzen waren, ferner wie die Ehe und Wohnverhältnisse zu Beginn der Fürsorgeerziehung beschaffen gewesen sind. Wir sind da zu interessanten Feststellungen gekommen. Zunächst einmal waren von den Eingewiesenen immer mehr Knaben als Mädchen bis auf das erste Halbjahr 1958. Entscheidend für den Erfolg der Fürsorgeerziehung ist, wie alt diese jungen Menschen gewesen sind, als sie in die Fürsorgeerziehung gekommen sind. Es wurde da sehr Interessantes festgestellt, was die Abgeordneten im Hohen Haus interessieren dürfte; 1952 waren 6 männliche und 26 weibliche Fürsorgeerziehungszöglinge über 16 Jahre, 1956 19 männliche und 31 weibliche, im ersten Halbjahr 1958 waren 32 männliche und 46 weibliche Minderjährige über 16 Jahre in Fürsorgeerziehung gekommen, also neue Fälle, die nach dem 16. Lebensjahr in Fürsorgeerziehung kamen.

Auch hier will ich nur meiner persönlichen Auffassung Ausdruck verleihen. Die Einweisung in einem so späten Lebensalter, bis zu welchem diese jungen Menschen frei gewesen sind, in eine Anstaltserziehung ist mit unerhörten Schwierigkeiten verbunden und wir haben vor, in allernächster Zeit in Zusammenarbeit mit allen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt tätigen, beantragenden und entscheidenden Stellen eine Aussprache darüber abzuhalten, wieweit in einem solchen Lebensalter die Fürsorgeerziehung überhaupt noch erfolgreich gestaltet werden kann.

Dazu kommen zusätzlich noch Probleme, die wir in unseren steirischen Heimen hinsichtlich der Ausbildungsmöglichkeit für diese jungen Menschen haben. Wir haben nur in Hartberg für die Burschen Lehrwerkstätten, für Tischler, Schneider und Schuhmacher und seit neuestem, nachdem die Übernahmestelle Rosenhof fertiggestellt ist, die Möglichkeit, 30 solcher Burschen in Graz unterzubringen und sie in Lehrstellen bei Meistern einzusetzen; bei Mädchen gibt es überhaupt nur die Hauswirtschaft oder die Berufsausbildung als Weißnäherin. Interessanter scheint es anzuführen, daß der Erziehungserfolg bei den Fürsorgezöglingen bis 70% gegeben ist. In der letzten Zeit wurde hierüber keine Statistik geführt, hier spricht die Erfahrung, daß der Erziehungserfolg bei 70% gewährleistet ist. Das ist ein Beweis dafür, daß die hohen Mittel, die das Land für die Fürsorgeerziehung aufwendet, sicher nicht verloren sind.

Einen großen Einfluß auf die Verwahrlosung der Jugendlichen üben die Wohnverhältnisse aus. Die Erhebungen in dieser Richtung bestätigen nicht die allgemeine Auffassung, daß die schlechten Wohnverhältnisse frühzeitig zur Verwahrlosung führen. Es hat sich ergeben, daß wir nach guten, schlechten und ausgesprochen schlechten Wohnungen die Fälle zu beurteilen haben. Es wurde festgestellt, daß im Durchschnitt der erhobenen Jahrgänge nicht einmal ein Drittel der Fälle in ausgesprochen schlechten Wohnungen untergebracht und mehr als die Hälfte in guten Wohnverhältnissen waren. Neben der gestörten Familie und den Familien, wo ein Elternteil fehlt, spielt die Berufstätigkeit der Mutter eine große Rolle, wobei ich nicht sagen kann, wieweit die Mütter, weil der männliche Elternteil fehlt, neben der alleinigen Erziehungsaufgabe für die Kinder auch noch für den Unterhalt dieses Kindes allein oder zum überwiegenden Teil aufkommen müssen. Im Jahre 1952 waren von den Müttern der Fürsorgeerziehungsfälle 40% erwerbstätig, 1954 53% und 1956 58%. Im ersten Halbjahr 1958 war es bei 49% der Fall, in welchem die Mutter berufstätig gewesen ist.

Interessant erscheint auch der prozentuelle Durchschnitt der Einweisungen nach den einzelnen Gebieten in der Steiermark. Vorweg möchte ich nehmen, daß 40% der eingewiesenen Fälle von der Stadt Graz kommen; je 7% aus den Bezirken Deutschlandsberg und Leoben, von Graz-Umgebung 6% und Weiz mit 4%. Es ist sicher nicht erfreulich, wenn ich einige Ziffern vortrage, herausgerissen aus der vieljährigen Arbeit der Fürsorgeerziehung, wenn dann daran nicht Schlußfolgerungen geknüpft werden.

Seit Jahren sind wir zur Auffassung gekommen, daß eine der wesentlichsten Aufgaben nicht die ist, die Fürsorgeerziehung durchzuführen, sondern die Erwachsenen zu beeinflussen und ein größeres Augenmerk der Elternziehung zuzuwenden. Um die Basis der Elternschule zu verbreitern, die auf die Schule selbst und das schulpflichtige Kind beschränkt ist, haben wir angeregt, auch für die Eltern nach- und vorschulpflichtiger Jugend solche Schulen abzuhalten. Um die Basis zu verbreitern, hat das Jugendwohlfahrtsreferat Elternlehrerschulen abgehalten, in welchen die Fragen behandelt werden, die in den Elternschulen weiterverbreitet werden sollen.

Wir haben einen erfolgreichen Versuch in einer Grazer Berufsschule unternommen, indem wir in Zusammenarbeit mit Leitern der Berufsschulen, den Pädagogen, Psychologen und den Ärzten in den Berufsschulen eine besondere Vortragsreihe durchgeführt haben, durch die wir junge Menschen zu verstärktem Verantwortungsgemeinschaftsgefühl und Rücksicht erziehen wollen.

Wir sind mit diesem Experiment so weit gediehen, daß nunmehr das Unterrichtsministerium sich auch mit dieser Frage beschäftigen muß, weil wir hier der Meinung sind, daß Vorbeugen besser ist als Heilen und daß diese erfolgreichen Gespräche mit Lehrlingen männlichen und weiblichen Geschlechts in der Berufsschule auf breiterer Basis fortgesetzt werden müßten, weil dadurch so mancher Aufwand für Wiedergutmachung auf dem Gebiet der Verwahrlosung von Jugendlichen erspart werden könnte. Wir haben außerdem noch Erziehungsberatungen in den einzelnen Bezirken eingerichtet und nun gilt es, diese weiter auszubauen. Wir hoffen, nachdem für das nächste Jahr zwei Dienstposten für Fachkräfte vorgesehen sind, bei diesem Ausbau einen großen Schritt weiterzukommen.

Wenn man von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß wir in immer steigendem Maße versuchen wollen, vorbeugende Arbeit zu leisten, dann wissen wir gleichzeitig, daß für diese vorbeugende Arbeit nicht immer in erster Linie große Geldmittel erforderlich sind, sondern vielmehr die geeigneten Persönlichkeiten, die diese Aufgabe erfüllen müssen. Es nützt uns das schönste Jugendheim nichts und der beste Jugendklub nichts, wenn, wie wir aus Deutschland von den „Heimen der offenen Tür“ wissen, die Persönlichkeiten fehlen, die den richtigen Kontakt mit den jungen Menschen in diesen Heimen finden und diese dadurch immer wieder zu einer positiven Arbeit und zu einer positiven Freizeitgestaltung führen. Wir werden selbstverständlich dafür sorgen, daß im Hinblick auf die Fürsorgeerziehung entsprechende Heime geschaffen werden, aber ich glaube, wir müssen auch dafür sorgen, daß entsprechende Erzieher gefunden werden, die sich der Jugend widmen und sie führen, damit sie nicht nur beruflich, sondern auch menschlich in ihrem Verantwortungsbewußtsein, in ihrer Abenteuerlust und ihrem Geltungstrieb auf ihre Rechnung kommen, dabei aber dennoch der Gemeinschaft dienen und das fortsetzen, war wir alle wollen, den Wohlstand und die soziale Sicherheit der Menschen zu heben. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Egger: Hoher Landtag! Der Herr Abgeordnete Wegart hat bereits unser grundsätzliches Ja zur Fürsorge ausgesprochen und erwähnt, daß die meisten Aufgaben dieses Bereiches Pflichtaufgaben des Landes sind. Es ist daher nicht mehr darüber zu sprechen, ob wir für diese Pflichtaufgaben sind oder nicht, sondern es bleibt nur mehr das „Wie“ zu erörtern, so daß mit den vorgesehenen Mitteln das Bestmögliche für die Hilfsbedürftigen erreicht werden kann. Hiezu möchte ich noch einige Vorschläge machen.

In der Altersfürsorge zeigt es sich immer wieder, daß die Aufgaben hier anwachsen. Es gibt mehr alte Menschen, das Lebensalter steigt und es wollen immer weniger ältere Menschen im Verband mit der jungen Generation leben. Daher ist notwendig, daß wir für so und so viele alte Menschen, die nicht imstande sind, für sich selbst zu sorgen, Heime schaffen. Diese Heime sollten möglichst klein gehalten werden. Es ist immer wieder zu beobachten, daß die alten Menschen in großen Heimen nicht glücklich sind. Wir können sie dort zwar materiell versorgen, aber es ist kein befriedigendes, menschenwürdiges Dasein, das in diesen allzugroßen Heimen geführt wird. Die alten Menschen haben dort nichts zu tun und auch keine Verbindung mehr mit der jüngeren Generation. Jede Gemeinschaft ist ein lebendiger Organismus. Es ist selbstverständlich, daß in einem Organismus die einzelnen verschiedenartigen Mitglieder miteinander in Beziehung stehen müssen und das gleiche gilt natürlich auch für die Organismen, die durch Menschen gebildet werden, die Gemeinschaften der Menschen. Auch hier sollen die verschiedenartigen Menschen oder die Generationen Kontakt miteinander haben, und das ist nur dann möglich, wenn nicht zu große Gruppen gleichartiger Menschen in eigenen abgetrennten Verbänden leben müssen. Daher die Forderung nach kleineren Heimen, welche in die Gemeinschaft mit den übrigen Menschen eingebettet werden können. Vor allem wäre vorzusorgen, daß bei der Planung größerer Siedlungen schon darauf Rücksicht genommen wird, daß man nicht nur Wohnungen für die jüngeren Familien, sondern auch Wohnungen und Einzelzimmer für alte Menschen oder kleinere Altersheime schafft. Daß wir aber auch Bezirksaltersheime brauchen, steht außer Zweifel, nur geht unser Wunsch dahin, viele solcher Heime zu haben, damit die alten Menschen nicht enturzelt werden und möglichst in ihrem Heimatbezirk bleiben können, wo sie Verbindung mit ihren Angehörigen haben können. Wenn wir sie weit weg bringen, dann reißen wir diese alten Menschen von ihren Familien und sie werden dann oft noch einsamer als sie es ohnedies sind. Bei der Einrichtung der Heime wäre auf die Lebensgewohnheiten aller Menschen mehr Rücksicht zu nehmen als es heute oft der Fall ist. Ein Heim, das dem Geschmack und den Bedürfnissen junger Menschen entspricht, entspricht nicht immer dem Geschmack und den Lebensgewohnheiten älterer Menschen, die aus ganz anderen Lebensverhältnissen kommen. Hier wäre eine besondere Einfühlungsgabe notwendig.

In der Jugendfürsorge haben wir, wie schon Frau Landesrat Matzner ausgeführt hat, dadurch, daß wir im letzten Jahr zwei wichtige Gesetze fertiggestellt haben, einen großen Schritt vorwärts getan. Zu diesen gesetzlichen Grundlagen kommt noch, daß im letzten Jahr in der Steiermark durch die Schaffung mehrerer Heime auch finanziell viel geleistet wurde. Wir haben nun eine gute Basis; trotzdem sind noch manche Wünsche offen. Es bleibt hier als hauptsächliche Forderung die nach Verbesserung der Qualität in der Fürsorgeerziehung, da stimme ich auch mit Frau Landesrat Matzner überein. Hier müssen wir vor allem den Hebel ansetzen und dafür sorgen, daß die Erzieher wirklich qualifizierte Kräfte sind. Wer mit dieser Materie vertraut ist, weiß, daß die Erzieher für diese Aufgaben heute keinerlei Ausbildung erhalten und nur die eine Möglichkeit besteht, sie durch Schulungen zu den Aufgaben ihres Berufes hinzuführen. Darum wird tatsächlich durch Schulung des Landes manches Gute erreicht. Ein Wunsch bei dieser Schulung wäre, daß die Kräfte, die in der Praxis der Bezirke mit den einzelnen Fällen in Berührung kommen, mehr zu Worte kommen als dies bei der letzten Tagung der Fall war, wo fast ausschließlich nur die Referenten der zentralen Behörden zu Worte gekommen sind. Daß die einzelnen sich zur Diskussion melden, ist zu wenig; besser wäre es, wenn zu einem Referat eines Beamten der Landesbehörde auch noch ein Koreferent aus der Praxis sprechen würde. Ebenso sollten bei Auslandstagungen nicht immer nur die Beamten der Landesregierung, sondern auch die in der Praxis stehenden Kräfte daran teilnehmen können, weil ja der mit der Praxis und den Einzelfällen in Berührung Kommende manches aufnimmt, was der hauptsächlich in der Verwaltung Tätige nicht so sieht.

Nun zur Elternschulung, die auch hierher gehört. Die Schulung der Referenten ist sehr begrüßenswert; nur wäre es notwendig, weitere Referenten heranzubilden, wenn man mit den Themen durch ist und die bisherigen Referenten nichts Neues mehr zu sagen haben. Daß man in einer Gemeinde oder einem Bezirk alles besprochen hat, ist, kommt mir vor, zu eng gesehen, denn Erziehung ist etwas so Lebendiges, daß die Themen gar nie ausgehen.

Ich glaube, daß die Bereitschaft der Eltern, hier zu lernen, sehr groß ist, und wenn wir auch nicht immer die Eltern erreichen, die es besonders notwendig hätten, so erreichen wir doch immerhin einen Teil der Eltern. Und das, was diese Eltern lernen, wirkt weiter; Beispiele vermögen mehr, als man im ersten Moment annehmen würde.

Ein weiterer Punkt bei der Jugendfürsorge wäre, daß wir der Jugend bessere Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, die auch mehr den Wünschen der Jugendlichen entsprechen. Ich denke da an das Jugendheim Hartberg, wo schwer erziehbare männliche Jugendliche untergebracht sind. Diese Jugendlichen haben ihre Ausbildung als Tischler, Schuster, Schneider und Gärtner, das sind im großen und ganzen Berufe, die den Wünschen der heutigen Jugend nicht sehr entsprechen; das sind keine modernen Berufe. Es sind vielmehr Berufe, die einem ausgeglicheneren, stillen, besinnlichen Menschen näher lie-

gen als einem, der ungebändigte Kräfte hat. Schwer erziehbare Jugendliche gehören zu jenen Menschen, deren Kräfte nicht ausgeglichen sind. Wenn ein junger Mensch, ein Bub, als Gärtner arbeiten muß, was kann er mit diesen Kräften anfangen? Nichts, er muß sie unterdrücken. Viel besser wäre es, dem Menschen eine Arbeit zu geben, wo er diese Kräfte nutzbringend verwerten könnte. Da wäre z. B. eine Arbeit als Schlosser, die dieser Veranlagung besser gerecht werden könnte. Auch sollten wir, wie schon Frau Landesrat Matzner ausführte, für die Mädchen neue Wege der Ausbildung suchen; damit wäre viel getan. Bei den Berufsschulen wurde erwähnt, daß örtliche Berufsschulen aufgelassen werden, weil Landesberufsschulen eingerichtet wurden. Vielleicht ist es möglich, daß wir von solchen örtlichen Berufsschulen Einrichtungsgegenstände für die Werkstätten bekommen, dann würde die Einrichtung der Schlosserwerkstätte nicht so kostspielig und daher undurchführbar sein. Auf diese Weise könnten wir manches Gute für diese jungen Menschen tun. Die Schulausbildung für die Körperbehinderten, besonders die nach Kinderlähmung erkrankten, möge intensiviert werden. Ich weiß, daß Verschiedenes getan wird. Es gibt in Graz spezielle Lehrkräfte dafür, die in die Wohnungen gehen und die Kinder einzeln unterrichten. Aber hier sind noch manche Wünsche zu erfüllen.

Zu „Jugend am Werk“ wäre zu sagen, daß wir der Meinung sind, daß „Jugend am Werk“ vor allem so lange notwendig ist, als 14jährige Schulentlassene da sind, welche noch keine wirkliche Berufsmaturation haben. Aber die Entwicklung geht dahin, daß wir nicht mehr „Jugend am Werk“ ausweiten, sondern versuchen sollten, seine Tätigkeit durch besser qualifizierte Lehrkräfte zu intensivieren. „Jugend am Werk“ ist ein Verein, der keinerlei gesetzlichen Vorschriften unterliegt, was die Auswahl der Lehrkräfte anbelangt, und der keiner Schulaufsichtsbehörde untersteht; daher muß es Aufgabe des Vereines selbst sein, für die möglichsten Verbesserungen bezüglich seiner Lehrkräfte zu sorgen.

Eine weitere Angelegenheit, die ich noch berühren möchte, ist das Mutter- und Kindheim in Wetzelsdorf. Aus dem Voranschlag geht hervor, daß dieses Heim nicht voll ausgenützt ist. Das Heim hat 28 Betten, es sind aber im Voranschlag nur 5400 Verpflegstage vorgesehen. So wird im Durchschnitt nur mit der halben Besetzung des Heimes gerechnet. Es war auch für das laufende Jahr 1958 nicht mehr vorgesehen. Diese geringe Frequenz ist nicht nur deswegen zu bedauern, weil damit so viel Plätze unausgenützt bleiben, sondern weil es sicher mehr als genug Frauen gibt, die eine solche Unterbringung schätzen würden. Der derzeitige Belag des Heimes ist auch höchst unwirtschaftlich, denn ob ein Heim voll oder halb benützt ist, der Personalstand ist der gleiche und er ist selbstverständlich ziemlich groß. Im Dienstpostenplan sind statt einer Säuglingspflegerin nunmehr 2 Säuglingspflegerinnen vorgesehen. Für das kleine Heim sind insgesamt 7 ständige Dienstposten und 1 Praktikant, im ganzen also 8 Arbeitskräfte für 14 Mütter notwendig, die zur Zeit

der Geburt nicht im Heim sind, sondern erst nach der Geburt dorthin kommen bzw. in der Zeit vor der Geburt, wo sie nicht so pflegebedürftig sind wie ein bettlägeriger Mensch. 8 Arbeitskräfte sind verhältnismäßig viel; daß andererseits 2 Säuglingspflegerinnen da sind, ist verständlich, wenn die Arbeitszeit 48 Stunden ist. Wir würden unter diesen Umständen auch dann eine zweite Säuglingspflegerin brauchen, wenn nur 1 oder 2 Kinder da wären. Die Aufnahme von 2 Säuglingspflegerinnen ist gerechtfertigt, sie sind aber nicht ausgenutzt. Hier neue Benützungsmöglichkeiten zu erschließen, damit diese Einrichtung wirklich ausgenutzt wird, ist unser besonderer Wunsch.

Wir begrüßen, daß die Schülerausspeisung fortgesetzt wird. Man könnte hier noch eine Möglichkeit, die bisher nicht genutzt wurde, wahrnehmen. Da es heuer viel Obst gibt, wäre zu versuchen, einen Teil in die hochgelegenen Alpentäler mit wenig Obst zu bringen und den Schulkindern dort so viel Obst zu bieten, als ihnen Spaß macht zu essen. Das kann nicht schwierig sein und ich glaube, daß die Gesundheit der Kinder so etwas Wertvolles ist, daß man die Mühe nicht scheuen sollte. Wir wissen aus verschiedenen Statistiken und durch die Resultate bei der Musterung für das Militär, daß gerade die Kinder aus diesen Gegenden keine gute Gesundheit haben. Ich selbst weiß aus früheren Beobachtungen, daß manche junge Menschen aus obersteirischen Gebieten so schlechte Zähne haben, so daß sie mit 20 Jahren ein falsches Gebiß brauchen, dies ist eine Folge von unrichtiger Ernährung. Heuer könnten wir einen Beitrag dazu leisten, daß diese Kinder, die oft ein karges Leben haben, einmal so viel Obst bekommen, als ihnen gesund ist und Freude macht.

Das sind einige Anregungen, die wir zu geben hätten, um das Bestmögliche mit den Mitteln der Jugendfürsorge zu erreichen. Im allgemeinen möge die Tendenz der Fürsorge dahingehen, und hier stimmen wir mit Frau LR. Matzner überein, möglichst frühzeitig zu helfen, denn nur mit einer frühzeitigen Hilfe werden wir wirkliche Erfolge haben bei gleichzeitiger Einsparung von Mitteln. Das Vorbeugen hat nur einen Fehler: die Hilfe, die dadurch gebracht wird, ist statistisch nicht erfaßbar, wir können sie nicht in Zahlen ausdrücken. Dadurch wird sie oftmals von denen, die mit der Materie nicht vertraut sind, übersehen. Ich glaube aber, daß alle, die damit befaßt sind, die nötige Einsicht haben und daß sie wissen, wie viel gerade damit erreicht werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Assmann: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 4 finden wir einen Unterabschnitt unter dem Titel „Flüchtlingsfürsorge“.

Beim genauen Studium dieses Unterabschnittes sieht man, daß sich diese Flüchtlingsfürsorge auch heute noch auf Ungarn bezieht, auf jene Menschen, die vor mehr als 2 Jahren über Nacht aus dem politischen Machtbereich des Kremles fliehen mußten. Es war damals die ganze westliche Welt bereit, diesen Menschen nicht nur Anteilnahme, son-

dern auch eine entsprechende materielle Hilfeleistung zu geben. Es muß allerdings in diesem Zusammenhang als bedauerlich vermerkt werden, daß gerade das kleine Österreich, welches nicht mit allzu großen Gütern gesegnet ist, im Vergleich zu anderen Ländern, in der Aufnahme und Betreuung dieser Flüchtlinge eine unvergleichlich große Last zu tragen hatte und auch heute noch tragen muß.

Aber ich möchte mich jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht mit dem Problem der Ungarnflüchtlinge befassen, sondern mit einem Flüchtlingsproblem, welches vielleicht wesentlich länger zurückliegt, nämlich nahezu 13 Jahre, das aber trotzdem noch viele unvernarbte Wunden zurückerlassen hat. Im Jahre 1945 mußten viele sogenannte Alt-Österreicher, auch „Volksdeutsche“ genannt, ihre Heimat aufgeben. Viele von ihnen sind in der Zwischenzeit in andere Länder und Kontinente ausgewandert, jedoch ein großer Teil davon — mancher ist in der Zwischenzeit bereits Österreicher geworden — sind bei uns verblieben. Ich möchte absolut nicht jenen das Wort reden, die noch nach 13 Jahren von diesen Flüchtlingen argwöhnen, sie könnten ihr Flüchtlingsdasein als Beruf ansehen. Diese Volksdeutschen haben sich zum großen Teil sehr gut eingelebt, haben sich auch durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit in überwiegender Mehrheit neuen Besitz und ein neues Heim geschaffen. Aber es gibt unter diesen Flüchtlingen auch soundsoviele, die leider bis heute noch nicht in der Lage waren, sich aus ihrer eigenen Kraft heraus, abgesehen vom Aufbau ihrer Existenz, darüber hinaus noch eine Wohnung oder ein Heim zu verschaffen. Diese Umstände, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind hinreichend bekannt, es ist auch geläufig, daß man diesen Flüchtlingen sehr entgegengekommen ist. Bund, Länder und Gemeinde waren es, aber auch international caritative Einrichtungen, die diesen Menschen beistanden und Hilfe leisteten.

Es darf in diesem Zusammenhang als äußerst wohlthuend bezeichnet werden, daß man bei der Unterstützung dieser vom Schicksal so schwer getroffenen Menschen bisher von einem Politikum meistens abgesehen hat.

Nun, Hohes Haus, haben wir in der Nähe von Leibnitz auch ein Flüchtlingslager in Wagna, in welchem sich heute noch Flüchtlinge befinden. Wer das Barackenlager kennt und dieses Elend dort, muß versuchen und muß bereit sein, mit allen Mitteln diesen Menschen zu helfen. Ich glaube, es ist nicht einfach, sich hineinzusetzen, wie den Menschen zumute ist, die 13 Jahre lang in einem solchen Elendsquartier hausen. Es ist, meine Herren Abgeordneten, meiner Meinung nach eine Selbstverständlichkeit, den Wünschen dieser Leute ein offenes Ohr zu leihen, besonders dann, wenn es sich um den Wunsch handelt, eine anständige Wohnung zu haben. Es war daher auch für mich eine Selbstverständlichkeit, wenn ich bei vielen Zusammenkünften eines Bauvereines, der sich in diesem Lager Wagna gebildet hat, anwesend war. Ich muß sagen, bei diesen Versammlungen ist nie politisiert

worden, aber es ist sehr eindringlich und objektiv darüber diskutiert worden, welche Möglichkeiten man habe, so rasch wie möglich mehr Wohnungen zu beschaffen. Ich war wahrscheinlich etwas naiv, als ich mir bei den Beratungen mit diesen Flüchtlingen einbildete, wenn schon geholfen wird, dann ist das eine Selbstverständlichkeit für alle. Ich habe nicht voraussehen können, daß die Frage des Wohnungsbaues für Flüchtlinge für die Sozialisten leider scheinbar doch eine politische Frage ist.

Nachdem ich etwa vor einem Jahr bei Herrn Landesrat Prirsch war, der zur Zeit Referent der Steiermärkischen Landesregierung für Wohnungs- und Siedlungswesen ist und wegen dieser Belange der Volksdeutschen vorgesprochen habe und mit ihm über Pläne und Ideen zur Beseitigung dieser Wohnungsnot diskutiert habe, war es damals eine Freude für mich, feststellen zu können, daß Herr Landesrat Prirsch sich sofort dafür interessiert hat, Versprechungen machte und diese auch bereits eingehalten hat.

Ich mußte allerdings zu meinem Erstaunen feststellen, als die Finanzierung dieser Angelegenheit sichergestellt war — dies muß hier ausgesprochen werden — hat die sozialistische Mehrheitsfraktion im Gemeinderat von Wagna nur Schwierigkeiten gemacht und hat von allem Anfang an den Plan zur Errichtung dieser Wohnungen mit allen Mitteln hintertrieben. Zuerst wurde es grundsätzlich abgelehnt, dann war der Druck so stark, daß sich auch die sozialistische Mehrheit dazu bekennen mußte, ihre Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren, diese Tatsachen sind bekannt und können jederzeit belegt werden.

Sie können sich vorstellen, daß über diese Dinge nicht nur im Lager Wagna selbst, sondern auch in der näheren und weiteren Umgebung viel gesprochen wurde. Erst vor einigen Tagen sind Leute zu mir gekommen und haben mich über den Grund der Ablehnung von seiten der sozialistischen Fraktion des Gemeinderates in Wagna gefragt. Bevor ich noch dazu eine Äußerung getan habe, meinten diese einfachen Menschen, wahrscheinlich seien die Sozialisten deshalb dagegen, weil es sich um Eigentumswohnungen gehandelt hat. Man hat uns gesagt, im neuen Programm sei das schon vorgesehen, aber wahrscheinlich dauert es sehr lange, bis sich dieses neue Programm, welches in Wien ausgearbeitet wurde, herumspricht und bis es in die Provinz hinausdringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich vorstellen, daß diese eigentumsfeindliche Einstellung, wie sie nun dort unter den Menschen kursierte, natürlich eine sehr ungute Angelegenheit war. Umsomehr, als es ja bekannt ist, daß die Sozialisten ihrer eigenen Partei gegenüber nicht eigentumsfeindlich gegenüberstehen, denn es ist allgemein bekannt, daß die Sozialistische Partei heute der größte Kapitalist überhaupt in Österreich ist.

Es tut mir sehr leid, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß auf dem Rücken dieser armen Flüchtlinge ein Politikum ausgetragen wurde. Ich glaube, es wäre zweckmäßig — und in diesem Sinn möchte ich an die hohen sozialistischen Funktionäre

im Landtag hier appellieren — in Zukunft nicht dagegen zu sein, wenn wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Menschen einsetzen. Es ist letzten Endes so, daß es keinen Sinn hat, in einem solchen Fall Schwierigkeiten zu machen, wenn auch ihr Pachtvertrag auf soziale Gesinnung bereits abgelaufen ist.

Wir werden den Schwächeren jedenfalls weiterhin helfen. Wir werden nicht nur davon sprechen, sondern unsere Beweise nach dieser Richtung hin auch für die Zukunft weiterführen. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Ing. Koch:** Ich komme kurz auf die Rede der Frau Landesrat Matzner zurück. Sehr verehrte Frau Landesrat, Sie haben einige Zahlen angegeben, bitte mich zu korrigieren, wenn das nicht richtig sein sollte. „Jugend am Werk“ hat 298 Buben und 729 Mädchen, das ist der Stand vom November d. J., zusammen rund 1000. Nun sind in Steiermark rund 36.000 Gewerbebetriebe, das würde bedeuten, daß nur jeder 36. Betrieb einen Lehrling unterbringen müßte, wobei von diesem Tausend nur ein Teil berufsreif ist, also nur jeder 50. Betrieb einen Lehrling unterbringen müßte. Sie haben weiter erklärt, daß vom Land Steiermark nur 15% des Aufwandes für „Jugend am Werk“ aufzubringen sind, das sind 650.000 Schilling, 100% sind 43 Millionen, die wir für die behelfsmäßige Betreuung von etwa 1000 Lehrlingen aufwenden müssen, also pro Jahr umgerechnet auf eine Lehrlingszahl, die wir betreuen und schulen müssen, wäre der Aufwand 112 Millionen Schilling. Das habe ich heute morgen aufgezeigt.

Ich habe nicht behauptet, daß „Jugend am Werk“ keine Daseinsberechtigung mehr habe, ich meine aber, doch nicht mehr in diesem Ausmaß wie in den ersten Nachkriegsjahren. Ich wollte nur dies aufzeigen. Man muß sich elastisch den Bedürfnissen der Zeit anpassen und entsprechende Mittel zweckmäßig anwenden und einsetzen. (Bravorufe bei ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer:** Ich verzichte.

Präsident: Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 4 ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 5:

Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung.

Berichterstatter ist Abg. Rauch, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Rauch:** Hohes Haus! Auch die Ansätze der Gruppe 5 im Landesvoranschlag haben den Finanzausschuß sehr eingehend beschäftigt und

bisweilen sehr lebhaftes Gespräch ausgelöst. Es besteht kein Zweifel, daß eine sachliche Voraussetzung dafür vorhanden war, werden doch hier mehr als ein Viertel aller Ausgaben des Landes in der Gruppe 5 aufgewendet. Im Finanzausschuß ist deutlich zum Ausdruck gekommen, daß auch in diesem Voranschlag das Land seiner bisherigen Tradition, Krankenhäuser und Heilstätten zu führen, treu bleibt und alle Bemühungen unternimmt, für die Zukunft sogar Erweiterungen vornimmt, um den Gesundheitsdienst, soweit er sich auf die Behandlung von Kranken in Kranken- und Heilstätten bezieht, zu pflegen und auf einen hohen Stand der wissenschaftlichen Medizin und Technik zu bringen.

Mit dem Ankauf des Krankenhauses in Eisenerz sind weiter 125 Planbetten in die persönliche Obhut des Landes gekommen, was einer Vermehrung der Verpflegstage um weitere 35.000 entsprechen würde.

Die Landeskrankenanstalten und die Heilstätten sind in ihren Einrichtungen so umfassend, das heißt, sie bieten soviel Behandlungsmöglichkeiten, daß rund 8000 Menschen Tag für Tag Heilung bei bester Pflege suchen und finden können. Wer ermißt, was an täglicher Arbeit im Gesundheitsdienste allein, in den Krankenhäusern nicht nur für die Volksgesundheit, sondern auch für die Volkswirtschaft geleistet wird, wird begreifen können, daß die Beiträge, die für diese Zwecke ausgeworfen sind, gut genutzt sind. Das und noch viel mehr ist im Finanzausschuß zur Sprache gekommen und dort eingehend erörtert worden. Dieser groß ausgelegte und sehr umfassende Gesundheitsdienst kostet viel Geld, und die Ansätze, die im Landesvoranschlag ersichtlich sind, bringen ein sehr beredtes Bild darüber.

Die Ausgaben für 1959 in der Gesamtgruppe 5, die nicht nur Kranken- und Heilanstalten umfaßt, betragen 294,411.800 Schilling. Die Einnahmen sind mit 212,861.400 Schilling angegeben, so daß sich ein Abgang von 81,550.400 Schilling ergibt. Die Größe des Abganges, die auch im Finanzausschuß ausreichend besprochen wurde, ergibt sich aus der Vergrößerung des Aufwandes gegenüber dem vorigen Jahr. Das Land hat neue Verpflichtungen übernehmen müssen, es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Einführung der 48-Stunden-Woche eine bedeutende Personalvermehrung notwendig machte, die das Land durchführen muß, es sind aber auch neue Apparate und Einrichtungen notwendig, neue Bauten nicht zu umgehen, es sind neue Medikamente notwendig, die nicht nur in größeren Mengen verbraucht werden müssen, sondern deren Verteilung auch mehr kostet.

Alle diese Erwägungen haben den Finanzausschuß bewogen, zu dem Ergebnis zu kommen, daß die Ansätze, wie sie im Landesvoranschlag aufscheinen und wie sie von mir erörtert wurden, in Ordnung sind. Ich möchte daher namens des Finanzausschusses ersuchen, diese Ansätze anzunehmen.

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus! Wie sie bereits aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters entnommen haben, betragen die gesamten Ausgaben für das Gesundheitswesen und die

körperliche Ertüchtigung über 294 Millionen. Ich darf ergänzend hinzufügen, daß 137 Millionen Schilling an Personalkosten vorgesehen sind, das sind immerhin fast 43% der Gesamtkosten für die Aktivitätsbezüge. Die Vermehrung der Dienstposten beträgt insgesamt 412 Stellen, davon sind 327 durch die Einführung der 48-Stunden-Woche in den Landeskrankenanstalten bedingt. Aus diesen Zahlen geht schon hervor, daß das Land Steiermark auf diesem Gebiet mehr tut als viele andere Bundesländer. Das ergibt sich daraus, daß die Gemeinden hier auf diesem Gebiet wenig oder nichts beitragen, das ergibt sich auch daraus, daß auch die wenigen Krankenhäuser, die bisher nicht vom Land erhalten werden mußten, nach und nach in den Besitz des Landes wandern. Vor einigen Jahren haben wir Aussee übernommen, heuer Eisenerz, und im Finanzausschuß haben wir gehört, daß schon eine Anmeldung für den Erwerb des Unfallkrankenhauses eingelangt ist. Es ist nur verständlich, daß man sich mit einem Kapitel, das einen derartigen Umfang im Budget einnimmt, näher befaßt. Ich will mich aber trotzdem nur auf einige Punkte beschränken, die mir wesentlich erscheinen, in diesem Hause erörtert zu werden.

Bei den Untersuchungen anlässlich der Stellungen zum Bundesheer haben wir die Feststellung gemacht, daß die Bevölkerung des Landes wesentlich ungesünder ist als die der Stadt. Diese Tatsache muß uns alle überrascht haben. Man kann dies nicht einfach damit erklären, daß die Landwirtschaft wirtschaftlich zurückgeblieben ist und daß ihre Existenz- und Lebensbedingungen schlechter sind als die in der Stadt. Ich glaube doch, daß uns das ernstlich zu denken geben muß und daß wir ernstlich zu überlegen haben, ob der Gesundheitsdienst am Lande vielleicht nicht so ausreichend ist, wie er sein sollte. Wenn man die Sache näher betrachtet, kann man schon feststellen, daß auf dem Gebiet der schulärztlichen Betreuung draußen am Lande nicht alles so ist wie es sein sollte. Es ist gerade im vergangenen Jahr eine neue Dienstordnung für die Distriktsärzte erlassen worden und es ist zu hoffen, daß sie sich segensreich auswirken wird. Es wird aber trotzdem notwendig sein, daß alle maßgeblichen Stellen sich ernst mit der Frage befassen, was man weiterhin durch organisatorische Maßnahmen in dieser Richtung erreichen kann, damit der Gesundheitszustand unserer Landjugend gehoben wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß wir uns der Frage mehr annehmen müssen, was z. B. mit den Hebammen am Lande weiterhin zu geschehen hat. Die Geburten in den Wohnungen nehmen immer mehr ab. Wenn auch das Land hier einen Mindestgehalt für die Hebammen garantiert, so ist der so gering, daß die Hebammen in großer Zahl in ihrer Existenz bedroht erscheinen und es ergibt sich hier eine weitere Möglichkeit der Gefährdung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens.

Andererseits ist gerade heute Grund, hier in diesem Hause auf eine erfreuliche Tatsache hinzuweisen, das ist die Kinderlähmungsimpfung, die auf Initiative des Landes Steiermark durchgeführt

wurde. Ich darf einige Zahlen nennen, die interessant erscheinen werden. Wir können annehmen, daß es in der Steiermark 680.000 Personen gibt, die in die Altersgruppe der 1- bis 40jährigen fallen. Von dieser Personengruppe, die für die Impfung angesprochen wurde, haben sich 135.000 impfen lassen, das sind 20%. Wir können sagen, daß Steiermark nicht nur das erste Bundesland ist, in dem eine solche Impfung durchgeführt wurde, sondern daß es auch bisher noch immer an der Spitze liegt in Hinsicht auf die Beteiligung der Bevölkerung. Es ist notwendig, in diesem Zusammenhang den Dank unseren Amtsärzten auszusprechen, die diese Impfungen durchgeführt haben. Die Impfung ist nicht so einfach wie in anderen Fällen, sie muß außerordentlich rasch erfolgen, weil der Impfstoff sehr verderblich ist und weil es binnen kurzem zu einer Wiederholungsimpfung kommen muß. Diese Arbeit haben die Amtsärzte vorbildlich und reibungslos durchgeführt und es wird ihnen hierfür der Dank ausgesprochen. (Zustimmung.)

Nun noch einige Zahlen. Das Land hat für die Impfung 5 Millionen Schilling bereitgestellt. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß die Impfung jedem zugänglich war, ob arm oder reich. Aber über 90% der Geimpften haben die Impfung selbst bezahlt. Es ist daher die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß dem Land keine erheblichen Kosten daraus erwachsen sind. Und nun ganz kurz etwas über den Erfolg der Impfung. Im vergangenen Jahr sind 118 Erkrankungsfälle gemeldet worden. Davon 82 mit Lähmungserscheinungen. Das ist ein ziemlich hoher Prozentsatz von 70 Prozent. 15 Fälle gingen tödlich aus, das sind 18 Prozent. Unter den Todesfällen befindet sich kein einziger, der geimpft war, und unter den 82 Fällen, die mit Lähmung erkrankten, war nur 1 Fall zu finden, der geimpft war. Man rechnet allgemein auf Grund der Erfahrung, daß die Impfung einen Erfolg von etwa 70% bietet. Bei unseren bisherigen Zählungen läßt sich ein Erfolg von etwa 95% annehmen. Jedenfalls besteht aller Grund, auch weiterhin diese Impfung mit aller Initiative voranzutreiben. Es steht zu hoffen, daß die gesamte Bevölkerung erfaßt wird und es ist erfreulich festzustellen, daß auch beim Bundesheer eine Impfung der Jungmänner durchgeführt wird. Die Versorgung der an Kinderlähmung Erkrankten muß als ausreichend angesehen werden, da wir bereits drei eiserne Lungen und zwei Überdruck-Respiratoren zur Verfügung haben. Es können daher alle Fälle, die es notwendig machen, künstlich beatmet werden und es ist anzunehmen, daß durch diese künstliche Beatmung bereits 6 Personen gerettet werden konnten. Hinweisen möchte ich noch auf das vom Land Steiermark eingerichtete Viruslabor an der Nervenklinik. Fast alle Fälle wurden dort untersucht und es konnte festgestellt werden, daß im vergangenen Jahr bis auf einen Fall alle Erkrankungen auf denselben Erreger zurückzuführen waren, was nicht nur von Interesse, sondern auch von großer Bedeutung ist. Es ist zu hoffen, in absehbarer Zeit serologische Untersuchungen durchführen zu können, die auf die Resistenz der Bevölkerung Rückschlüsse zulassen und es wird dadurch möglich sein, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, die in bestimmten Gebieten angezeigt sind.

Nun möchte ich noch auf das Kapitel der Krankenhäuser zu sprechen kommen. Ich will auch hier nicht ins einzelne gehen, sondern nur feststellen, daß sich seit der Zeit, da unsere Krankenhäuser gebaut wurden, am Ausgang des 19. Jahrhunderts, doch einiges geändert hat. Besonders die Verkehrslage. Denken wir daran, wie viel Zeit und Mühe es erforderte, früher einen Patienten mit einem Pferdewagen in ein entferntes Krankenhaus zu bringen und wie einfach es heute ist, mit einem Rettungswagen Patienten auch über große Strecken zu befördern. Denken wir auch an die Spezialisierung der Medizin, an deren Aufsplitterung in verschiedene Fächer und denken wir daran, daß die Behandlungsmethoden von Jahr zu Jahr komplizierter werden. Eine Blinddarmoperation haben vor einigen Jahren im Krankenhaus 1 Chirurg mit einer Schwester durchgeführt. Heute sind in der Regel 3 Ärzte und anderes Personal erforderlich. Das hat natürlich zu einer wesentlichen Herabsetzung der Sterblichkeit, aber in logischer Folge auch zu einer wesentlichen Verteuerung und zu einer wesentlichen Verkomplizierung des Krankenhausbetriebes geführt. Wir müssen dies aber zur Kenntnis nehmen.

Es ist auch festzustellen, daß die Krankheitsbilder der letzten Jahrzehnte sich gewandelt haben. Denken wir nur einmal an die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters und das deshalb vermehrte Auftreten jener Krankheiten, die unter dem Namen Alterskrankheiten bekannt sind. Denken wir auch daran, daß aus Gründen, die wir nicht verstehen, Infektionskrankheiten wesentlich an Zahl und Bedeutung abgenommen haben. Aus diesen Feststellungen müssen wir auch gewisse Konsequenzen ableiten. Es wird auf Grund der geänderten Verkehrsverhältnisse und der veränderten Anforderungen, die an ein Krankenhaus gestellt werden, auf lange Sicht festzustellen sein, daß wir größere, besser eingerichtete, dafür aber weniger Krankenhäuser brauchen. Ich betone, was ich hier sage ist keine Kritik an den Verhältnissen, wie sie bei uns bestehen, sondern es ist eine Anregung zur Erstellung eines Planes, der sich erst in längerer Zeit auswirken kann. Es ist aber einiges doch schon im Hinblick auf diese Veränderung durchgeführt worden. Die Infektionsabteilungen konnten in einigen Krankenhäusern aufgelassen werden und wie festgestellt wurde, ohne jede Benachteiligung. Es ist nicht mehr Tradition, Abteilungen aufrecht zu erhalten, die einen Durchschnittsbelag von 1 Patienten aufweisen pro Tag, während trotzdem Tag und Nacht das Personal vorhanden sein muß.

Es ist außerdem geplant, im kommenden Jahr von der Landes-Lungenheilstätte Hörgas-Enzenbach einen Teil als öffentliches Krankenhaus für Lungenkranke zu erklären; es werden hier gewisse Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen, weil die internen Abteilungen überfüllt sind. Es werden sich diese Maßnahmen zweifellos als richtig erweisen und es wäre zu verlangen, daß wir daran denken, auch Krankenhäuser für Alterskrankheiten einzurichten. Vielleicht ist in einigen Jahren auch diese Möglichkeit durch Organisationsmaßnahmen gegeben.

Immer wieder beschäftigt sich nicht nur das Hohe Haus, sondern auch die Öffentlichkeit mit dem stets

wachsenden Defizit unserer Krankenhäuser. Das Defizit ist weiter angestiegen auf über 60 Millionen Schilling und, wenn wir die Heil- und Pflegeanstalten mit berücksichtigen, auf über 70 Millionen Schilling. Warum ist nun dieses Defizit entstanden? Weil die Preise, die das Land Steiermark verlangt, nicht mehr kostendeckend sind. Es kostet ein Patient 96 bis 98 Schilling, während die Kosten, die wir von den Kranken erhalten, etwas über 50 Schilling betragen. Wie könnte man diesen Zustand ändern? Gibt es eine Möglichkeit, dieses Defizit zu beseitigen oder wenigstens zu vermindern? Sicher ist eine gewisse Senkung der Kosten möglich. Anlässlich der Übernahme des Krankenhauses in Eisenerz ist im Landesvoranschlag das Defizit für das kommende Jahr bedeutend höher angenommen worden als es bei dem bisherigen Betrieb gewesen ist. Zugegeben, daß ein gewisser Nachholbedarf notwendig ist. Das ist immer so, wurde im Finanzausschuß gesagt, wenn vom Lande Anstalten übernommen werden, werden sie teuer; je weiter der Dienstgeber von der Arbeitsstätte entfernt ist, desto großzügiger ist man in den Anforderungen und Anschaffungen. Ich stelle das nur fest, es wird vielleicht möglich sein, durch Änderung der inneren Organisation der Krankenhäuser die Verantwortlichkeit der unteren Instanzen zu heben und durch einen entsprechenden Kontakt mit den Ärzten auch weitere Einsparungen wirksam werden zu lassen. Es gibt bei den Krankenhäusern viele Investitionen, nicht nur an den Berufsschulen, aber ich glaube nicht, daß sich diese entscheidend auswirken. Ich glaube nicht, daß kleine Verbesserungsmöglichkeiten hier erörtert werden sollen. Das ist das eine, wir können vielleicht die Kosten etwas senken, aber keine entscheidende Änderung der finanziellen Situation erwarten.

Sollen wir die Preise erhöhen? Die Preise werden uns heute praktisch von den Krankenkassen diktiert. Wir werden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, mit den Krankenkassen zu verhandeln. Dort wird erklärt, soviel wollen wir zahlen und mehr nicht. Es könnte im Nationalrat eine Debatte über die Sozialversicherung abgeführt werden, aber ich will nicht Dinge erörtern, die nicht hierher gehören, ich will auf eine Tatsache verweisen: Die Pflichtversicherung zahlt 52 Krankheitswochen für die Pflichtversicherten und 26 Wochen für Familienangehörige, das ist doppelt soviel, als sie gesetzlich verpflichtet ist. Wenn nun der Generaldirektor erkrankt oder, weil er ein gewisses Lebensalter erreicht hat, sich untersuchen läßt, wird das von der Krankenkasse voll bezahlt. Wenn er die Untersuchung in einer höheren Verpflegsklasse durchführen läßt, werden ihm die besonderen Gebühren durch die Zuschußkasse ermäßigt. Wenn die Frau eines kleinen Rentners an Krebs erkrankt und länger als 26 Wochen im Krankenhaus verbleiben muß, bedeutet das für diese Familie auch heute noch eine Katastrophe. (Landesrat Maria Matzner: „Sie kann vom nächsten Tag an zur Fürsorge kommen.“) Es ist doch so, daß die Fürsorge, das verstehen wir, nicht in allen Fällen zahlen kann, das Existenzminimum ist immer noch sehr niedrig! Es ist immer noch so, daß dem einzelnen die Hilfe von der Krankenkasse gerade dann versagt wird, wenn es zur richtigen Kata-

strophe kommt. Es besteht jetzt Aussicht, daß sich auf dem Gebiete der Krankenkasse einiges ändern wird. Wir werden das alle einsehen, daß es hier Zeit ist, am System etwas zu ändern. Es ist doch so, daß bei der ärztlichen Versorgung hier im Lande Steiermark, wo wir die Krankenkassen mit einem Betrag von 60 Millionen Schilling jährlich subventionieren, wir ein Interesse haben, daß Verhältnisse geschaffen werden, die es den Kassen ermöglichen, uns entsprechende Beträge zu zahlen.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, ein wenig über die privaten Krankenhäuser, die wir noch haben und die das Land weitgehend entlasten, zu sagen: Es gibt noch immer Private, die an einen Neubau oder an eine Erweiterung des Krankenhauses gehen, denken Sie nur an das Krankenhaus der Diakonissen in Schladming, das in 2—3 Jahren fertig wird. Im nächsten Jahr ist beziehbar eine Erweiterung des Barmherzigenospitals in Graz für gynäkologische Fälle. Beide dieser Vorhaben sind vom Lande unterstützt worden. Im kommenden Jahr ist zwar kein Betrag vorgesehen, es ist aber noch zu hoffen, daß etwas freigemacht werden kann. (LR. DDr. Blazizek: „Sie sind im a.-o. Voranschlag.“) Ich hoffe, daß sie im kommenden Jahr auch bedeckt werden. (LR. DDr. Blazizek: „Wird gewiß bedeckt werden!“) Auch das Krankenhaus in Vorau hat eine Erweiterung durchgeführt und diese ist vom Lande unterstützt worden.

Es ist gelungen, das Personal in den Krankenhäusern besser zu stellen. Wir haben die 48-Stunden-Woche eingeführt und wir haben uns alle zu dieser Maßnahme bekannt; wir begrüßen sie. Es ist für alle, die in den Krankenhäusern arbeiten, die Arbeit nicht leicht und ich möchte allen den Dank des Hauses aussprechen, auch den Beamten der Landesregierung, die mit der Verwaltung der Krankenhäuser befaßt sind. (Zustimmung.)

Wir haben bereits einen Mangel an Spitalsärzten feststellen müssen, und zwar in den Krankenhäusern am Lande draußen. Es erscheint mir merkwürdig, daß vom Sozialministerium die Auswanderung von Spitalsärzten nach Schweden unterstützt wird. Zum Schluß möchte ich noch bemerken: es arbeiten in den Krankenhäusern 628 geistliche Schwestern, davon 500 im Landeskrankenhaus. Wir zahlen 979 S monatlich pro geistliche Schwester, das ist kein Vergleich zu dem, was wir für eine weltliche Schwester aufwenden müssen. Wenn ich nun den Vergleich ziehe zwischen den Kosten für eine geistliche Schwester und den Kosten für eine weltliche Schwester im 9. Dienstjahr unter Berücksichtigung der Wohnungszulage und Sozialversicherung, so komme ich auf eine Differenz von mehr als 950 S; wenn ich nun diese Differenzbezüge auf 13 Monatsgehälter berechne, so ergibt sich für 500 geistliche Schwestern ein Betrag von 6,200.000 S. Wenn ich weiter berücksichtige, daß es für die geistlichen Schwestern keine 48-Stundenwoche gibt, daß sie den gesetzlichen Urlaub nicht beanspruchen, dann muß ich es als richtig ansehen, wenn die zuständigen Stellen erklären; daß man, wenn man die geistlichen Schwestern durch weltliche ersetzen würde, den Personalstand um ein Drittel vermehren müßte. So ergibt sich, daß durch die geistlichen Schwestern

sich das Land jährlich über 10 Millionen an Personalkosten erspart. Es wird in unserer Zeit viel von sozialen Aufgaben und Leistungen gesprochen, aber nur zu oft besteht das darin, daß man Forderungen stellt, die dann ein Dritter bezahlen soll. Hier aber wird wirklich soziale Arbeit geleistet und es ist hoch an der Zeit, auch einmal hier im Hohen Haus auf diese Tatsache hinzuweisen, damit diesen Ordensfrauen der öffentliche Dank ausgesprochen wird.

Nun noch einen kurzen Ausblick auf die Aufgaben in nächster Zukunft. Ich vertraue auf die Zusagen, daß es doch noch gelingen wird, im kommenden Jahr Geldmittel für den Bau des Kinderspitals bereitzustellen. Die Zustände in der Grazer Kinderklinik wurden schon zur Genüge besprochen. Alle, die wir hier sitzen und für dieses Budget stimmen, tragen doch auch die Verantwortung dafür, was dort geschieht. Ich glaube, es ist nun der Zeitpunkt gekommen, wo wir sagen müssen, es ist im nächsten Jahr nicht mehr möglich zu verantworten, daß im Budget nicht fixe Ansätze für den Bau des Kinderspitals enthalten sind. Dort, wo es um die Gesundheit unserer Jugend geht, muß diese Forderung den Vorrang haben, das müssen alle einsehen und bedenken. Wenn es nicht möglich ist, eine Kinderklinik zu bauen, dann muß das Landes-Kinderspital entsprechend ausgebaut werden. Ich erkläre, hier muß die Forderung gestellt werden, ich stelle fest, sie wird von uns allen erhoben, eine Forderung, von der man nicht abgehen wird können.

Im Gegensatz dazu sind die erforderlichen Mittel für den Ausbau des Operationstraktes der chirurgischen Klinik vorgesehen und ich freue mich, feststellen zu können, daß damit einem argen Notstand abgeholfen werden wird.

Eine weitere Aufgabe wird es sein, unter Berücksichtigung der Gedanken, die ich hier aufgezeigt habe, eine Planung für den Gesundheitsdienst auf dem Lande den Erfordernissen unserer Zeit entsprechend zu erstellen. Einen Erfolg werden wir nur haben, wenn es auch weiterhin so ist, daß gerade bei dem Kapitel Gesundheitswesen und Fürsorge politische Bedenken und Grundsätze schweigen und nur sachliche Arbeit und Zusammenarbeit geleistet wird. Ich darf im großen und ganzen feststellen, daß das, was das Land gibt, uns befriedigen kann, aber darüber hinaus haben wir alle gemeinsam die Hoffnung, daß es uns weiterhin möglich sein wird, auf diesem Wege fortzufahren und auf dem Gebiet der Gesundheitspflege beispielgebend tätig zu sein. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Rösch:** Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Bereits während der Ausschlußberatungen zur Gruppe 5 und auch zu Beginn der Verhandlungen im Hohen Haus durch die Generalredner und auch jetzt wieder durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Stepantschitz zeigt es sich, daß bei dieser Gruppe die Betrachtung des Defizits im Gesundheitswesen eine gewisse Rolle spielt. Es ist sehr auffallend, daß es sich hiebei um einen hohen Betrag handelt. Die Gründe, warum es dazu gekommen ist, hat der Herr Abgeordnete Dr. Stepantschitz schon zum Teil angeführt, ich kann mir daher Details ersparen. Es ist ja auch dies schon aus seinen Ausführungen hervorgegangen, ich will nur

noch einmal anführen, daß durch die höhere Lebenserwartung ein höherer Anfall an Alterskrankheiten vorhanden ist und damit verbunden eine längere Behandlung, weil eben ältere Menschen längere Zeit im Krankenhaus sind. Das ist verständlich und begreiflich und läßt sich das auch nicht ändern.

Da hat nun während der Ausschlußberatungen der Sprecher der ÖVP im Ausschuß mit viel Temperament und Vehemenz, der Herr Dr. Kaan, in weit aus konzilianterer Form hier in der Generaldebatte dasselbe durchleuchten lassen. Es wurde gesagt, ein wesentliches Moment zur Verringerung des Defizits sei eine Änderung im System der Krankenversicherungsträger, denn sie sind ja in der Hauptsache die Kostenträger für die öffentlichen Spitäler. Ich glaube, es ist doch notwendig, an diese Frage bezüglich Änderung des Systems der Krankenversicherungsträger einige Betrachtungen anzuschließen. Diese Krankenversicherungsträger, als deren Ursprung, wie wir heute von Herrn Dr. Koren gehört haben, die Bruderladen am Erzberg des Erzherzog Johann anzusehen sind, haben eine sehr unterschiedliche Entwicklung im Laufe der letzten Jahrzehnte durchgemacht. Sie sind ursprünglich eine Selbsthilfeeinrichtung gewesen, eine Selbsthilfeeinrichtung der arbeitenden Menschen, um sich für den Fall der Krankheit irgendwie zu sichern. Sie haben im Laufe der Jahrzehnte immer größere und immer bedeutendere Aufgaben übernommen bzw. übernehmen müssen, so daß wir heute bei einem Zustand angelangt sind, daß die Krankenversicherungsträger nicht mehr nur ein Schutz für die aktiv Arbeitenden sind, sondern gleichzeitig auch eine Schutzeinrichtung für die bereits aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen und für alle Familienangehörigen der aktiv Arbeitenden. Dabei möchte ich eines zu bedenken geben. Es ist vollkommen gleichgültig, ob der versicherte Arbeitnehmer ein Alleinstehender ist, oder ob er eine Familie mit 8 oder 10 Kindern hat, er zahlt denselben Beitrag. Die ärztliche Versorgung ist genau so wie für ihn selbst zu übernehmen. Bitte, nicht ganz genau so, aber im großen und ganzen gesehen, übernimmt der Krankenversicherungsträger heute die Betreuung nicht nur eines Teiles der Bevölkerung, sondern nahezu der gesamten Bevölkerung. Es hat sich also aus diesen seinerzeitigen Selbsthilfeeinrichtungen ein Volksgesundheitsdienst im wahrsten Sinne des Wortes entwickelt, soweit man darunter die Krankenbetreuung versteht. Daß das ganz andere Mittel und weitaus größere Mittel erfordert wie früher, ist selbstverständlich.

Nun tritt aber die Frage auf, ist es wirklich die ausschließliche Aufgabe eines Krankenversicherungsträgers, einen solchen Volksgesundheitsdienst allein aufrechtzuerhalten? Kann es denn die alleinige Aufgabe einer einzigen Versicherung sein, ein so wesentliches Gut wie die Volksgesundheit für den ganzen Staat zu wahren und zu bewahren? Oder vielleicht nur mitzuhelfen, sie zu bewahren. Ich glaube, es würde keinem Menschen einfallen, zu sagen, die Polizei und Gendarmerie kosten sehr viel Geld, schaffen wir sie daher ab und machen wir es so, daß sich einfach die ganze Bevölkerung gegen Einbruch, Diebstahl, Raub usw. versichern läßt, der Schaden wird dann durch die

Versicherung gutgemacht, der wir die ausschließliche Sorge für diese Agenden übertragen. Das wird niemandem einfallen. Aber bei der Sparte „Gesundheitsdienst“ erklären wir, der Krankenversicherungsträger soll weiter diese Sorge übernehmen. Der Krankenversicherungsträger wird dadurch immer weiter ausgebaut und greift, wie Herr Abg. Dr. Kaan sagte, „immer mehr in die persönliche Sphäre des einzelnen ein. Ich glaube, es wäre eine logische Folge, daraus die Konsequenz zu ziehen, und zu sagen, die Übernahme eines Teiles der Krankenversicherung sei Aufgabe des Staates und daher hätte auch der Staat einen Teil dieser Aufgaben zu tragen. Er tut es ja auch bis zu einem gewissen Grad, aber er tut es zu wenig. Er tut nicht alles was notwendig ist und dazu kommt, daß die Krankenversicherungsträger, ohne Unterschied um welche es sich hier handelt, finanziell ihrer Aufgabe einfach nicht mehr gerecht werden können.

Ich darf vielleicht noch auf ein Argument eingehen im Zusammenhang mit den Krankenversicherungsträgern. Man sagt: ja gut, die Krankenversicherung ist ursprünglich eine Selbsthilfeeinrichtung der Arbeitnehmer gewesen, heute sind aber die Arbeitgeber an der Tragung der Kosten auch beteiligt. Der Arbeitgeber trägt die Hälfte und der Arbeitnehmer trägt die Hälfte, beide zusammen tragen die Kosten. Solange das positiv festgestellt wird, ist das in Ordnung, es hat aber manchmal auch einen negativen Beigeschmack, nämlich: „Wie kommt der Arbeitgeber dazu, daß er einen Teil noch zuleisten soll? Der Arbeitgeber ist bereit, alle seine Produktionseinrichtungen sicherzustellen und zu versichern. Während er die Materie gegen Feuer, ja sogar die stumme Kreatur, die Tiere usw., wenn er sie als Arbeitskräfte verwendet, durch Versicherungen abzusichern versucht, ist es selbstverständlich eine moralische Verpflichtung, auch dem Menschen zu helfen, daß er für seinen Produktionsprozeß gesichert wird, also ihn mitzuversichern. Wenn man von einer Änderung der Systeme spricht, müßte man zwangsläufig neben den verschiedenen anderen Maßnahmen in erster Linie auch den Mut haben und eine stärkere Beteiligung des Staates, der öffentlichen Hand, am Krankenversicherungssystem ins Auge fassen, sonst wird eine Lösungsmöglichkeit nicht zu finden sein.

Abg. Stepantschitz hat nicht hervorgehoben, daß es im Lande Steiermark ein besonders großes Defizit gibt, aber im Ausschuß darauf hingewiesen. Gibt es keine Möglichkeit, das wegzubringen, mit Ausnahme der Systemänderung, die jetzt auftaucht? Gibt es nicht Einsparungsmöglichkeiten, Reorganisationen? Alle beteiligten Stellen sind mit solchen Plänen beschäftigt und auch wir als Politiker sollen dazu Stellung nehmen. Ich möchte interessehalber einen kleinen Vergleich anstellen zwischen zwei Krankenanstalten, wo eine öffentliche Körperschaft Träger dieser Krankenanstalt ist: das Land Wien und das Land Steiermark. Der Vergleich läßt sich verhältnismäßig leicht anstellen, weil wir hinsichtlich des Umfangs und des Ausmaßes in Wien immer alles mit 2 multiplizieren müssen. Wir haben einen Bettenstand von 6320 und Wien hat den doppelten Bettenstand von 12.500; Verpflegstage in der Steier-

mark 2,400.000 und Wien 4,000.700, das ist ungefähr das doppelte Verhältnis. In der Bundeshauptstadt Wien sieht die Sache so aus, daß das Defizit im Verhältnis zu den Einnahmen 114% beträgt. Das Defizit ist also weitaus höher als Wien im ganzen Spitalswesen überhaupt einnimmt. Es werden in Wien eingenommen 275,000.000 S und ausgegeben 586,000.000 S. In Steiermark sieht das Verhältnis günstiger aus. Das Verhältnis des Defizits zu den Einnahmen beträgt 31%, das ist ein Abgang von 58 bzw. 60 Millionen, wenn man die Zinsen abrechnet, sind es 39% und dort 114%. Dazu kommt, daß Wien in den Einnahmen verhältnismäßig günstiger gestellt ist. Wien bekommt von den Krankenversicherungsträgern in der 3. Klasse 56 S, während Steiermark S 52'20 hat. Die Ausgaben betragen in Wien pro Verpflegstag 146, in Steiermark zwischen 85 und 92 Schilling. Auf jeden Fall ein weitaus günstigeres Verhältnis, als wie es sich in Wien darstellt. Dabei wird dieses Ressort in Wien nicht von einem Sozialisten, sondern von einem sehr prominenten und leuchtenden Vertreter der ÖVP, vom Vizebürger Weinberger verwaltet. Er bemüht sich mit allen seinen Beamten, das Defizit herunterzubringen, es gelingt ihm nicht. Der Unterschied liegt in der Behandlung. Ich habe in den stenographischen Protokollen der letzten drei Jahre des Wiener Landtages nachgelesen. Was wurde zum Defizit gesagt? Hat sich das Haus damit beschäftigt oder hat es das so hingegenommen? Interessant ist, daß mit Ausnahme des Finanzreferenten, der da Defizit festgestellt hat, niemand im Wiener Landtag dieses Defizit angegriffen hat. (LH. Krainer: „Wien ist eine reiche Stadt.“) Es haben sich alle Abgeordneten, sowohl der Vizebürgermeister Weinberger, wie auch die Sprecher der ÖVP und SPÖ, also alle Parteien, sehr positiv zu diesem Gesundheitsbudget bekannt und erklärt, das ist uns die Gesundheit unseres Staates und unseres Volkes wert. Ich glaube, wir alle müssen uns auch zu diesem Standpunkt bekennen und dazu bereit finden, daß wir weniger bei den Betrachtungen den Abgang sehen, wobei nichts dagegen einzuwenden ist, daß wir alle mithelfen, um ihn geringer zu machen, aber in viel positiverem Sinn, als es hier manchmal geschieht. Schöner wäre es, könnte man in den stenographischen Protokollen des Steiermärkischen Landtages folgendes lesen, was Weinberger bei der letzten Budgetdebatte in Wien gesagt hat: „Ich freue mich darüber, daß ich auf die gute Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß 5 hinweisen und allen dort tätigen Frauen und Herren meinen Dank für ihre Mitarbeit aussprechen kann. Ich glaube, daß es nicht viele Ausschüsse gibt, die so harmonisch zusammenarbeiten, wie unser Ausschuß. Es hat — soweit ich mich erinnere — in den vergangenen 12 Jahren unserer Tätigkeit in diesem Ausschuß keine Störung gegeben; wir haben alle Probleme immer einverständlich und positiv gelöst.“ Es wäre diese Zusammenarbeit und diese einvernehmliche Lösung im Ausschuß sehr zweckmäßig, Herr Abg. Stepantschitz. Unsere Ausschußdebatten sind nicht immer so normal und kollegial geführt worden als hier im Hohen Haus gesprochen wurde. Ich habe deswegen diesen Bericht vom Wiener Gemeinde-

ratsausschuß vorgelesen. Diese Zusammenarbeit, zu der wir uns absolut bekennen, muß aber eine Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern sein. Ich erwähne das deshalb, weil Abg. Wegart bei der Gruppe 4 seine Meinung zur Entwicklung in der Koalition und der Koalition selbst gesagt hat: „Die rauhe Luft“ im steiermärkischen Landtag wäre ihm persönlich viel angenehmer als „das sterile Verhältnis im Koalitionsausschuß“. Es ist Geschmacksache, von Steiermark her zu beurteilen, wie die Lage im Koalitionsausschuß ist, es ist Geschmacksache, die Vertreter der eigenen Partei zu kritisieren und zu sagen, sie seien bereits steril geworden. Es liegt aber die Auffassung des Herrn Abgeordneten Wegart absolut in der Linie der ÖVP.

Auch der Herr Landeshauptmann Krainer hat unlängst anlässlich der Tagung katholischer Akademikerverbände in Wien dasselbe über die Koalition gesagt. Und auf dieser Tagung hat er auch zur Frage der Koalition Stellung genommen, er hat sich zur Koalition bekannt, hat aber erklärt, auch dort müssen die Mehrheitsverhältnisse zum Tragen kommen. Es ginge nicht an, daß dort nicht abgestimmt wird und alles einstimmig angenommen werden müsse. Dann ist aber nicht mehr die Koalition vorhanden, dann ist es keine Zusammenarbeit mehr, dann ist es einfach ein Überstimmen, die Infunktionssetzung eines Abstimmungsmechanismus. Ich glaube nicht, daß es für das österreichische Volk günstig wäre, einen solchen Abstimmungsmechanismus in Tätigkeit zu setzen. Die erste Republik hat ihn gehabt und er hat dazu geführt, daß auch die Demokratie so schön langsam zugrunde gegangen ist (LH. Krainer: „Da war nicht das System, sondern die Demokratie die Schuld.“) und eines Tages war der Ausspruch zu hören, der Parlamentismus ist tot, er hat sich selbst ad absurdum geführt. (Abg. Dr. Kaan: „In England und Amerika, überall ist das Mehrheitsprinzip!“) (Abg. Sebastian: „Dort sind aber auch wirkliche Demokratien.“) (Abg. Dr. Rainer: „Von Euch wissen wir das nicht.“) Darf ich diesen Zwischenruf zum Anlaß nehmen, um auf eine gewisse Problematik hinzuweisen. Der Herr Abgeordnete Dr. Rainer sagte: „Von Euch wissen wir nicht immer, ob Ihr Demokraten seid“. Das ist ja das Mißtrauen, das bewußt von Ihrer Seite aus gesetzt wird. Das ist mit ein Grund dafür, warum wir zu diesem Abstimmungsmechanismus nicht kommen können. Würde dieses Mißtrauen nicht ständig und konsequent immer hinausposaunt werden, dann würden wir ein besseres Klima und eine bessere Atmosphäre haben.

Was ich aber zum Ausdruck bringen wollte, war, es wäre notwendig, wir würden uns mehr zur Zusammenarbeit ohne Mißtrauen und zur Koalition bekennen. (LH. Krainer: „Sie müssen es ja wissen!“) Ich glaube es, zum Unterschied von Herrn Abg. Wegart, der nur an die sterile Atmosphäre des Koalitionsausschusses glaubt. (LR. Prirsch: „Sie tun es nur mit Worten!“) Es wäre weit gefehlt, hier nur die Worte klingen zu lassen und dann wieder anders zu handeln und sich zu sagen, reden müssen wir so aus gewissen Gründen. Ich glaube, diese Zusammenarbeit hat sich für das österreichische Volk bewährt. Das ist unbestritten

von allen. Die Zusammenarbeit kann auch weiterhin zu guten Früchten und Erfolgen führen, wenn sie unter einer Voraussetzung weiterläuft und diese ist, daß sie eine Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner sein muß. (LR. Prirsch: „Sagen Sie das in Wien und in Kärnten und nicht hier!“) (Zwischenruf: „Darüber könnten wir reden!“) Ich habe nicht den Vorwurf erhoben, daß es hier anders ist. Ich wundere mich nur, daß Sie es schon als einen Angriff auffassen, wenn ich nur von Zusammenarbeit spreche. Schon fühlen Sie sich betroffen. Warum denn? Niemand wurde von mir angegriffen. Ich habe niemandem einen Vorwurf gemacht. Es war nur eine Aufforderung, sich dazu zu bekennen. Ich glaube, diese Gleichberechtigung war auch gemeint vom österreichischen Volk bei den Wahlen, das doch der einen gegenüber der anderen Partei nur einen ganz geringen höheren Prozentsatz, nur ganz wenige Stimmen Vorsprung gab. Es hat sich schon einmal entschieden, einer anderen Partei mehr Stimmen zu geben. Unter diesen Voraussetzungen wurde diese Regierung gebildet und der Koalitionsakt abgeschlossen. Wenn diese Zusammenarbeit aufrecht erhalten wird und zum Tragen kommt, dann werden auch Probleme, wie das des Defizits der Krankenanstalten, und das einer Änderung im Aufbau der Krankenversicherungsanstalten, gelöst werden können, sonst nicht. (Starker Beifall bei SPO.)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Rösch hat in seinen politischen Ausführungen, von denen ich nicht weiß, ob sie zum Kapitel Krankenfürsorge oder zum Kapitel körperliche Ertüchtigung gesprochen wurden (Abg. Sebastian: „Genau so wie beim Abgeordneten Wegart!“), den Ausdruck Mißtrauen gebracht als Ursache dessen, daß die Diskussion über das Mehrheitsprinzip bzw. über Koalition eine solche Breite einnimmt. Nun, es gibt zwei Arten von Mißtrauen, eines gegen die Person und eines gegen seine Ziele. Ich schließe ein Mißtrauen gegen die Person des anderen aus, möchte aber aus seinen Ausführungen darauf verweisen, daß ein Mißtrauen gegen die Ziele berechtigt ist.

Sie haben am Beginn und am Ende Ihrer Rede gesagt, daß Sie als einen Ausweg aus der Problematik der Krankenkassen nur den einer erhöhten Beitragsleistung des Staates sehen, wenn ich recht verstanden habe, und zwar aus einem Gemeinschaftsgedanken heraus. Ich habe schon im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß wir Ihnen in dieser Richtung nicht folgen können. In der Generaldebatte habe ich nicht zu diesem Punkt gesprochen, um nicht neuen Zündstoff hineinzubringen. Aber Sie haben ihn berührt. Das, was Sie beantragen, ist nichts anderes als die Verstaatlichung des gesamten Gesundheitswesens. Denn das Defizit der Krankenkassen, wenn man keinen anderen Weg sucht und findet, wird dazu führen, daß die wirklichen Risikoträger nicht mehr die Versicherungen, sondern der Steuerträger ist. Diese Zielsetzung ist aber die Zielsetzung der Verstaatlichung des Gesundheitswesens und überall dort, wo dieses verstaatlicht wurde, hat man bereits ein Fiasko erlebt. Deswegen können wir Ihnen auf diesem Wege nicht folgen. Es zeigt

sich, daß unser Mißtrauen berechtigt ist. Ich möchte festhalten, daß wir es keinesfalls negieren, daß das Land Steiermark die Krankenanstalten erhalten muß und daß wir selbstverständlich verpflichtet sind, auch dieses Defizit zu tragen. Er ist berechtigt, daß die Forderung erhoben wird, daß alle Möglichkeiten untersucht werden, die bei der Krankenkasse und auf der bundesgesetzlichen Ebene liegen, um den jetzigen Zustand zu beseitigen. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Rainer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es wurde vom Redner der SPO, dem Herrn Abgeordneten Rösch, auf die Vorteile des Volksgesundheitswesens hingewiesen, bzw. auf die Vorteile der totalen Verstaatlichung im Gesundheitswesen. (Abg. Rösch: „Wo haben Sie denn das gehört?“) (LR. Fritz Matzner: „Das ist die wahre Wahrhaftigkeit!“) Jedenfalls hat Rösch hier erklärt, daß wir heute in Österreich auf dem besten Wege sind, daß die Krankenkassen den Großteil der Bevölkerung gesundheitlich versorgen, auf dem besten Wege also, zu einer Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Das ist die logische Schlußfolgerung daraus. Wir haben einige Beispiele eines solchen totalen Gesundheitswesens. Diese Beispiele sind nicht sehr ermutigend für uns. Z. B. England. (Abg. Rösch: „Warum ist denn das dort nicht aufgehoben worden von den Konservativen?“) Weil diese mit anderen Problemen und Sorgen beschäftigt waren und weil sie die Mißwirtschaft, die sich auf anderen Gebieten ergeben hat, zuerst in Ordnung bringen mußten. (Abg. Fritz Matzner: „Das werden wir schon bei der nächsten Wahl sehen, wo Mißwirtschaft ist!“) Jawohl, das werden wir sehen.

Und nun zur Krankenkassensanierung. Das hat zwar nichts mit dem steirischen Budget zu tun, aber man soll sich trotzdem damit beschäftigen. Es ist ja eine wesentliche Forderung der Sozialistischen Partei, daß der Finanzminister das Defizit der Krankenkassen abdecken soll, es fragt sich nur, womit. (Abg. Sebastian: „Die Forderung heißt, daß der Staat für die Gesundheit des Volkes mehr zu tun hat.“) Der Finanzminister soll einige hundert Millionen Schilling für die Krankenkassen auf den Tisch legen. Das geht nicht. In Österreich wird es selbstverständlich keinen Menschen geben, der, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, nicht gerne alle verfügbaren Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Ich betone, wenn es um die Gesundheit des gesamten Volkes und nicht um die Sanierung der Krankenkassen geht, die hier mehr oder weniger gut gewirtschaftet haben. (Abg. Rösch: „Z. B. die Landwirtschaftskrankenkasse!“) Es ist wohl eines sicher: Bevor man sich zur letzten Konsequenz, zur Verstaatlichung, zur Sanierung von der Budgetseite des Bundes her entschließt, müssen doch auch alle eigenen Möglichkeiten der Krankenkassen selbst ausgenutzt werden. Wir kennen die Bestrebungen und wir haben ein gewisses Verständnis, daß die Gebietskrankenkasse einen wunderschönen Glaspalast sich gebaut hat. (Abg. Sebastian: „Die Gebietskrankenkasse soll sich in Baracken setzen, die Handelskammer sitzt auch in einem modernen Bau.“) (Abg. Bammer: „Eine Marmorfassade hat nur die Raiffeisenkasse!“) Wir wissen aber auch eines, daß die Bestrebungen in den Krankenkassen

vorhanden sind, auch in der Zukunft, um prominente Herren zu beschäftigen, mehr und bessere Ambulatorien zu bauen und Geld zu investieren. (Abg. Sebastian: „Dank dieser Krankenkassen sind die jungen Männer in der Stadt gesünder wie die am Lande, also dort, wo Sie sie nicht betreut haben. Kinder rücken nicht ein, sondern junge Männer, die rücken ein.“)

Ich möchte noch folgendes sagen. Es gibt verschiedene Auffassungen, das ergibt sich aus der erregten Debatte, wie und was man doch probieren könnte auf dem Sektor des Krankenkassenwesens. Schauen Sie, es wäre denkbar und es wundert mich, daß Sie noch nicht auf diesen Gedanken gekommen sind, daß man diese Krankenkassen einem gewissen freien Spiel der Kräfte überlassen soll. (Abg. Sebastian: „Warum wollt Ihr das bei der Landwirtschaftskrankenkasse nicht? Dort geht es auch um das Spiel der freien Kräfte.“) Man kann sich über alles Mögliche unterhalten. Sie selbst müssen aber zugeben, daß unsere heutigen Krankenkassen gewisse Mängel aufweisen. Sie werden auch die Klagen hören, daß die Ärzte gezwungen sind, Krankenscheine zusammenzubringen, weil die Bezahlung so niedrig ist. Wenn er sich mit dem Patienten wirklich eingehend beschäftigen sollte, würde er nicht das nötige Einkommen haben, um davon leben zu können. Es müßte dann eine Mechanisierung und Automatisierung auch auf ärztlichem Gebiet erfolgen. Es ist natürlich leicht zu sagen, wir müßten eine Krankenscheingebühr von 5 Schilling zahlen. Auch diesen Weg kann man gehen, aber dieser Weg wird nicht zur Sanierung führen. Man müßte in den Krankenkassen selbst anfangen, entsprechend zu sparen und ihre Leute entsprechend zu schulen. Es ist bekannt, daß Direktoren und hochgestellte Persönlichkeiten auch in den Krankenkassen eine ganz andere Behandlung erfahren, so auch bezüglich der Kuraufenthalte, als der kleine Mann, der als Partei hinkommt. (Zwischenruf: „Bitte Beispiele!“)

Ich möchte noch auf etwas anderes hinweisen. Es wurde vorhin erwähnt von meinem Vorredner, daß es einzelne Privatkrankehäuser gibt, die hier in der Steiermark dem Land eine Pflichtaufgabe abnehmen. So ist das Krankenhaus in Schladming zu nennen, der Verein der inneren Mission hier in Graz und auch Spitäler hier in Graz. Das Land Steiermark kann nichts Besseres tun, als alle diese Bestrebungen von privater Seite her, alle diese Aufgaben kräftigst zu unterstützen. Ich fühle mich als Vertreter des Ennstales verpflichtet, dem Landeshauptmann Krainer herzlichst zu danken, daß er aus seinen Bedarfszuweisungsmitteln für den Bau des Krankenhauses Schladming Geld zur Verfügung gestellt hat und an Herrn Landesrat Matzner darf ich den dringenden Appell richten, daß er auch entsprechende Mittel vorsieht. (Abg. Fritz Matzner: „Sie sind nicht hinreichend informiert. Ich habe entsprechende Mittel vorgesehen, und zwar 100.000 S.“) Kranke sind Kranke, nicht Rote oder Schwarze, und man kann nicht nach politischen Maßstäben hier messen. (LR. DDr. Blazizek: „Sind doch 1½ Millionen drinnen!“) Herr Landesrat, Sie wissen, daß dies erst in das Budget hineingekommen und bedeckt wurde, seitdem die ÖVP in diesem Landtage

die Mehrheit hat. (LR. DDr. Blazizek: „Vorher hat es kein Projekt gegeben!“) Ich glaube, daß das Geld für diesen Zweck nicht erst im heurigen Jahr hineingekommen ist. Es wurde bereits im Jahre 1957 mit den Bittgängen begonnen. Es waren damals die Herren bei Ihnen und Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek hat 1½ Millionen Schilling im Budget eingesetzt und der Landtag hat es einstimmig beschlossen. Mit allen Stimmen, aber erst seitdem die ÖVP die Mehrheit hat. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Beträge im nächsten Jahr wieder gedeckt werden.

Die Ausführungen des Herrn Abg. Rösch zur Koalition fordern geradezu zu einer Stellungnahme heraus. (Zwischenruf: „Diktatur der Minderheit!“) Das höre ich zum dritten- oder fünftenmal. (Landesrat Prirsch: „Du mußt Deine Missionstätigkeit fortsetzen.“) Wenn ich einmal in der „Neuen Zeit“ die Möglichkeit habe, auch dort irgendeine Arbeit zur Verfügung zu stellen. Nachdem Sie diesen Artikel gelesen haben, kann ich mir einen Teil meiner Ausführungen ersparen und auf die Ausführungen des Kollegen Rösch eingehen.

Herr Kollege Rösch ist, und ich freue mich, das hier sagen zu dürfen, seitdem er nicht mehr so viel in Graz ist, in seinem staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein in großem Maße gewachsen. (Abg. Rösch: „Wie komme ich zu dieser Ehre?“) Es waren Ihre Ausführungen — Ehre, wem Ehre gebührt, Herr Kollege —, das was Sie zur Koalition gesagt haben, richtig. Ich stelle fest, daß die Koalition seit 1945 mit dem Aufschwunge in wirtschaftlicher Hinsicht auch den Gesamtaufschwung und die Sicherung unseres Staatswesens irgendwie erreicht hat und diese gelungen ist. Diese Koalition hat in diesen 13 Jahren in Österreich nicht eine Insel der Glückseligen, aber zumindest eine Insel geschaffen, wo die Menschen halbwegs zufrieden und glücklich leben können.

Aber nun kommt etwas ganz anderes. Es hat sich in den letzten Jahren viel in dieser Koalition geändert. Diese Koalition, die darauf beruht, daß man im Ministerrat — wir haben uns darüber ja schon öfter unterhalten — auf einstimmige Beschlüsse angewiesen ist. Auf Grund der Verfassung ist es dazu gekommen, daß in den letzten zwei Jahren diese Regierungsform bis zu einem gewissen Grad fast nicht mehr regierungsfähig, sondern bestenfalls verwaltungsfähig geblieben ist. Wir wissen ganz entschieden, daß die Koalition grundsätzliche und entscheidende Gesetze nie beschlossen hat und auch nicht beschließen wird können. (Abg. Rösch: „Wer kann sie dann beschließen?“) Denken wir nur an das Schulgesetz und das Landwirtschaftsgesetz. Diese Gesetze wurden nicht beschlossen, weil hier ein Teil, eine Gruppe der Koalition glaubt, es sei nun der günstige Zeitpunkt gekommen, wo sie es den anderen zeigen könnten, den anderen, die 82 Mandate haben, daß sie gar nichts erreichen, wenn es die SPO nicht will. Es sollte der Bevölkerung ein Schauspiel geliefert werden, damit man den Eindruck bekommt, solange die Sozialisten nicht wollen, geht in der Regierung nichts weiter. (Abg. Rösch: „So stellen Sie sich also Zusammenarbeit

vor!“) Wie ich mir das vorstelle, das kann ich Ihnen genau sagen. Es geht nicht an, daß eine Minderheit mit ihrem „Nein“ wichtige und entscheidende Sachen verhindert. (Abg. Rösch: „Sie sind ja auch eine Minderheit im Parlament, Sie haben ja auch keine Mehrheit!“) Stimmt, 82 ist nicht mehr wie 83, aber bei gewissen Fragen dürften es nicht 83 auf der anderen Seite werden. (Abg. Rösch: „Das ist ja Zahlen-Rabulistik!“) Warum kommt es dann, daß die Landesregierungen funktionieren? Weil man hier klare Mehrheitsverhältnisse hat, weil hier abgestimmt wird. Das ist meine Überzeugung. Es wird beraten und verhandelt und wieder beraten und noch einmal verhandelt und am Schluß muß es doch irgendwie eine Instanz geben, die sagt, das wird so und so gemacht. In den Ländern und in den Landesregierungen ist das der Fall. Daher kommt es, daß die Zwangskoalition in den Ländern gut funktioniert. (Abg. Rösch: „Das ist ja gar keine Koalition!“) Es ist hier eine Proporzregierung, die man vergleichen kann mit einer Koalition. Es ist eine Proporzregierung, wo es klare Abstimmungsverhältnisse gibt. Eine Koalitionsregierung wie in Wien gibt es auch in anderen Staaten, aber vor allem in Kriegs- und Notzeiten. Auch in England hat es während des Krieges eine Koalitionsregierung gegeben. Zur Erfüllung eines Zweckes, nämlich der Gewinnung des Krieges, sagten sich die Engländer, schließen wir eine Koalition. Einziges Ziel ist, den Krieg gewinnen. (Abg. Rösch: „Wir schließen die Koalition zur Gewinnung des Friedens.“) Den Frieden haben wir erhalten durch Zusammenarbeit, aber nun darf es nicht dazu führen, daß aus wahltechnischen oder propagandistischen Gründen diese Regierungsform ad absurdum geführt wird. Es gibt gewisse Leute, die das als unbehaglich empfinden in dieser Demokratie, in diesem Staat, in dem es keine Mehrheitsbeschlüsse gibt. Unsere Auffassung von Koalition ist, daß es selbstverständlich eine Koalition geben soll, aber nur unter der Voraussetzung der Zusammenarbeit und unter der Voraussetzung, daß der Entscheidung des Wählers auch in der Regierung die entsprechende Bedeutung zukommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. **Vinzenz Lackner**: Wenn man diese Debatte kurz angehört hat, dann ist einem auch die Äußerung nicht entgangen, daß man zu einem neuen System der Aufbringung der Mittel für die Versicherungsträger kommen müsse. Es ist aber nicht erwähnt worden das Honorierungssystem, das bis zu einem gewissen Grad änderungsbedürftig wäre. Wenn man als Betriebsrat in einem Betrieb steht und dort ein Arzt eine Praxis aufmachen will, dann ist sein erster Weg zum Betriebsrat, damit man ihm behilflich sei und bei den Kassen die Wege ebne, um sie für seine Praxis zu bekommen. Es ist so, daß er ohne diese Praxis nicht leben kann und umsonst studiert hat und verhungern muß. Das ist ein Widerspruch. Wenn man die ÖVP sagen hört, er habe ja nur 25 Schilling pro Krankenschein, drum müsse er Krankenscheine sammeln, dann hat man dabei verschwiegen, daß jeder Arzt nicht nur 25 Schilling pro Krankenschein bekommt, sondern auch noch extra bezahlt wird für jeden Besuch, für jede Ordination, für jeden Haus- oder Nachtbesuch. Wenn der Patient nur hinget und den Mund einmal

aufmacht und „aaah“ sagt, dann bekommt er das auch honoriert. Es gibt sogar Ärzte, die dafür, daß sie einem Patienten eine Bestätigung ausstellen, — so wie es bei einer Frau der Fall war, die nur eine Bestätigung brauchte, daß der Mann an dem und dem gestorben ist —, 20 Schilling verlangen, wobei er nur die Unterschrift leistete, denn geschrieben hat es ja die Schreibkraft. Eine solche Bestätigung kostete 20 Schilling, das kann ich nachweisen, und darauf standen nur 15 Worte. Er bekommt also nicht nur die Krankenscheingebühr, sondern wird für seine Leistung auch entsprechend honoriert.

Es gibt schon manches, das man da aufzeigen könnte. Ein besonderes Beispiel möchte ich noch anführen, das sich in der Köflacher Gegend zutrug. Da kommt ein Vater zu einem Arzt mit der Bitte, sein Kind zu untersuchen. Da sagt der Arzt: „Sie haben ja noch drei Kinder, wo sind denn die anderen drei Krankenscheine?“ So kann man natürlich nicht arbeiten und dabei auf die notleidende Ärzteschaft hinweisen bei Verhandlungen, wo über die Honorierung diskutiert wird und dann alles noch entstellt in die Presse geben.

Eines steht fest, daß unsere Wirtschaft von einem gesunden Volkskörper abhängt, daß das Gedeihen unseres Heimatlandes davon abhängt und daher ist auch ein Volksgesundheitsdienst zu bejahen, wenn wir auch erst auf dem Wege dazu sind und er noch in geordnete Bahnen gelenkt werden muß. Man muß da eben einen richtigen Weg finden, aber das wird man nicht dadurch erreichen, daß man Dinge erzählt, die nicht stimmen. Bis jetzt wurde in dieser Gruppe mit Ausnahme des Referates des Herrn Primarius Dr. Stepantschitz eigentlich oft nur an der Sache vorbeigeredet. Ich muß ihm dafür wirklich Anerkennung zollen. Vielleicht war es auch nur der Fraktionszwang, daß er nicht direkt, aber doch indirekt dem Landessanitätsreferat vollstes Lob ausgesprochen hat.

Ich möchte hier noch erwähnen, daß im Herbst 1958 beim Krankenhaus Judenburg ein dreigeschossiger Zubau vollendet und der Bevölkerung zur Benützung übergeben wurde. Das entspricht einer Erweiterung um 68 Betten. Im Erdgeschoß sind moderne Operationsräume untergebracht, Röntgenräume usw., alles nach dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaft. Bisher war es nämlich so in Judenburg, wenn einer ein EKG gebraucht hat, dann mußte er 6 bis 8 Stiegen bis zum Dachboden hinaufsteigen, weil dort oben diese Station untergebracht war. Lungenleidende mußten ebenfalls zur Untersuchung so hoch hinaufklettern. Der Ausbau in Judenburg war daher dringend geboten. Die Krönung des Ausbaues ist der dritte Stock, wo jetzt die Geburtenstation mit 20 Betten untergebracht ist, darunter ein schönes Kreißzimmer, aufgelöst in Glas und Licht und Sonne für Säuglinge. Wenn man zurückdenkt, wie früher die Säuglinge, 8 bis 10 solche Hascherl, nebeneinandergelegen sind wie die Sardinen, kann man es kaum glauben. Es war eben keine andere Möglichkeit, da nur ein Krankenzimmer und ein Kreißzimmer vorhanden waren. In dem Kreißzimmer waren zugleich die Säuglinge untergebracht und sind den Müttern zu verschiedenen Zeiten zum Stillen überbracht worden.

Für diesen Neubau wurden 14 Millionen Schilling aufgewendet. Ich stehe nicht an, namens der Bevölkerung dem Steiermärkischen Landtag, besonders aber auch zu danken dem zuständigen Referenten und seinen Mitarbeitern. Ein Wunsch ist noch nicht in Erfüllung gegangen, die Bestellung eines Konsiliararztes, doch wird auch dies im Laufe der Zeit werden. Wenn so ein Heim eröffnet wird, kommen alle von der Landesregierung, die Sacharbeiter und alles, was Rang und Namen hat, und gehen durch die Räume, die Bediensteten, die in den neuen Räumen arbeiten, stehen Parade und sind neugierig auf die Äußerungen der Herren. Mehrere Mädel und Wärterinnen, die dort bedienstet sind, sind zu mir gekommen und haben gefragt: Ist es möglich, daß einer von den höheren Herren gesagt hat, das ist ein übertriebener Luxus, das ist zuviel des Guten, was das Geld kostet?! Ich bin der Überzeugung, daß selbst der, der mit der Materie nicht vertraut ist, wenn er solche Behauptungen gehört hätte, dagegen energisch aufgetreten wäre und gesagt hätte: Für uns Steirer ist das Beste gerade gut genug. Den Dank dafür habe ich schon ausgesprochen, ich möchte aber noch dafür danken, daß der Bau des Personalhauses in Knittelfeld vorwärtsschreitet. Durch die unzulängliche Unterbringung der Wärterinnen ist eine Wärterin ein Opfer eines Mordes geworden. Auch hier schreitet also alles im Oberlande vorwärts, so daß es in näherer Zukunft keine besonderen Wünsche auf diesem Sektor mehr geben wird.

Es wird natürlich als notwendig erachtet, eine gesunde Streuung der Krankenanstalten über das ganze Land. Etwas anderes ist die Kinderklinik.

Einen Wunsch bitte ich Sie doch noch anzuhören, und das ist das Personalhaus auf der Stolzalpe. Jeder, der die Stolzalpe kennt, weiß, daß sie ein großer Devisenbringer für Steiermark ist. Die Bediensteten, insgesamt 160 Beamte, Ärzte, Wärter, Wärterinnen, das Hauspersonal, sind natürlich vom kulturellen Leben der Allgemeinheit abgeschlossen. Wenn sie zu einem Kinobesuch nach Murau gehen, müssen sie herauf eineinhalb Stunden gehen. Einen Fernsehapparat hat der Betriebsrat gekauft, ab und zu kommt eine Wanderbühne usw. Sie haben aber auch andere Sorgen, das ist vor allem die, daß oben in der Abgeschiedenheit auch Ehepaare bedienstet sind, die keine Wohnung haben. So kommt es vor, daß der Mann als Hauselektriker beschäftigt ist und die Frau als Wärterin, sie haben Familie, sie haben Kinder, müssen aber getrennt wohnen. Der Mann schläft im Männertrakt, die Frau im Frauentrakt, die Kinder bei den Großeltern. Es sind 20 Ehepaare dort oben, die keine Wohnung haben und die nicht zusammen mit ihrer Familie wohnen können. Die Betreffenden haben auch Kinder, im Durchschnitt zwei bis drei; dazu kommen auch solche, die auch zusammengehören und Sprößlinge haben, aber der Umstand, daß sie keine Wohnung haben, ist ein Eehindernis. Es wäre dringend geboten, fürs erste 24 Wohnungen zu erstellen, damit die Fachkräfte nicht abwandern.

Die Wohnungsnot wirkt sich auch in anderer Richtung aus. Ab 1. Jänner 1958 ist die 48-Stunden-Woche offiziell statt der 55-Stunden-Woche einge-

führt worden. Auf der Stolzalpe war aber diese Einführung noch nicht möglich, weil man keine Räume hat, um das zusätzliche Personal unterzubringen. Wenn nun diese 24 Wohnungen gebaut würden, würde das eine Auflockerung dahin geben, daß man das zusätzliche Personal entsprechend den Erfordernissen für die 48-Stunden-Woche einstellen könnte. Ich möchte diese Bitte besonders unterstreichen und danke nochmals dem zuständigen Referate für seine Leistungen. (Beifall bei SPO.)

Landesrat DDr. **Blazizek**: Hohes Haus! Abg. Lackner hat die Liebenswürdigkeit gehabt, die Debatte wieder in die Gruppe 5 zurückzuführen. Ich darf vielleicht als der für die Krankenhäuser und Pflegeanstalten zuständige Referent zunächst auf die alljährlich pünktlich und gewissenhaft wiederkehrende Frage des Abganges der Anstalten ein bißchen eingehen. Haben Sie, meine Damen und Herren, die Güte, das, was ich über diesen Abgang sage, zu kontrollieren, indem Sie vielleicht die Tabelle der Untervorschläge auf Seite 145 aufschlagen.

Der Abgang aller Krankenanstalten, ich spreche zunächst nur von den Krankenanstalten, war für 1958 mit 49'5 Millionen Schilling vorgesehen, der Abgang für 1959 ist mit 57'5 Millionen Schilling präliminiert. Der Abgang steigt also für alle Anstalten zusammen um 8 Millionen Schilling. Durch eine Erhöhung der Pflegegebühren, die auf meinen Antrag hin die Regierung in dieser Woche beschlossen hat und durch eine Neuregelung und Pauschalierung der besonderen Gebühren in den höheren Klassen, die ebenfalls auf meinen Antrag vorgestern beschlossen wurde, wird dieser Abgang um 4 Millionen Schilling herabgedrückt werden, weil diese Regelungen Mehreinnahmen von 4 Millionen Schilling bringen. Der tatsächliche Abgang wird also nicht um 8, sondern nur um 4 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr steigen. Dabei müssen Sie bedenken, daß der Personalaufwand und der Aufwand für die Pensionen um 13½ Millionen, genau gesagt um 13'7 Millionen steigt. Dabei müssen Sie bitte ferner bedenken, daß der Medikamentenaufwand und die sonstigen ärztlichen Erfordernisse gegenüber dem Vorjahr um 3 Millionen steigen, eine Post, die man referatsmäßig nicht beeinflussen kann, weil es einfach dem Arzt und dem Chef der Abteilung überlassen bleiben muß, welche Medikamente er zur Heilung eines Kranken anwendet. Dabei müssen sie gerechterweise auch die Tatsache einbeziehen, daß wir mit Eisenerz ein neues Krankenhaus übernommen haben, das unseren Abgang ebenfalls wieder um 1'6 Millionen erhöht.

Meine Damen und Herren, das ist zusammen ein Mehraufwand von mehr als 20 Millionen gegenüber dem Vorjahr und trotz dieses Mehraufwandes steigt der Abgang aller Krankenanstalten zusammen gegenüber dem Vorjahr nur um 4 Millionen. Nicht aus einem Mangel an Bescheidenheit und auch nicht, um dem Herrn Abgeordneten Stöffler zu beweisen, daß ich doch ein bißchen Phantasie besitze, sondern lediglich der gerechten Betrachtung wegen sage ich Ihnen das. Zeigen Sie mir die Sparten der öffentlichen Verwaltung, auch der Landesverwaltung, in denen bei gleicher, ja steigender Leistung Ver-

gleichbares geschieht. So viel über das Defizit der Krankenanstalten.

Ein Blatt weiter finden Sie den Untervorschlag für die Heilstätten; auf Seite 148 bis 149. Der Abgang für das Jahr 1958 war mit 6,180.000 Schilling veranschlagt, der Abgang für das Jahr 1959 ist mit 4,780.000 S präliminiert. Der Abgang verringert sich also gegenüber dem Vorjahr um 1'4 Millionen. Dabei steigt der Personalaufwand dieser Anstalten allein um 600.000 Schilling. Es ist zumindest eigenartig, daß das niemandem aufgefallen ist.

Meine Damen und Herren, gehen wir zur dritten Gruppe, die ich hier im Lande und hier in der Gruppe 5 zu vertreten habe, nämlich zu den Heil- und Pflegeanstalten. Das ist, wenn Sie mitkontrollieren wollen, der Untervorschlag auf Seite 150 bis 151. Der Abgang der Heil- und Pflegeanstalten war für das Jahr 1958 mit 7'5 Millionen veranschlagt. Er wird für das Jahr 1959 5'1 Millionen betragen, also um 2'4 Millionen fallen, obwohl der Personalaufwand dieser Anstalten durch die Einführung der 48-Stunden-Woche, durch die Regelung der Ärztebezüge und des Zulagenwesens auch für diese Anstalten um 1'4 Millionen steigt.

Wenn wir schon von den Abgängen der Landeskrankenanstalten sprechen, dann darf ich vielleicht auch Einzelheiten herausgreifen, die heute vom Herrn Abg. Dr. Stepantschitz genannt werden sind. Sie beziehen sich auf die vom Lande übernommenen Krankenhäuser Eisenerz und Bad Aussee. Bereits im Finanzausschuß bemerkte er, daß es ihn wundere, daß immer dann, wenn das Land ein Krankenhaus übernimmt, das Defizit sofort steigt. Reden wir aber nicht in der Form allgemeiner Betrachtungen darüber, sondern in ganz konkreten Ziffern. Der Abgang des Krankenhauses Bad Aussee war in dem letzten Jahr, in dem die Gebietskrankenkasse dieses Haus geführt hat, 450.000 Schilling; laut Auskunft der Gebietskrankenkasse. Der Abgang 1959, wenn Sie die Güte haben, dieses große Tableau wieder herauszunehmen, beträgt für Bad Aussee ebenfalls 450.000 Schilling und ich darf anfügen, daß wir im Jahre 1956, im ersten Jahr nach der Übernahme, nur 85.000 Schilling Abgang gehabt haben. Warum steigt er erst jetzt auf 450.000 S und warum ist er jetzt gleich wie bei der Gebietskrankenkasse? Darauf muß ich antworten: Damals haben wir eine unbegrenzte Arbeitszeit gehabt, die Ärztebezüge und -zulagen waren noch nicht geregelt, wie es jetzt glücklicherweise der Fall ist, und außerdem ist zwischen dem Jahr 1956 und dem Jahr 1959, das werden Sie zugeben und das wird jede Hausfrau bestätigen, auch ein grundlegender Unterschied in den Preisverhältnissen.

Meine Damen und Herren, die Gebietskrankenkasse hat die 48-Stunden-Woche schon damals gehabt und ist dabei auf dasselbe Defizit gekommen. Dabei steckt in den 450.000 Schilling Abgang, die wir heuer veranschlagen, eine Investition von rund 200.000 Schilling.

Der Herr Abgeordnete Stepantschitz hat heute und im Ausschuß konkret auf Eisenerz verwiesen und gemeint, es sind 1'6 Millionen Abgang veranschlagt, das sei bedenklich viel und gäbe Zeugnis

dafür, daß das Land scheinbar zufolge des Niveaus, auf dem es seine Spitäler führt, einen höheren Abgang hat als private Krankenanstalten. Auch hier ein paar konkrete Ziffern.

Die Ausgaben der Bergarbeiterversicherung für das Eisenerzer Krankenhaus waren im Jahre 1957 3.062.602 S, die Einnahmen 1.991.561'56 S. Der Abgang betrug daher 1.071.000 S. Ich habe diese Rechnung sehr genau mit unserem Voranschlag verglichen, weil ja tatsächlich der veranschlagte Abgang von 1.694.000 S, den wir für das Jahr 1959 angenommen haben und annehmen mußten, zu einem solchen Vergleich drängt. Warum ist das Defizit so hoch? Die Bergarbeiterversicherung hat im Jahre 1957 für das Inventar 22.000 S ausgegeben. Wir sind, weil wir das Spital übernommen haben, gezwungen, heuer 165.000 S zu veranschlagen. Die Bergarbeiterversicherung, die uns das Spital ja schon im Jahre 1957 angeboten hat, gab für Gebäudeinstandsetzung nur mehr 17.500 S aus. Wir haben wegen des Nachholbedarfes für Gebäudeinstandsetzungen 450.000 S veranschlagt. Wir veranschlagen für eine neue Sterilisationsanlage, weil deren Anschaffung sehr notwendig erscheint, über 200.000 S. Wenn Sie das zusammenrechnen, ergeben sich Investitionen von 770.000 S, die in der Rechnung der Bergarbeiterversicherung nicht inbegriffen waren. Dazu kommt noch, daß wir die Einnahmen an Pflegegebühren nur für 10 Monate veranschlagen können, weil die Pflegegelder, die von den Patienten im November und Dezember anfallen, frühestens erst im Jänner 1960 eingehen. Wenn Sie das alles in Betracht ziehen, werden Sie nicht davon reden können, daß wir die Spitäler teurer führen als andere Institutionen. (Zwischenruf: „Das stimmt nicht genau!“) Es wird ziemlich stimmen, Herr Abgeordneter. Ich kann sagen, ich habe diese Ziffern genau herausgezogen. Die Zusammensetzung der Voranschlagsziffern finden Sie hier nicht. Das verteilt sich auf verschiedene Ziffern, die im Voranschlag auf verschiedenen Konten aufscheinen. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Nur 140.000 S für Gebäudeerhaltung!“) (Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Stimmt ganz genau!“) Es stimmt genau, sagt der Herr Finanzreferent.

Ich glaube also, daß wir den Vergleich mit der Führung der Spitäler durch andere Träger aushalten. Wir halten auch den Vergleich mit den Ordensspitälern aus. Ich habe das schon einmal vor Jahren bewiesen und möchte mich nicht wiederholen. Wenn man nämlich das Gehalt, das wir für die Schwestern zahlen müssen, von unseren Ausgaben absetzt, gebart eine Reihe von unseren Spitälern aktiv. Die Orden zahlen natürlich für die geistlichen Schwestern kein Gehalt und setzen es auch nicht in Rechnung. Die geistlichen Schwestern halten sich nicht an die 48-Stunden-Woche. Das ist unter den gegebenen Umständen für uns von größtem Wert. Die Einführung der 48-Stunden-Woche bei den geistlichen Schwestern wäre mit größten Schwierigkeiten verbunden. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Das habe ich auch behauptet!“) Die Unterbesetzung ist so, daß an eine Einführung der 48-Stunden-Woche für das geistliche Pflegepersonal derzeit nicht gedacht werden kann. Ein Vergleich

der Bezüge der geistlichen und der weltlichen Schwestern zeigt neben anderen Unterschieden auch, daß die geistlichen Schwestern keine Wohnungszulage, keine Familienzulagen und dergleichen erhalten. Die geistlichen Schwestern werden bei uns auf Grund der mit den Orden abgeschlossenen Verträge untergebracht und gepflegt. Für die weltlichen Schwestern bestehen solche Verträge nicht. Es gibt aber auch noch eine Reihe von anderen Unterschieden, die in der Materie selbst liegen.

Ich sage das alles, meine Damen und Herren, lediglich, um Ihnen einen Begriff von der Wirtschaftsführung unserer Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten zu geben. Ich bin mir sehr wohl darüber im klaren, daß trotz aller Anstrengungen, die wir gemacht haben, um das Defizit nicht wesentlich steigen zu lassen und daß trotz der Tatsache, daß es gelungen ist, bei den Heil- und Pflegeanstalten das Defizit gegenüber dem Vorjahre zu senken, die Abgänge noch immer sehr hoch sind. Aber zeigen Sie mir die Spitäler in Österreich, in Westdeutschland, in Frankreich, in Norwegen, in der Schweiz und in Amerika, bei denen das Defizit geringer wäre. Ich kann nur sagen, ich glaube, daß wir alles getan haben, um das Defizit zu senken, um den Abgang, soweit das in unserer Möglichkeit liegt, zu sanieren und ich glaube, daß ich Ihnen diese Behauptung mit Ziffern einigermaßen zu belegen imstande war. Man wird mir jedenfalls nicht nachsagen können, daß ich im Bereiche meiner Zuständigkeit nicht alle diesbezüglichen Versuche unternommen habe.

Erst vorgestern habe ich der Landesregierung meinen Antrag auf Pauschalierung der besonderen Gebühren unterbreitet, von dem ich zumindest glaube, daß er, auf die Dauer gesehen, eine weitgehende Verwaltungsvereinfachung darstellt und eine Hebung der Wirtschaftlichkeit der Spitäler bringen wird. Wir haben auch viele andere Maßnahmen getroffen, um die Verwaltung zu vereinfachen und die Wirtschaftlichkeit zu heben. Ich rede nicht nur von der Verwaltungsvereinfachung, sie liegt mir am Herzen, ich bemühe mich um eine solche und handle auch darnach.

Was im übrigen zur wirklichen Beseitigung des Defizites der Krankenhäuser getan werden könnte und im großen Stil noch getan werden muß, das liegt auf einer Ebene, die wir hier nur zum Teil — und ich nur zum allergeringsten Teil — beeinflussen können. Diese Frage liegt meiner Meinung nach in drei Dingen: Erstens Sanierung der Krankenkassen, damit diese in die Lage versetzt werden, höhere Pflegegebühren zu bezahlen. Die Krankenkassen haben, ob man das eingestehen will oder nicht, in Österreich weitgehend den Gesundheitsdienst übernommen. Abgeordneter Rösch hat das sehr deutlich gesagt und richtig zum Ausdruck gebracht. Nicht nur der Arbeitnehmer ist versichert, auch seine Familie ist mitversichert. Weil aber die Kassen so große Aufgaben übernommen haben, glaube ich nicht, daß es allein bei den Krankenkassen und deren Sanierung liegen wird, um das Defizit der Spitäler wegzubringen.

Das Problem liegt auf jeden Fall auch darin, daß der Bund bis 1938 in Würdigung des öffentlichen Interesses der Krankenversorgung ein Drittel des

Abganges der Spitäler getragen hat und daß er sich inzwischen aus dieser Verpflichtung herausgeschlichen hat und nicht mehr bereit ist, in diese Verpflichtung zurückzukehren. Heute trägt der Bund nur mehr 10 Prozent der einkommenden Pflegegebühren bzw. im Höchstfall 18,75 Prozent des Abganges, und dabei geht er so vor, daß er einmalige wertvermehrnde Investitionen für die Berechnung des Abganges nicht anerkennt. Davon kommt es, daß wir für eine Reihe von unseren Krankenanstalten überhaupt keine Bundeszuschüsse bekommen, weil nach Abzug der wertvermehrnden Investitionen kein, oder nur ein geringer Abgang übrig bleibt. Und drittens, meine Damen und Herren, liegt das Problem darin, daß alle personal- und arbeitszeitsparenden Maßnahmen mit Investitionen verbunden sind. Dieses Problem vermag das Land nur langsam zu lösen, diesen Dingen vermögen wir alle miteinander nur schrittweise Herr zu werden. Wenn man bedenkt, daß der Aufwand pro Bett und Tag schon im Jahre 1957 zu 51 Prozent für den Personalaufwand aufgegangen ist und wenn man weiter bedenkt, daß jetzt durch die Neuregelungen der Personalaufwand wahrscheinlich im Rahmen des Gesamtaufwandes 57 oder 58 Prozent erreichen wird, dann muß in erster Linie dort der Hebel angesetzt werden.

Nun, es gäbe solche Maßnahmen, um den Abgang zu drosseln. Man könnte z. B. die Wäschereien mit viel weniger Personal und Kräfteverbrauch führen. Es wäre eine empfindliche Minderung des Abganges, wenn man statt der vielen Waschmaschinen eine moderne Karussellanlage einstellen könnte. Wenigstens in Graz und am Feldhof. Aber dazu gehören Millionen, die müßten erst bewilligt werden. Auf diesem Gebiet, das sage ich Ihnen ganz ehrlich, aber mit vollem Verständnis für unsere finanzielle Situation, würde ich gerne viel rascher vorwärts kommen. Helfen Sie mir dabei, meine Damen und Herren!

Glauben Sie nicht, wir brauchen das Geld für unproduktive Ausgaben. Von den 277 Millionen, die die Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten umsetzen, kommen 205 Millionen als Einnahmen wieder herein. Richtig werden es im kommenden Jahr durch die getroffenen Neuregelungen 209 oder 210 Millionen sein. Die restlichen 60 oder 70 Millionen sind, glaube ich, höchst produktiv angewendet, denn mit ihnen werden Gehälter gezahlt, die die Beamten, Angestellten und Arbeiter wieder ausgeben, genau so wie im Straßenbau, im Hochbau usw. Mit diesen restlichen Millionen werden Waren eingekauft, von Brot und Milch angefangen bis zu den Medikamenten, es werden damit Geräte und Apparate erworben, es werden Bodenpasten und Putzmittel, Leib- und Bettwäsche usw. usw. gekauft, lauter Dinge, deren Verbrauch sich für die einschlägige Industrie, für den Handel und das Gewerbe höchst produktiv auswirkt. Vor allem aber wird mit diesem Geld das zustande gebracht, meine Damen und Herren, was eigentlich das höchste persönliche und volkswirtschaftliche Gut ist. Es wird nämlich die Gesundheit des Menschen wiederhergestellt und ihm dadurch die Möglichkeit gegeben, sich wieder aktiv in die Volkswirtschaft einzuschalten. Ich glaube daher,

daß das, was wir für die Krankenanstalten brauchen, genau so produktiv und wichtig ist, wie das, was wir für die Straßen, für die Landwirtschaft oder für sonstige Vorhaben ausgeben.

Vielleicht darf ich jetzt noch auf ein paar einzelne Anträge zu sprechen kommen.

Zunächst einmal die Kinderklinik. Niemandem liegt der Bau einer Kinderklinik in Graz näher und schon länger am Herzen als mir selbst. Die Verhandlungen sind schon seit Jahren mit dem Bund versucht worden. Im Vorjahr haben sie konkrete Form angenommen. Der Bund muß zum Bau dieser Klinik einen Zuschuß leisten. Er hat ein Raumprogramm zunächst verlangt und dann ein fertiges Projekt. Ich habe auch keinen Tag gezögert und sofort beantragt, das Projekt auszuarbeiten. Es wird bereits daran gearbeitet und nach den Mitteilungen, die ich vor einigen Tagen vom Landesbauamt bekam, wird das Projekt in den ersten Jänner-Tagen 1959 vorgelegt werden können. Dann werden wir es einreichen und dann werden wir vielleicht im nächsten Jahr eine Zusicherung bekommen, um mit dem Bau beginnen zu können.

Mit dieser Kinderklinik und deren Bau verbindet sich noch ein weiteres wichtiges Problem, nämlich die endliche Unterbringung der III. Chirurgie, die heute noch immer als Notspital in der Taubstummenanstalt eingerichtet ist. Das ist eine Sache, die uns ebenfalls sehr am Herzen liegt.

Die Operationssaalgruppe der I. Chirurgie hat der Herr Primarius DDr. Stepantschitz schon erwähnt. Ich möchte dazu nur sagen, daß in den letzten Tagen wieder neue Forderungen in diesem Zusammenhang aufgetreten sind, die praktisch auf eine Ausweitung und Umorganisation der I. Chirurgie hinauslaufen, und von denen ich glaube, daß sie einen weit höheren Aufwand erfordern würden, als er bereits vorgesehen ist. Ich habe für diese Probleme Verständnis, aber sie werden uns zusätzliche Schwierigkeiten bereiten.

Vielleicht gehört das nicht ganz hieher, aber es ist doch im Rahmen meines Ressorts und daher gestatten Sie mir eine Erwähnung. Es liegt dem Haus ein Resolutionsantrag wegen der Unterbringung des Internates für die Säuglings- und Krankenpflegeschülerinnen vor. Das Land hat in den letzten Jahren nicht geschlafen. Es hat vor einigen Wochen erst das Objekt Billrothstraße 20 gekauft, sofort hergerichtet und auch bereits mit 20 Krankenpflegeschülerinnen belegt. (Abg. Egger: „Säuglingspflegeschülerinnen!“) Ja, eben für Kranken- und Säuglingspflegeschülerinnen. Sie bilden in Wirklichkeit eine Schule und der Internatsraum ist für alle zusammen da. (Abg. Egger: „Sie sollen aber nicht zusammen sein!“) ... sicher, aber das Objekt Billrothstraße 20 ist eine Entlastung für das ganze Internat und mit diesem Objekt sind Baugründe verbunden, die in unmittelbarer Nähe des Krankenhauses liegen und bestens geeignet wären, um mit einer Internatserweiterung verbaut zu werden. Ich glaube, daß wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt noch viele andere Sorgen, von denen ich noch gar nicht geredet habe. Sorgen, die zum Teil auch der Herr Primarius Dr. Stepantschitz angeschnitten hat. Zum Beispiel

jene, die mit der Spezialisierung der Medizin zusammenhängen. Das ist ein wichtiges Problem, das uns wieder vor neue Aufgaben und Kosten stellt. Es gibt noch viele andere Dinge. Von der Baulückenschließung in Hartberg angefangen bis zum Personalhaus und zur Entwässerung der Stolzalpe. Ich will Sie damit gar nicht behelligen, ich sage nur, es gibt unendlich viele Sorgen und man muß sie nach einer gewissen Rangordnung zu befriedigen suchen. Wir werden weiter so vorgehen wie bisher. Das Land hat wirklich das Möglichste getan, um diesen Interessen zu genügen. Ich bin überzeugt, daß der Hohe Landtag und die Landesregierung das auch weiterhin tun werden.

Wir haben, wenn ich nur auf das heurige Jahr zurückblicke, doch einiges aufzuweisen. Es wäre zu zeitraubend, das aufzuzählen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Es ist ein Großteil des Personalhauses in Knittelfeld fertig geworden. Der Personalhausbau in Feldbach ist sehr weit gediehen. In Judenburg ist der große Zubau fertig seiner Bestimmung übergeben worden. Die Frauenabteilung in Leoben ist im Bau und das Landeskrankenhaus Wagna ist mit jenem Teil, der dem bisherigen Umfang entspricht, im Fertigwerden und in einigen Monaten bereit, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Ich glaube, die lebensgemäße Entwicklung ist den Anforderungen soweit nachgekommen, wie es bei den vorhandenen Mitteln möglich war.

Abg. Dr. Stepantschitz hat schon betont, daß wir die Infektionsabteilungen, weil die Zahl dieser Erkrankungen sich gänzlich verschoben hat, in einer Reihe von Krankenhäusern auflösen können. Die Gebäude werden möglichst verwendet, so daß von Neubauten Abstand genommen werden kann. Ich befasse mich auch mit der Frage einer geriatischen Abteilung. Das Haus der Barmherzigkeit ist Stiftung. Ich habe versucht, die Steiermärkische Sparkasse als Trägerin dieser Stiftung zu veranlassen, daß mit dem Krankenhaus ein Einweisungsvertrag geschlossen wird. Das Haus der Barmherzigkeit würde sich vielleicht als geriatische Abteilung eignen, weil dieses Gebäude nahe beim Krankenhaus liegt. Die Ärzte des Krankenhauses könnten eine Konsiliartätigkeit ausüben, die eine hochwertige geriatische Behandlung sicherstellen würde.

Zu noch einem Antrag darf ich nur kurz Stellung nehmen. Es ist mir unangenehm, daß ich Sie so lange behellige. Die Landesregierung, so heißt es in diesem Antrag, wird aufgefordert, zu prüfen, ob der Rabatt für die Landwirtschaftskrankenkasse auf 15% erhöht werden könnte. Sie werden nicht böse sein, wenn ich mich bei der Betrachtung dieses Antrages eines leichten Schmunzeln nicht enthalten kann. Die OVP und FPO haben bei der Behandlung des Krankenanstaltengesetzes im Finanzausschuß eine gesetzliche Höchstgrenze für diesen Rabatt verlangt. Ich habe mich mit Händen und Füßen gewehrt und auf die Verfassungswidrigkeit hingewiesen. Es ist von der OVP und der FPO ein Mehrheitsbeschluß gefaßt worden, obwohl ich Sie davor gewarnt habe. Es ist nun ein bißchen eigenartig, daß gerade diese beiden Parteien gezwungen sind, zu ihrem eigenen gegen unseren Willen und gegen meine Warnung gefaßten Beschluß einen Aus-

nahmeantrag stellen zu müssen. Wir werden diesem Antrag auf Prüfung der Frage zustimmen, aber schon jetzt müssen wir davor warnen, diese Ausnahme zu machen. Ich kenne die schwierige Lage der Landwirtschaftskrankenkasse, ich weiß genau, daß sie sich in einer noch etwas schwereren Position befindet als die anderen Krankenkassen. Das Problem läßt sich aber mit anderen Mitteln lösen. Ich bin überzeugt, daß es möglich ist, bei gutem Willen aller zu einem vernünftigen Abkommen mit den Fürsorgeverbänden zu kommen. Ich würde Sie bitten, diese Lösung zu suchen und lieber nicht über Ausnahmen von Ihrem eigenen Mehrheitsbeschluß zu reden, und lieber nicht davon zu reden, daß Sie die Spitäler dadurch sanieren wollen, daß die Kassen mehr zahlen. Wenn man davon spricht, daß das Defizit der Spitäler so hoch ist, weil die Kassen so wenig zahlen, so soll man nicht gleichzeitig das Gegenteil beantragen, nämlich eine Erhöhung des Kassenrabattes, weil damit eine Erhöhung des Defizits der Spitäler naturgemäß verbunden ist. Ich habe im Finanzausschuß ohne Böswilligkeit sagen müssen, daß Sie offenbar in einen in die falsche Richtung gehenden Zug eingestiegen und von einer Entgleisung bedroht sind. (Landesrat Pirisch: „Wir haben nicht das Eisenbahnministerium.“ Heiterkeit.) (Zwischenruf: „Lassen Sie das unsere Sorge sein!“) Ich sage das wirklich nicht, um jemanden zu ärgern, sondern in der Überzeugung, daß es nicht gut wäre, eine solche Ausnahme zu beschließen. Bedenken Sie doch die wirkliche Lage der Kassen und Sie werden sehen, daß man es bei einer solchen Ausnahme nicht bewenden lassen könnte.

Ich möchte aber nicht damit schließen. Da Weihnachten vor der Türe steht und da ein neues Jahr herankommt, möchte ich allen jenen danken, die im abgelaufenen Jahr in meinem Referat gewirkt haben, danken dem Hohen Haus und der Landesregierung, danken der Abteilung 12 mit ihrem Vorstand und dem Personal, danken den Professoren und Primarien, den Assistenz- u. Turnusärzten, den Sekundar- und Hilfsärzten, danken den Schwestern, den geistlichen und weltlichen aller Kategorien, danken den technischen Assistenten und Laboranten und dem gesamten Warte-, Haus- und Wirtschaftspersonal unserer Anstalten und darüber hinaus allen jenen, die außerhalb unserer Spitäler, in Privat Spitälern oder anderwärts im öffentlichen Sanitätswesen tätig sind. Danken für das, was sie im abgelaufenen Jahr im Dienste der Menschen und im Dienste der Wirtschaft geleistet haben. Es gehört zweifellos zu den schönsten und zu den edelsten Pflichten, den Kranken zu helfen. Alle, die in den Spitalern und Heilstätten tätig sind, haben dieser Aufgabe, wie ich überzeugt bin, nach bestem Wissen und Gewissen gedient. Sie haben, möchte ich sagen, das Glück gehabt, eine wahrhaft menschliche Pflicht zu erfüllen. Dafür sei ihnen öffentlich gedankt. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter: Ich verzichte.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 5 mit den vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen die

Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Die Gruppe 5 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 6 „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“.

Berichterstatter ist Abg. Koch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Koch: Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 6 beinhaltet das Wohnungswesen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954, die Landeswohnbauförderung, das sonstige Wohnungswesen, wofür Mittel für Zinszuschüsse und zur Sanierung des Althausbestandes wieder vorgesehen sind. Ferner die Ansätze für den Straßen- und Brückenbau, Wasserbau, Flußregulierung, Wildbachverbauung und sonstige Bauvorhaben, die in die Gruppe 6 fallen.

In Anbetracht der Ausweitung des von der Landesregierung vorgelegten Budgets haben die Abgeordneten des Finanzausschusses in disziplinierter Weise in dieser Gruppe keine Erhöhungsanträge gestellt. Nicht etwa, daß keine Wünsche auf dem Sektor des Straßenbaues vorgelegen hätten. Auf diesem Gebiet wurden im Finanzausschuß Anregungen gebracht, größere Kredite zum rascheren Ausbau des Straßennetzes, wie das auf dem Gebiet des Energiewesens geschehen ist, aufzunehmen. Erfreulich ist, daß wiederum Mittel zur Staubfreimachung von Ortsdurchfahrten zur Verfügung gestellt werden können.

Aber auch das Wohnungs- und Siedlungswesen wurde im Finanzausschuß lebhaft diskutiert und Vorschläge zur rascheren Behebung der Wohnungsmisere gemacht. Zur Dotierung des Wasserleitungsbaues muß gesagt werden, daß hier eine Unzahl von Wünschen und Anträgen im Landesbauamt vorliegt, die nur zu einem geringen Teil befriedigt werden können. Es hat sich herausgestellt, daß im Zusammenhang mit dem Wasserleitungsbau Mittel in gleicher Höhe wie für den Kanalbau aufgewendet werden müssen. Erfreulich ist, daß das Wasserbauförderungsgesetz endlich eine Vereinfachung und Ausweitung der Möglichkeiten für den ganzen Bedarf bringen wird.

Nicht uninteressant ist, daß die Kredite der Gruppe 6 gegenüber dem Jahr 1950 für das Jahr 1959 um rund 185 Millionen höher angesetzt werden konnten. Diese Gruppe 6 weist auf der Ausgabenseite für das Jahr 1959 232,632.000 S und auf der Einnahmenseite 57,851.900 S auf. Neben dieser gewaltigen Bausumme werden private Mittel im großen Ausmaß mobil gemacht, die auf dem Sektor der Bauwirtschaft eine außerordentliche Belebung ausgelöst haben. Die Planung, Überwachung, Abrechnung und Überprüfung stellen an das Landesbauamt unvorstellbar große Anforderungen. Trotzdem sich auf dem Sektor Bauwesen die Dotierung in den letzten Jahren vervielfacht hat, wurden diese großen Aufgaben nur mit einem minimalen Mehr an Personalaufwand vom Landesbauamt bewältigt.

Ich glaube auch im Namen des Finanzausschusses und des Hohen Hauses für diese Leistung dem Herrn Landesbaudirektor und seiner Beamtschaft

und allen auf diesem Sektor Beschäftigten Dank und Anerkennung aussprechen zu dürfen. Der besondere Dank gilt unserem sehr verehrten Herrn Baudirektor, Hofrat Hazmuka, für die gesamte geleistete Arbeit, die er mit seinem umfangreichen Fachwissen und seiner persönlichen Hingabe dem Lande geleistet hat. Mögen ihm im Ruhestand noch viele Jahre in Gesundheit und Frische beschieden sein! (Allgemeine Zustimmung.)

Ich stelle im Namen des Finanzausschusses den Antrag, das Hohe Haus wolle der Gruppe 6 seine Zustimmung geben.

Abg. Koller: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gruppe 6 ist neben dem Wohnungsbau der Straßen- und Wasserbau der dringendste Faktor. Dies kommt schon allein durch die ziffernmäßigen Ansätze zum Ausdruck. Es ist damit einer Entwicklung Rechnung getragen, die mit der zunehmenden Motorisierung und dem immer schneller wachsenden Personen- und Lastenverkehr von Schiene auf Straße derartige Maßnahmen erforderlich macht. Dies ist auch letzten Endes erklärlich, wenn man sich die Statistik vor Augen hält, aus der hervorgeht, daß allein in den letzten 5 Jahren die Anzahl der Kraftfahrzeuge um 50.000 gestiegen ist und sich die Anzahl der Führerscheininhaber verdoppelt hat. Mit einem Wort, unsere Straßen sind damit zu modernen Lebensadern unserer Wirtschaft geworden.

Es ist auf diesem Gebiet sicherlich schon sehr viel geschehen. Sicher weit mehr, als in verschiedenen Zeitabschnitten vorher. Ich möchte dankbar anerkennen, daß wir gerade hier auf diesem Gebiet hinter dem Gebot der Zeit nicht allzusehr zurückgeblieben sind und daß auch ein gewisser Nachholbedarf möglich war. Es ist leider so, daß wir die Staubfreimachung mit einer gewissen Selbstverständlichkeit hinnehmen und auf der anderen Seite wieder nach neuen Baulosen ausschauen. Das ist nur ganz natürlich. Ich will aber dabei nicht übersehen, was schon geschehen ist. Es ist nicht nur viel geschehen bei den budgetmäßigen Ansätzen, sondern auch besonders in den einzelnen Aufgabenbereichen der Bezirksämter draußen. Es ist außer Zweifel, daß mit den wenigen Mitteln das Möglichste an Erfolg und an Leistung erzielt werden konnte. Trotzdem stellt der Ausbau des Straßennetzes noch immer gewaltige Anforderungen, und zwar nicht nur der Landesstraßen, sondern man darf dabei auch nicht die zehntausende Kilometer Gemeindestraßen übersehen. Wenn sie auch nicht durch das Budget erfaßt werden, so ist ihr Zustand doch meist eine bekannte und wenig erfreuliche Tatsache. Die Umstellung der Landwirtschaft in technischer Hinsicht und der damit verbundene immer stärker werdende Verkehr, die Vielfalt und die langen Strecken des Güterausstausches haben es mit sich gebracht, daß man die Straßen eigentlich nicht mehr mit der Bezeichnung Landesstraße oder Gemeindestraße abgrenzen kann, denn der Verkehr geht ja kreuz und quer über all diese Straßen hinweg. Mittel und Wege zu finden, daß gerade die Gemeindestraßen eine großzügige Förderung und einen großzügigen Ausbau in der Zukunft erfahren, muß nicht nur die Verpflichtung eines jeden Verantwortlichen sein, sondern auch

ein wichtiger Schwerpunkt bei den Aufgaben in der Zukunft. Wir können es nicht hinnehmen, daß wir in einem Zeitalter der gewaltigsten technischen Fortschritte in unserem Lande noch Gemeindestraßen haben, die in demselben Zustand sind wie vor einem Jahrhundert. Die Gemeinden sind auf diesem Gebiet bereits an der Grenze ihrer Anstrengungen und Leistungen angelangt und können beim besten Willen nicht mehr. Es gehört auf ein eigenes Blatt geschrieben, was die Bürgermeister und Gemeindefunktionäre an Erfindungsgabe aufbrachten, um hier immer wieder neue Wege zur Bereinigung dieser Probleme zu suchen und diesen Sorgen damit auf den Leib zu rücken. Nicht übersehen darf man auch die vielen Arbeitsstunden, die in Form einer freiwilligen Arbeitsleistung von der Bevölkerung hier immer wieder beigetragen wurden. Gerade die heurige große Obsternte hat uns gezeigt, daß alle anderen Dinge versagen, wenn die Bringungsmöglichkeiten und damit die Abfuhrmöglichkeiten für eine so große Ernte nicht gegeben sind.

Damit hat jede Förderung und jede Aktion, die diese oder jene Absätze zur Folge hätte, ein Ende gefunden.

Wenn man über die Straßen spricht, so meint man gewöhnlich den Verkehr, wenn man den Verkehr erwähnt, meint man die Straßen. Man verfällt in den Fehler, daß man glaubt, mit guten und ausgebauten Straßen sind die Voraussetzungen für einen flüssigen und reibungslosen Verkehr gegeben. Dem ist nicht so!

Ich möchte Ihnen das durch Hinweise auf zwei Beispiele darlegen. Bei einer Straßenfrequenz von ein paar Dutzend Fahrzeugen spielt es keine Rolle, ob und wo sich natürliche oder künstliche Hindernisse auftun. Aber wenn die Anzahl der Kraftfahrzeuge in die Hunderte geht, ist es unerklärlich, wenn man beispielsweise beim Straßenzug nach der Oststeiermark von Graz über die Ries über ein Dutzend Bahn- und Posthaltestellen findet, die an unübersichtlichen Stellen mitten in den Kurven, angelegt sind. Wir müssen nicht nur den Ausbau der Straßen allein betreiben, sondern auf diesen Straßen alles tun, um eine gewisse Flüssigkeit, eine gewisse Zügigkeit des Verkehrs zu gewährleisten. Nicht anders ist es letzten Endes bei den Bahnübersetzungen. Die Eisenbahn hat das Vorrrecht und kann nicht auf jedes Auto Rücksicht nehmen. Andererseits aber muß man bei Bahnschranken oft 20 bis 30 Minuten warten, bis sich endlich in dieser Richtung wie auch in der Gegenrichtung der Zugverkehr abgewickelt hat. Man kann keine andere Erklärung finden, als daß schon ein gewisser Sadismus dabei ist. Ich glaube, es sind verschiedene Möglichkeiten neben dem großen Ausbau der Bezirks- und Gemeindestraßen, eine zügigere, eine flottere Abwicklung des Verkehrs durch oft ganz einfache Einrichtungen zu gewährleisten. Es ist sicherlich auf diesem Gebiet des Straßenbaues sehr viel geschehen.

Ich weiß, daß noch viele Probleme offen sind. Wünschen der einzelnen Damen und Herren dieses Hohen Hauses auf einzelne Straßenübernahmen und Verbesserungen sind zweifellos natürliche Grenzen gesetzt. Ich stelle fest, daß alle Verantwortlichen

auch in Zukunft diesem Problem ein besonderes Augenmerk schenken müssen. Denn die Entwicklung auf dem Gebiete des Verkehrs ist nicht einzudämmen oder aufzuhalten, wir müssen daher alles daran setzen, um von dieser Entwicklung des Verkehrs nicht überholt zu werden. (Beifall bei OVP.)

Abg. Karl **Lackner**: Hohes Haus! Als ich im vorigen Jahr zum Bergbauproblem Stellung genommen habe, habe ich damals gemahnt, daß dieses so ernste Problem nicht so billig behandelt werden soll.

Ich will nun zu einer anderen damit zusammenhängenden Sparte Stellung nehmen, und das ist die Wildbachverbauung. Ich bedauere, daß dieses Problem so weit in den Vordergrund gerückt wurde durch das heurige Katastrophenjahr. Es wurde schon davon gesprochen, wie die Naturgewalten Menschenleben und wertvolle Meliorationen in wenigen Stunden zerstört haben. Ich freue mich umso mehr, daß der Landesbeitrag zur Wildbachverbauung von 3'1 auf 3'8 Millionen Schilling erhöht wurde und daß das Bauvolumen, das durch den Bundesbeitrag bestimmt wird, zwei Drittel der Bausumme ausmacht. Um die Gefahr von weiteren Verheerungen möglichst auszuschneiden, ist eine weitere Erhöhung der Lebensmittel anzustreben. Auch der Bundesbeitrag muß gesteigert werden, damit ein noch größeres Bauvolumen erreicht werden und so die Bedrohung des um ihre Existenz schwerringenden Bergbauerntums abgewendet werden kann. Die Erschließung der Bergbauerengebiete durch Güterwege, Seilbahnen und durch Elektrifizierung der Bergbauernhöfe ist unerlässlich. Das allein ist aber zu wenig, wenn man nicht dem Sektor Wildbach- und Lawinerverbauung in erster Linie erhöhte Bedeutung zumißt.

Mit der Wildbachverbauung eng verbunden sind die Meliorationen. Sie gehören zur Gruppe 7. Dies ist ein entscheidender Sektor für die Gewinnung von fruchtbarem Boden. Wir verlieren durch den Straßenbau viele 100 ha an Boden und die Meliorationen werden erst dann von Erfolg begleitet sein, wenn die Wildbäche verbaut sind. Es nützen die besten Meliorationen nicht, wenn die Wildbäche alles vermuren und die Flußläufe durch das Geschiebe gehoben werden und die Fluren überschwemmen. Je mehr Mittel für den Wasserbau verfügbar sind, desto eher sind die Ernährungsgrundlagen gesichert. Es muß daher jenen Maßnahmen der Vorrang eingeräumt werden, welche den Bestand der Bergbauern sichern. (Beifall.)

Abg. **Bammer**: Hohes Haus! Einen weiten Raum in den Diskussionen des Finanzausschusses hat begreiflicherweise das Wohnungswesen eingenommen. Gestatten Sie mir, daß auch ich mich damit beschäftige.

Die erfreulichen Ziffern des Landesvoranschlages 1958, der vor etwa einem Jahr in Behandlung gestanden hat, sind, soweit das bisher gesagt werden kann, von den tatsächlichen Eingängen nicht erreicht worden. Wenn wir berücksichtigen, daß Steiermark im Wohnbauförderungsbeitrag und in der Landesregierung die Ansätze als Folge der Hochwasserkatastrophe überschritten hat, so ergibt sich

der wenig erfreuliche Zustand, daß im Jahre 1959 bei niedrigeren Ansätzen wie im Vorjahr weniger Wohnungen und Wohnhäuser gebaut und gefördert werden können. Der Bundesbeitrag ist niedriger und da im Wohnbauförderungsgesetz 1954 auch der Landeszuschlag geregelt ist, ist auch die Gesamtsumme niedriger. Das Land tut sicherlich auf Seite der Landeswohnbauförderung durch die besondere Förderung des Baues von Einfamilienhäusern mehr als im Vorjahr.

Die Ziffern im Landeswohnbauförderungsfonds sind höher als 1958. Was sich auf die Wohnbauförderung im Jahre 1958 besonders ausgewirkt hat, war, daß 4 Millionen Schilling an Zinszuschüssen an die Gemeinden und an die Wohnbaugenossenschaften gewährt wurden, damit diese Darlehen für den Wohnbau bei den Kreditinstituten aufnehmen konnten. Wenn wir die in diesem Hohen Haus mehrmals festgestellte Tatsache berücksichtigen, daß in den Kreditanstalten reichlich Gelder verfügbar sind, wenn wir berücksichtigen, daß im kommenden Jahr 1959 nicht mehr gleichviel Mittel für Zinszuschüsse aufgewendet werden können, so können, trotzdem die Mittel in den Bankinstituten und Banken liegen und verfügbar wären, weniger Wohnbauten durchgeführt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß der Abgeordnete Sebastian in der Generaldebatte angeregt hat — wir haben dies ursprünglich in einem Antrag im Finanzausschuß zur Debatte gestellt —, daß die Bundesregierung durch eine Gesetzesvorlage im Nationalrat einen Weg finden möge, um mehr als bisher Kredite aus Sparkassen und Banken für die Wohnbauförderung flüssigzustellen, wobei natürlich auf die Länge der Rückzahlung und auf die Zinssätze Bedacht genommen werden müßte. Es hat keinen Sinn, Kredite für die Wohnbauförderung zur Verfügung zu stellen, die einen Zinssatz haben, den sich ein Arbeitnehmer mit 2 oder 3 Kindern auf keinen Fall leisten könnte, wenn er eine solche Wohnung mieten müßte. Wenn wir — und das ging aus der Diskussion im Finanzausschuß hervor — gegenüber dem Jahr 1958 von 4 Millionen Schilling Zinszuschüssen nun vielleicht nur 2 Millionen Schilling vorsehen können, so würde das bedeuten, daß etwa 350 bis 400 Wohnungen weniger aus dieser Post im Jahre 1959 gefördert werden können. Daß diese Tatsache gerade die Mitglieder des Wohnbauförderungsrates und alle anderen im Wohnungswesen Tätigen interessiert, ist begreiflich. Es geht ja schließlich bei jeder neuen Wohnung um ein gesichertes Dach für eine Familie und um die Gesundheit der Kinder in diesen Familien.

Wir stehen nun vor der unangenehmen Tatsache, daß im kommenden Jahr nicht mehr jene Mittel aus diesem Kapitel zur Verfügung stehen wie im Jahr 1958. Wir haben nunmehr, weil die Situation auf dem Sektor der natürlichen Personen, jener Personen, die ein Einfamilienhaus bauen wollen, besonders kritisch ist, bereits am 14. Februar 1956 einen ÖVP-Antrag hier diskutiert, dem zufolge ein 100-Millionen-Kredit aufgenommen werden sollte, um die damals vorhandenen 1600 Anträge auf diesem Gebiet rascher als sonst befriedigen zu können. Der Antrag ist vielleicht auch deshalb so rasch einge-

bracht worden, weil damals die Nationalratswahl 1956 vor der Tür stand und man auf diesem Gebiet mit einer besonderen Ziffer aufwarten wollte. Nach der Neuwahl des Landtages wurde am 15. April 1957 der Antrag noch einmal eingebracht und erst am 9. Juli 1957 wurde als erste Tranche ein Betrag von 20 Millionen Schilling aufgenommen. Von diesem Betrag wurden bis jetzt tatsächlich 12,500.000 S in Anspruch genommen. Es liegen noch 7,500.000 S bei den Kreditinstituten, obwohl für diesen Betrag bereits Beschlüsse der Landesregierung vorhanden und diese Mittel schon gebunden sind. Wir hatten nun erwartet, weil auf dem Sektor der Einzelsiedlungswerber wieder eine kritische Situation eingetreten ist, daß die ÖVP-Abgeordneten sich dazu verstehen würden, einen neuen Antrag auf etwa 20,000.000 S zu stellen. Wir waren im Finanzausschuß sehr überrascht, zu hören, daß für diese Aktion ein Haltesignal gegeben wurde und daß es nun in dieser Frage nicht nur nicht vorwärts, sondern sogar zurück geht. Diese Kehrtwendung geht auch hervor aus einem Resolutionsantrag, worin die Landesregierung aufgefordert wird, zu überprüfen, ob man nicht aus den nicht ausbezahlten Mitteln der Wohnbauförderung 1954 die bereits aufgenommenen 12,000.000 S zurückzahlen soll. Damit wäre auch praktisch diese ganze Aktion ad absurdum geführt. Es zeigt sich zumindest, daß man alle Anträge der ÖVP-Abgeordneten sehr gewissenhaft auf ihre Auswirkungen auf die Zukunft hin prüfen muß. Ein Beweis dafür ist, daß man diese damals mit vielen schönen Worten und mit Unterstützung der Presse gestartete Aktion heute nicht nur stoppen, sondern sogar zurückblasen will.

Aber die Situation auf dem Sektor der Einzelsiedlungswerber ist ohne Zweifel immer noch kritisch. Es liegen, wie aus einem Bericht des Referates hervorgeht, etwa 1700 Anträge vor von Personen, die allein oder zusammen mit Verwandten eine Wohnung oder ein Eigenheim bauen wollen. Nun werden mit den Mitteln, die budgetmäßig verfügbar sind, im Jahre 1959 bestenfalls 600 Anträge erledigt werden können. Es erhebt sich daher die berechnete Frage, ob es verantwortbar ist, daß man in Zukunft überhaupt Anträge auf solche Darlehen entgegennimmt. Diese Frage wird im Detail im zuständigen Wohnbauförderungsrat und sicher auch in der Landesregierung diskutiert werden. Ich will gar nicht dazu Stellung nehmen. Ich glaube aber, es ist Pflicht, die Gelegenheit der Budgetdebatte wahrzunehmen, um allen jenen, die sich auf die verheißungsvollen und nicht sehr überlegten Zeitungsmittelungen von 1954 verlassen und unbeschadet der inzwischen eingetretenen Änderung Anträge einbringen, einmal ehrlich zu sagen, so und so viele Anträge sind vorhanden, so und so viel Mittel können wir dafür aufwenden und jeder Antrag, der nach dem 1. Jänner 1959 neu eingebracht wird, hat eine 2—3jährige Wartezeit zu gewärtigen. Die Leute sollen sich daher ernstlich überlegen, ob sie es auf sich nehmen können, einen neuen Antrag einzureichen. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn ich sage, daß wir von der sozialistischen Fraktion der Auffassung sind, daß man hier ehrlich und offen mit den Leuten reden muß. Es nützt nichts, zu sagen, reicht nur ein, es wird schon irgendwie gehen. Es

gibt viele, die nicht warten können und viele, die vielleicht auf Grund der finanziellen Situation stecken bleiben und sogar ihre Existenz gefährden oder außerordentlich erschweren.

Es ist allgemein bekannt, daß den Sozialisten immer wieder vorgeworfen wird, sie seien für die Zwangsgesetzgebung beim Wohnungsbau und bei der Wohnungsvermietung. Ich darf als Zeuge die „Neue Wiener Tageszeitung“ vom 4. Dezember zitieren, mit ihrem Artikel „SPO will Wohnungszwangsgesetz!“ Wenige Tage später, am 16. 12., bringen nach der Mitteilung der steirischen „Südost-Tagespost“ die OVP-Abgeordneten Harvalik und Prinke einen Gesetzesantrag ein, nach dem ein neues Wohnungsvergebungsgesetz im Parlament beschlossen werden soll. Natürlich konnte man nicht umhin, auch diese Kehrtwendung zu einer Attacke gegen die Sozialisten zu benützen. Denn dieser Artikel in der „Tagespost“ ist erschienen unter der Überschrift „Schach der roten Protektion beim sozialen Wohnungsbau“. Diese Kehrtwendung sucht man also auf dem Rücken der Sozialisten den Tagespostlesern verständlich zu machen. Wenn man sich aber mit den Gedanken, die diesem Antrag zugrunde liegen, beschäftigt, kommt man bald darauf, daß dies eigentlich bestenfalls eine Spiegelfechterei ist. Denn jene Wohnungen, die einbezogen werden sollen in diese Zwangsvermietungsaktion, stellen ja nur einen geringen Teil der Wohnungen dar, die in Österreich neu gebaut werden oder schon bezogen sind. Es ist nämlich mit keinem Wort gesagt, daß sich dieser Antrag auf bereits bestehende Wohnungen bezieht.

Herausgenommen sollen natürlich alle Wohnungen werden, bei denen künftige Mieter oder Besitzer einen Baukostenzuschuß oder Grundkostenbeitrag leisten. Natürlich sollen auch alle Wohnungen, die von Privaten gebaut werden, ausgenommen sein. Es ist in der Praxis so, daß derjenige, der Mittel hierfür hat, sich eine Wohnung kaufen kann, ohne daß er vor die Kommission gehen muß, und der, der die Mittel nicht hat, der darauf angewiesen ist, eine Wohnung ohne eigene Beitragsleistung zu erhalten, zu warten und bis zum Nimmerleinstag seine Hoffnungen zurückschrauben kann. Vielleicht dient diese Aktion der Einbringung dieses Antrages im Parlament dazu, auch den Eindruck zu verwischen, der entstanden ist, weil die OVP bewußt sowohl das Wohnungsanforderungsgesetz wie auch das Wohnraumlengungsgesetz ablaufen hat lassen. Wir wissen, daß damals, als dieses Wohnungsanforderungsgesetz abgelaufen ist, auch in Kreisen der OVP lebhaft Diskussionen abgeführt worden sind. Die vorsichtigen Warner wurden dadurch besänftigt, daß auf Grund einer Aufforderung der OVP der österr. Hausbesitzerverband einen Appell an seine Mitglieder beschlossen hat, sie sollen auf die sozialen Momente und die soziale Lage der Wohnungssuchenden entsprechend Rücksicht nehmen. Der Aufruf an die Wohnungssuchenden lautet folgendermaßen: „Wer ist bereit, für die Erlangung einer Wohnung einen höheren Mietzins als den derzeit geltenden gesetzlichen Mietzins zu bezahlen? Zuschriften an den Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbund, Wien,

I., Trattnerhof 1.“ Zur Quellenangabe: Es handelt sich um die Zeitschrift „Anbruch“ des Institutes für Sozialpolitik, Geschäftsführer und Obmann ist OVP-Nationalrat Dr. Kummer.

Nun hat dieser OVP-Nationalrat Kummer versucht, diese soziale Erkenntnis der Hausbesitzer auf die Probe zu stellen und hat einen Wohnungssuchenden dem Verband hingeschickt, der nicht über die notwendigen Ablösebeträge verfügte. Der Briefwechsel, der sich zwischen dem OVP-Nationalrat und dem Präsidenten des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer abgewickelt hat, ist in dieser OVP-Zeitschrift veröffentlicht. Man muß anerkennen, daß es wirklich ein Weg zur Besserung ist, wenn man diese Dinge öffentlich behandelt. Ich darf die Konsequenzen, die der OVP-Funktionär aus dem Briefwechsel über die Einstellung des Hausbesitzerverbandes zieht, verlesen. Er schreibt im letzten Absatz: „Was aber für uns besonders gravierend erscheint, ist die Tatsache, daß nunmehr leerstehende Wohnungen vollkommen willkürlich vergeben werden können, ohne auf die Bedürftigkeit und auf die sozialen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, weil es eben heute keine Einrichtung gibt, die diese Umstände feststellt. Ihr Schreiben, das bar jedes sozialen Verständnisses ist, wird mir als Zeitdokument dienen. Ihre weiteren Belehrungen finde ich nun als vollkommen überflüssig und ersehe daraus nur, daß es in unserer Zeit noch Kreise gibt, die einfach unbelehrbar sind. Über sie wird die Zeit hinweggehen. Wir werden aber weiter für eine soziale Ordnung in diesem Staate sorgen und, wenn es sein muß, auch ohne die Hausbesitzerschaft, der scheinbar, zumindest nach den Äußerungen ihres Präsidenten zu schließen, jedes soziale Verständnis fehlt. Wir waren bisher der Auffassung, daß es auch ohne Zwangsgesetze gehen muß und daß die Selbsthilfeeinrichtungen der Gesellschaft, wozu auch der Verband der Hausbesitzer zählt, selbst imstande sind, in ihrem Bereich für eine soziale Ordnung und soziale Gerechtigkeit zu sorgen; zumindestens ich bin aber durch Ihr Schreiben eines Besseren belehrt, daß offenbar nur dann eine halbwegs gerechte soziale Ordnung eintreten kann, wenn Zwangsgesetze geschaffen werden. Wenn die Folgen solcher Zwangsgesetze dann nicht ausbleiben, hat sich dies die sogenannte bürgerliche Gesellschaft selbst zuzuschreiben. Eine weitere Antwort auf dieses Schreiben können Sie sich ersparen. Hochachtungsvoll Dr. Karl Kummer, Abgeordneter zum Nationalrat.“

Ich brauche diesen Ausführungen eines Mannes der OVP, der die Dinge kennt, nichts hinzuzufügen. Ich darf darauf hinweisen, daß meiner persönlichen Auffassung nach Ihr Tarnungsversuch, die Einbringung eines Gesetzesantrages, in dem ein gewisser Teil der Wohnungen im Zwangswege vergeben werden soll, nur eine Augenauswischerei ist, dieses Problem nicht trifft und am Kern vorbeigeht.

Ich darf Ihnen noch das Ergebnis einer amtlichen Untersuchung der Stadt Linz über die Lage der kinderreichen Familien zur Kenntnis bringen. Der Artikel in der „Tagespost“ vom 5. Dezember 1958 stellt folgendes fest: „Besonders skandalös sind die Zustände auf dem Wohnungssektor. Nicht weniger als 54 Prozent der kinderreichen Linzer Familien

hatten zur Zeit der Erhebung nur einen Wohnraum zur Verfügung, 4 Prozent lebten in Untermiete, 15 Prozent in Baracken." Meine Herren, das Problem ist außerordentlich ernst, das trifft nicht nur die Stadt Linz, die viel mehr finanzielle Möglichkeiten hat, Wohnungen zu bauen, da ihre wirtschaftliche Lage unvergleichlich günstiger ist als in Graz, weil dort die VOST und die Stickstoffwerke sind, die gewaltige Steuersummen abwerfen. In Graz ist die Wohnungslage außerordentlich trostlos und ein Vater oder eine Mutter mit einer kinderreichen Familie können von einem Hausbesitzer zum anderen gehen und sobald dieser erfährt, wieviel Kinder sie haben, bleiben diese Wohnungssuchenden außer Betracht. Meistens können viele kinderreiche Familien jene Beträge nicht zahlen, die als Ablöse geleistet werden sollen.

Nun ganz kurz zu den Ausführungen des Abgeordneten Kaan in der Generaldebatte. Er hat mit Recht gesagt mit Hinweis auf die Stadtgemeinde Graz, daß sie Mieten von neubauten Wohnungen verlangt, die sehr hoch sind. Würde ein Privathausbesitzer solche Mieten verlangen, er würde als Zinsgeier bezeichnet werden. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Dr. Kaan nur eine kleine Korrektur empfehlen. Jeder private Hausbesitzer, der nach dem Krieg ein Haus baute und Mietwohnungen errichtet hat, hat natürlich sowohl gesetzlich als auch in der Praxis die Möglichkeit, die errechneten Baukosten auf Grund der Laufzeit des Kapitals auf die Mieten auszurechnen und umzulegen und das tut auch jeder. Jede Genossenschaft und auch jede private Baugenossenschaft rechnet jene Beträge aus, die auf Grund der Baukosten erwachsen. Die Diskussion über dieses Problem möchte ich noch dahin lenken, daß ich auf eine Feststellung des Herrn Abgeordneten Dr. Assmann, die er zur Gruppe 4 gemacht hat, zurückkomme. Er hat behauptet — und seine Behauptung stimmt nicht, denn sie ist nur eine Wiedergabe aus der „Tagespost“ vom 10. Juni 1958 — „Wagna sabotiert den sozialen Siedlungsbau!“ „Empörendes Verhalten der roten Gemeindeväter, Volksdeutsche sind das Opfer.“ Dieser Artikel bereitete eine ungeheure Erregung unter den mehr als 1000 Heimatvertriebenen im Lager Wagna. Ich will einige Tatsachen schildern und auf das Verhalten des zuständigen Referenten eingehen und auf die Beweggründe hinweisen, die die ungeheure Erregung im Lager Wagna verursachten. Es sollte, obwohl ein Antrag aus der Gemeinde beim Amt der Landesregierung vorlag, über Wunsch der Abgeordneten Dr. Assmann und Dr. Pittermann eine Wohnungsgenossenschaft im Lager Wagna gegründet werden und nun sollte diese Genossenschaft ein Eigentumswohnhaus errichten. Dieses Haus sollte 11 Wohnungen umfassen. Unter diesen endgültigen Eigentümern dieser 11 Wohnungen waren nicht weniger als 4 Einzelpersonen, die Eigentumswohnungen bekommen sollten. Es waren darunter drei von der Gemeinde Befürsorgte als Wohnungseigentümer vorgesehen und es waren darunter insgesamt nur drei Familien, die fünf oder mehr Personen umfassen. Sie können mir aber nicht erzählen, daß im ganzen Lager Wagna nur drei fünfköpfige Familien wohnen. Scheinbar ist dieses Projekt des Wohnungseigen-

tumsbaues im Lager Wagna für Volksdeutsche nicht so sehr ein Projekt vom Standpunkt der Beseitigung des Wohnungselends, sondern mehr ein Projekt und eine Prestigefrage der ÖVP-Abgeordneten, weil man nicht zuschauen kann, wie die Gemeinde ein Wohnhaus nach dem anderen (Abg. Dr. Assmann: „Wir haben nur 2 Häuser gebaut!“) für die Heimatvertriebenen baut. (Abg. Dr. Assmann: „Die Gemeindefunktionäre sind aber wesentlich teurer als die Eigentumswohnungen!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe, und es haben auch die Funktionäre in Wagna nie bestritten, daß die Mittel, die sie für die Erbauung von Wohnhäusern auch für die Volksdeutschen im Lager erhielten, vom Lande aus der Wohnbauförderung 1954 stammen. Es ist niemand hier aufgestanden und hat gesagt: „Das haben wir, die Sozialisten, in Wagna für die Heimatvertriebenen von unserem Geld gebaut.“ Sie haben sehr gut mit dem Bürgermeister zusammengearbeitet, bis ihnen dieses System nicht mehr gepaßt hat. Es sollte über Nacht plötzlich die Gemeinde ein Grundstück zur Verfügung stellen, für das sie noch die Schulden beim Land zu zahlen hat. Daß das Land den Grund nicht umsonst gibt, das war ihnen klar, aber nun sollte die Gemeinde der Genossenschaft den Grund schenken.

Es ist nicht richtig, daß man durch unüberlegte Zwischenbemerkungen hier bei der Budgetdebatte die Gemeindefunktionäre, die Arbeit genug haben und genug Sorgen mit den Problemen, die ein so großes Flüchtlingslager einer Gemeinde auflastet, hier in aller Öffentlichkeit so hinstellt, als wäre es ihre Hauptaufgabe, das Wohnungselend in dem Barackenlager zu verewigen und diese soziale Aktion zu sabotieren. (Abg. Dr. Assmann: „Es hat aber so ausgeschaut!“) Ja, aber nur durch die schwarze Brille! So geht das natürlich nicht. Nur gemeinsam können wir diese Probleme lösen.

Sie haben von mir keinen Vorwurf gehört, daß uns in diesem Jahr weniger Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Wir bedauern es und wir haben einige Wege aufgezeigt, um doch eine Möglichkeit zu finden, wie man Kredite aus den Sparkassen und Banken herausbringen könnte, um sie für den Wohnungsbau zu nützen. Es nützt auch nichts in der Praxis, wenn wir Wohnungen bauen, deren Mietzinse so hoch sind, daß jeder Familienerhalter umfällt, wenn er davon hört, weil er sich sagt, daß er in einer wirtschaftlich unsicheren Zeit, wenn er die Miete nicht bezahlen kann, die Wohnung ja doch wieder aufgeben muß, und weil dann auch wir unsere Zinsen- und Kapitalsrückflüsse nicht mehr erhalten.

Das Problem ist so ernst, daß man wirklich keine Demagogie daraus machen soll, ich glaube, daß wir bei unserer Wohnungspolitik in Zukunft gerade auf die finanziellen Möglichkeiten der kinderreichen Familien werden Rücksicht nehmen müssen. Sie sind es ja in erster Linie, die von der Errichtung einer Wohnung oder eines Hauses praktisch ausgeschlossen sind. Wir werden daher in Zukunft beim Wohnungsbau bedauerlicherweise noch etliche Schwierigkeiten zu meistern haben, aber nur gemeinsam

können wir dieses Problem lösen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Abg. Dr. **Assmann**: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Straßen und Wege bauen heißt aufschließen, heißt mit der Welt Verbindung aufnehmen. Auf diese alte Weisheit haben sich schon seinerzeit Reiche aufgebaut. Z. B. haben die Römer Straßen gebaut und über diese Straßen ganze Länder nicht nur militärisch beherrscht, sondern auch wirtschaftlich aufgeschlossen. Die Zeugen dafür finden wir noch heute in unserer Heimat in den Römerwegen.

Es hat sich in dieser Hinsicht gegenüber damals nichts geändert. Im Gegenteil, die Schaffung von Verbindungen von Mensch zu Mensch, von Land zu Land und der Bau von Straßen und Wegen ist noch notwendiger geworden, je mehr sich die Wirtschaft intensiviert und je größer der Güteraustausch wurde und die Güter in immer ausreichenderer Menge transportiert werden mußten, desto mehr Wege mußten gebaut werden. Wir haben in letzter Zeit ein sehr deutliches Beispiel hierfür gehabt, wie ein Gebiet zum Tode verurteilt sein kann, wenn ihm der Verkehrsweg abgeschnitten ist. Erinnern Sie sich nur an Berlin, als den Westmächten der Weg in die Stadt und aus ihr heraus abgeschnitten wurde. Die Verbindung war aber so wichtig, daß man sich damals zur kostspieligsten Lösung entschloß, nämlich zur Errichtung einer Luftbrücke. Denkmäler zeugen noch heute von dieser Zeit, und diese teure Verkehrsverbindung hat sich trotz ihrer Kostspieligkeit bewähren müssen. Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß ohne Verkehrswege einfach alles Leben stirbt.

Ganz besonders wichtig ist deshalb der Ausbau von Verkehrswegen in jenen Gebieten, die wirtschaftlich nachgezogen werden müssen. Ein Gebiet, das bei uns in der Steiermark wirtschaftlich nachgezogen werden muß, ist das südsteirische Grenzland. Soll dieses „Nachziehverfahren“ möglichst rasch Erfolge aufweisen, dann muß die Möglichkeit gegeben sein, daß Menschen und Güter zu und von diesem Gebiet befördert werden können. Es muß also praktisch eine Aufschließungsarbeit geleistet werden. Um Ihnen, meine Damen und Herren, zu zeigen, daß zum Teil die Straßenverhältnisse in unserer Gegend wirklich noch nicht so sind, wie wir es wünschen, darf ich Sie einladen, im Geiste mit mir eine Spazierfahrt in dieses Gebiet zu unternehmen. Nehmen wir einmal an, wir wollen von Stainz über Preding nach Wildon fahren. Wenn Sie in Stainz genug Schilcher getrunken haben, dann wird Ihnen die Straße vielleicht gar nicht so schlecht vorkommen. Wenn Sie diese Straße aber wie die Bewohner dieser Gegend als Bauern, Geschäftsleute oder Gewerbetreibende benutzen müssen, dann werden Sie sehen, daß deren Zustand einfach zum Himmel schreit. Ähnlich liegt es mit der Verbindung von Leibnitz über Landscha nach Perbersdorf und Weinburg, St. Peter am Ottersbach und dann weiter bis in den Feldbacher Bezirk oder Radkersburger Bezirk, oder z. B. von Wies über St. Veit am Vogau und St. Nikolai nach Kirchbach. Auch die Straße von Heiligenkreuz am Waasen nach St. Georgen ist leider in einem ausgesprochen

schlechten Zustand. Ich könnte Ihnen noch einige solcher Beispiele anführen. Das Straßennetz, welches verhältnismäßig weit verzweigt ist, ist in einem Zustand, wie es in einem Notstandsgebiet, welches wirtschaftlich nachhinkt, nicht erforderlich wäre.

Ich möchte Sie jetzt kurz einladen zu einer Eisenbahnfahrt von Graz nach Leibnitz-Spielfeld und zurück (Abg. Dr. **Pittermann**: „Zu einer einspurigen!“) ich betone ausdrücklich, zu einer Eisenbahnfahrt, ich müßte sagen zu einer Reise auf einer Strecke, die früher verhältnismäßig fahrplanmäßig bevorzugt wurde. Auf dieser Strecke sind nun fahrplanmäßig derartige Verspätungen zu verzeichnen, die einfach unerträglich sind, und zwar nicht für diese Menschen, die einmal im Monat zum Einkaufen nach Graz fahren, sondern für jene Arbeitenden, die nach wie vor im Grenzland seßhaft geblieben sind, ihrem Verdienst jedoch in einer anderen Gegend oder in Graz nachgehen. Es ist schon davon gesprochen worden, daß auf einer eingleisigen Strecke der Fahrplan genau so gut eingehalten werden könnte und vielleicht wird das auch einmal Wirklichkeit, wenn die Elektrifizierung auch in unsere südsteirische Gegend kommt. Bis wann aber die Elektrifizierung erfolgen wird, ist noch keineswegs abzusehen, zumal noch nicht einmal das Projekt über die Elektrifizierung des Bahnhofes von Bruck fertiggestellt ist. Ich hoffe, daß das nicht mehr so lange dauern wird.

Wenn wir beim Ausbau des Straßennetzes in die südliche Steiermark daran denken, daß der Nahverkehr auf der staubfreien Straße entsprechend gut und sicher funktionieren muß, so muß doch auch geklärt werden, daß wir auch an den Fernverkehr entsprechenden Anschluß haben müssen. Es ist daher nicht nur für die Steiermark, sondern auch im allgemeinen besonders dringend notwendig, daß die Autobahn von Wien in die Steiermark gebaut wird. Wenn jemand rasch und sicher von Wien nach Graz kommt, so könnte ich mir vorstellen, daß er auch in unsere Gegend auf Besuch kommt und dies würde den Fremdenverkehr in dieses schöne Weinland beträchtlich fördern.

Eine besonders wichtige Straßenverbindung wäre noch zu nennen, es handelt sich um die Landesstraße 159, die Verbindung von Eibiswald über Soboth nach Lavamünd. Der Ausbau dieser Straße ist geplant und würde für den Fremdenverkehr und für den Güteraustausch zwischen Steiermark und Kärnten von Nutzen sein. Wie Sie wissen, ist der Transport aller Wirtschaftsgüter zum sehr großen Teil von der Schiene auf die Straße übergegangen, und gerade auf dieser Verbindungsstraße über Soboth nach Kärnten kann man in der schlechten Jahreszeit nur mit Unimog Lasten befördern. Irgendein anderes Fahrzeug ist wirtschaftlich dort nicht vertretbar. Ich kann nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß gerade wegen dieser Straße über Soboth nach Kärnten beim letzten Parteitag der ÖVP in Innsbruck eine Delegation unter Führung des Herrn Landeshauptmannes Krainer, des Herrn Straßenreferenten Dipl.-Ing. Udier und einiger Abgeordneter des Grenzlandes beim Handelsminister Bock wegen Übernahme dieser Landesstraße durch die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Für die Übernahme

und den ersten Ausbau dieser Straße wurde uns erfreulicherweise Hoffnung gemacht und ich werde mich freuen, wenn wir in einem Jahr einen positiven Bericht zur Kenntnis nehmen können.

Wenn ich beim Aufschließungsproblem nun über das Grenzland gesprochen habe, wäre das Bild nicht vollständig, wenn ich, nachdem ich Wünsche vorgebracht habe, nicht auch anführen möchte, was im letzten Jahr geschehen ist. Zuerst ist es so, daß man wünschen und fordern muß, um der Sache Rechnung zu tragen. Um in Ordnung zu gehen ist es selbstverständlich, daß man sich zuerst einmal für das bedankt, was in den letzten Jahren geschehen ist. 1957 wurden 10 Millionen Schilling für die Landesstraßen verwendet und daß es im Jahre 1958 bereits mehr gewesen ist, ist daraus zu sehen, daß jetzt die Grenzlandförderung Früchte getragen hat. Bei den Bundesstraßen ist es ebenso, daß gegenüber 27 Millionen aus 1957 im heurigen Jahr wesentlich mehr aufgewendet wurde. Wenn aber trotzdem, obwohl die Beiträge größer geworden sind, der Anteil der Straßen, welche bisher staubfrei sind, noch nicht über 31,7 Prozent bei den Landesstraßen hinausgegangen ist, so ist das wirklich zu wenig. In anderen Gegenden, zumal in der Obersteiermark, ist dieses Verhältnis wesentlich besser.

Wenn ich nun zu dem Aufschließungsproblem gesprochen habe, will ich noch kurz zum Wohnbau Stellung nehmen, allerdings nicht zu dem Problem, welches vom Abg. Bammer herangezogen wurde. Das möchte ich für den Schluß aufheben. Es wird sich niemand in einem Gebiete ansiedeln, welches nicht gut erreicht werden kann oder aus dem nicht entsprechend rasche Verkehrsmöglichkeiten nach außen hin gegeben sind. Es ist das eine Voraussetzung, daß jemand Wohnungen und Häuser baut, auch eine Voraussetzung dafür, daß die Existenz der Bewohner dieser Gegend sichergestellt ist. Die Existenzgrundlage der südsteirischen Gegend ist in erster Linie die Landwirtschaft, ein großer Teil der Bevölkerung ist auch von Gewerbebetrieben abhängig, die Brot und Arbeit geben. Die Kreditaktionen von Seite des Landes haben auf dem Gebiete der Förderung von Kleingewerbebetrieben sehr viel genützt und man könnte berechtigterweise der Hoffnung sein, daß eine besondere Bevorzugung des Grenzlandes, die im vorjährigen Budget beschlossen wurde, immer mehr Geld zur Festigung dieser Betriebe in unsere Gegend bringen würde. Nun, meine Herren, die Förderung der verkehrsmäßigen Aufschließung allein genügt nicht. Es ist nun eine eigenartige Tat vom Herrn Landesfinanzreferenten gesetzt worden, darüber ist auch im Landtage gesprochen worden, insofern er der Meinung war, daß die Annuitäten, welche in diesen Fonds zurückfließen, ohnehin soviel ausmachen würden, als man seinerzeit diesem Fonds zugeführt hat und keine Notwendigkeit mehr bestünde, wieder wie im Vorjahre 1 Million Schilling für den Fonds für die gewerblichen Darlehen erreichen zu können. (1. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Das gehört nicht zur Gruppe 6!“) Es gehört zur Gruppe 7, aber es handelt sich hier um eine Existenzfrage der Leute unten und es wird nicht stören, wenn das jetzt behandelt wird. Nun,

es ist in diesem Fall so, daß sich die Handelskammer bereit erklärt hat, die 1 Million für diesen Fonds zu zahlen. Ich verstehe nicht, warum das Land bzw. der Herr Finanzreferent auf dem Standpunkt steht, daß die Einsetzung der Hälfte des Betrages, also 500.000 Schilling, ohneweiters genügen wird. Ich möchte hier feststellen, niemals hat jemand auch nur eine unverbindliche Erklärung dahingehend abgegeben, daß eine Jahresdotierung von 2 Millionen ausreichen würde für diesen Fonds. Auch hat niemand jemals eine Erklärung abgegeben, daß wir mit dem für uns vorgesehenen Betrag für den Straßen- und Wegebau auskommen werden. Meine Damen und Herren, für unsere Kleingewerbebetreibenden ist es sehr betrüblich, daß gerade dieser Fonds so gekürzt wurde.

Aber nun wieder zurück zur Wohnbauförderung, die stärker geworden ist im Jahre 1957 gegenüber dem Jahre 1956, und auch im heurigen Jahr konnten wir feststellen, daß mehr Wohnungen gebaut wurden mit dieser Unterstützung. Insgesamt wurde ein Betrag von 13,251.000 Schilling ausgegeben an Landes- und Bundesmitteln. Ich darf dem zuständigen Referenten, der sicher sein Möglichstes in dieser Hinsicht für uns gemacht hat, herzlich danken und hoffen, daß wir auch im nächsten Jahr wieder einigermaßen gut wegkommen werden.

Ich möchte nochmals betonen, meine Damen und Herren, daß alle Förderungsmaßnahmen immer wieder voraussetzen, daß zunächst einmal die Aufschließungsarbeiten von der Straße her durchgeführt werden. Wenn diese Arbeiten zielstrebig in entsprechendem Zusammenhang mit der Wohnbautätigkeit, der Landwirtschaftsförderung und der Förderung des Kleingewerbes erfolgen, dann werden wir auch in unseren Gebieten wieder weitere Fortschritte machen können.

Nun, bevor ich zum Schluß komme, möchte ich mir noch gestatten, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bammer einzugehen, der dieses Wohnbauproblem für die Flüchtlinge in Wagna, über das ich vorher gesprochen habe, so hingestellt hat, als ob nie etwas passiert wäre. Meine Damen und Herren, es war nicht so, daß gewissermaßen die Gemeinde von Haus aus gesagt hat, „selbstverständlich werden wir Euch alles geben, Ihr müßt nur schauen, daß Ihr das Geld bekommt, wir werden Euch dann den Grund zur Verfügung stellen, jedenfalls könnt Ihr damit rechnen, daß wir Euch in keiner Weise behindern werden.“ Ich muß zur Ehre des Herrn Abgeordneten Bammer feststellen, daß er es war, der im Ausschuß in Graz für seine Partei die Zustimmung gegeben hat, nachdem das Projekt vom Herrn Landesrat Prirsch in entsprechender Weise publiziert wurde. Das Politikum ist erst zustande gekommen, nachdem nicht die Frau Bürgermeister, sondern der neue Herr Bürgermeister und noch einige maßgebliche Leute sich dafür interessiert haben. Es tut mir leid, daß ich über diese Dinge sprechen muß, Sie haben mich dazu veranlaßt, der Wahrheit zum Lichte zu verhelfen.

Am 19. Jänner 1958 wurde ein Schreiben von der österreichischen Wohnbaugenossenschaft zur Errichtung von Barackenersatzwohnbauten im Lager

Wagna abgelehnt. Es wurde von der Gemeinde abgelehnt. Wir haben viele Besprechungen mit der Gemeinde geführt und auch mit der Wohnbaugenossenschaft in Graz. Am 30. März war wieder eine Besprechung im Lager Wagna. Am 12. Mai wurde ein Antrag der ÖVP um Überlassung eines Grundstückes zur Errichtung von Eigentumswohnhäusern im Lager Wagna von der sozialistischen Mehrheit im Lager Wagna niedergestimmt und am 19. Mai, als ein neuerlicher Antrag gestellt wurde, wurde er von der SPÖ-Mehrheit im Gemeinderat von Wagna mit einer fadenscheinigen Begründung von der Tagesordnung abgesetzt, weil angeblich keine Formblätter vorgelegen sind. (Abg. R ö s c h : „Nicht so fadenscheinig! Sie wissen gar nichts, aber Sie reden darüber!“) (Abg. W e g a r t : „Wir sind ja kein Auskunftsbüro, es war nur ein Formfehler, den die SPÖ zum Anlaß nahm, dieses Projekt weiter zu verhindern!“) Ich werde nicht mehr weiter darüber sprechen, es ist bereits genügend dokumentiert worden, daß der Wohnungsbau im Lager Wagna zu einem Politikum geworden ist. Damit ist für mich der Fall Wagna abgeschlossen und ich möchte nur noch einen Appell richten.

Wenn ich als südsteirischer Abgeordneter Ihnen aufgezeigt habe, wie es mit der Aufschließung der Verkehrswege im Grenzland steht, dann möchte ich Sie bitten, ja nicht zu glauben, daß wir nicht auch an den obersteirischen Straßen das größte Interesse nehmen. Ich müte es ebenfalls keinem Obersteirer zu, daß ihm die Straßenverhältnisse bei uns gleichgültig sind. Nur müssen wir in der nächsten Zeit mehr nachholen und bitten Sie, dafür das nötige Verständnis aufzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ganze Land soll sich vor Augen halten, daß die Menschen im Grenzland nicht nur auch leben wollen, sondern daß sie dort leben müssen und ihre Existenz daher verteidigt werden muß. Es könnte sonst die Grenze einmal zu wandern beginnen, auch dann, wenn die Grenzpfähle noch weiter bestehen bleiben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Wegart**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, wenn in der Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen immerhin ein Gesamtbetrag von 232 Millionen eingesetzt ist. Dieser Betrag wird in der Hauptsache dem Straßenbau und der Straßeninstandsetzung zugeführt. Wir dürfen mit Recht feststellen, daß die Leistungen der öffentlichen Hand in bezug auf den Straßenbau einmalig sind. Nie zuvor wurde für den Straßenbau und für die Straßeninstandsetzung so viel geleistet wie heute. Aber es ergibt sich trotzdem die Frage, ob das genug ist, ob wir nicht noch mehr bauen könnten und wenn ja, welcher Weg zu beschreiten wäre.

Wenn von Straßen die Rede ist, kann man auch das traurige Kapitel der gigantischen Unfallsziffern hier im Lande nicht übersehen und übergehen. Woche für Woche erfahren wir über Presse, Rundfunk und sonstige Nachrichtenmittel, daß die Unfallsziffern auf unseren Straßen ansteigen. Nur eine Ziffer: In einem Zeitraum von rund 5 Jahren, vom 1. Jänner 1954 bis 30. September 1958 gab es laut

amtsgültigem Ausweis in Österreich 259.510 Verkehrsunfälle mit 7565 Toten und 249.738 Leicht- und Schwerverletzten. Wir sehen, daß mit der Zunahme des Verkehrs auch die Unfallsziffer in einem schrecklichen Umfang zugenommen hat. Ich möchte mich heute nicht mit den tieferen Ursachen dieser hohen Ziffer auseinandersetzen. Sicher gibt es eine Reihe von Argumenten dafür. Menschliche Unzulänglichkeit, Übermüdung, Schnellfahren, schlechte Reifen, Maschinendefekte und ähnliches mehr. Jeder, der mit einem Motorfahrzeug unterwegs ist, wird dieses oder jenes Erlebnis zum besten geben können. Aber es hängt leider auch noch oft der Zustand unserer Straßen, der Ortsdurchfahrten, schmale Straßen, unübersichtliche Kurven usw. damit zusammen. Hier einzusetzen wäre die Anregung, mit der ich mir erlaube, am Schluß zu kommen.

Ich darf aber ebenso feststellen, daß unsere Straßen mehr denn je Lebensadern der gesamten Wirtschaft sind. Wir sind ein Fremdenverkehrsland ersten Ranges geworden. Wenn unsere Handelsbilanz ausgeglichen ist, dann ist sie es nicht zuletzt durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr. Dieser wird nicht mehr nur über die Eisenbahn abgewickelt, sondern angefangen vom Moped über den Motorroller und das Motorrad bis zum schweren Straßenkreuzer. Es ist eine Vielfalt von Fahrzeugen, die im besonderen in den verregneten Sommermonaten auf unseren Straßen dahinbraust. Wir können in bestimmten Sommermonaten und insbesondere in unseren Städten von einem Verkehrsnotstand reden. Ich habe vor einiger Zeit eine sehr sinnige Auslegung dieser Dinge gehört. Es hat eine Zeitschrift geschrieben, daß das Wirtschaftssystem nicht schlecht gestellt sei, da man nur um die 2 Hauptsorgen nicht herumkäme, wie man schlank wird und wo man einen Parkplatz findet. Ein Notstand dieser Art im Verkehr erfordert ebenso außergewöhnliche Maßnahmen.

Wir haben da einige Schwerpunkte, die durch außergewöhnliche Maßnahmen angepackt wurden, die Elektrifizierung und den Ausbau unserer Wasserkräfte und auch die Wohnungsnot. Aus weiser Voraussicht und aus sozialen Wirtschaftsgründen hat man da den Anleiheweg beschritten. Die Nutznießung unserer Wasserkräfte dient nicht nur uns, sondern soll auch allen, die nach uns kommen, zugute kommen. Dasselbe gilt für den Wohnhausbau. Warum sollte nicht auch beim Straßenbau, beim Ausbau der Straßen, derselbe Weg der Anleihe beschritten werden. Es wird da eine Reihe von Einwendungen geben. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Fachleuten zu diskutieren. Ich verweise nur auf ein Beispiel. Vor rund 20 Jahren ist sehr viel geredet worden darüber, daß die Glocknerstraße mit einer Anleihe gebaut wurde, und zwar zum großen Teil. (1. Landeshauptmannstellvertreter **H o r v a t e k** : „Sie ist eine Mautstraße.“) Wer über diese Straße fährt, wird bei der Einfahrt selbstverständlich eine Maut zahlen. Dazu muß ich sagen, daß es nicht nur auf der Großglocknerstraße so ist, es gibt in Italien, in Holland bei fast allen Autobahnen dasselbe. In Holland gibt es auch noch Mautstraßen, die nicht nur gebaut, sondern im wesentlichen auch so erhalten und verbessert werden. Warum ist es nicht

möglich, auch bei uns einen solchen Weg zu beschreiten, und zwar nicht nur für die Beseitigung einer kleinen Kurortdurchfahrt, sondern auch für den Ausbau ganzer Straßenzüge? Ich darf heute neuerlich diese Anregung geben, weil ich glaube, daß durch diesen schwerpunktmäßigen Ausbau auch die Unfallsziffer gesenkt werden kann.

Es hat sich laut Erhebungen, die ich mir beim Landesgendarmieriekommando geholt habe, die Unfallsziffer auf der Straße Bruck—Leoben wesentlich gesenkt. Wenn es noch Karambolagen gibt, so sind sie wesentlich geringer als auf den Straßen nach Judenburg und Leoben, wo Mängel in der Straßenführung bestehen. Es könnte also, wie ich glaube, die Steiermärkische Landesregierung den schwerpunktmäßigen Straßenbau in Form einer Anleihe der Regelung zuführen. (Beifall.)

Abg. **Krempf**: Hoher Landtag! Ich bin dem Herrn Abg. Bammer außerordentlich dankbar, daß er aus einem Briefwechsel einen Satz zitiert hat. Wir, gemeint ist die ÖVP, werden dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Wohnungen nach sozialen Gesichtspunkten vergeben werden. Ich kann Sie versichern, daß wir das tatsächlich auch tun werden. Aber mit dem Verlesen von Zeitungsartikeln wird ja das Wohnungsproblem nicht gelöst.

Ich kann Ihnen an Hand von Zahlen beweisen, daß in den letzten 10 Jahren sehr viel am Wohnbausektor geleistet wurde. Man konnte aus den Ausführungen entnehmen, was tatsächlich in dieser zehnjährigen Bauzeit geleistet wurde, die wir hinter uns haben. Das Land Steiermark hat für 13.916 Wohnungen Darlehen von 419,039.000 S und an Baukostenzuschüssen 4,242.000 S, an Annuitäten- und Zinszuschüssen 11,756.000 S gewährt. Das Land Steiermark hat bisher gemeinsam mit dem Bund insgesamt in den letzten Jahren für 29.516 Wohnungen an Darlehen und Baukostenzuschüssen 2.558,561.000 S gewährt, an Zinszuschüssen und Annuitäten 34,512.000 S, das sind zusammen insgesamt 2.593,073.000 S. Ich glaube, das ist bestimmt ein Erfolg, auf den man stolz zurückblicken kann. Ich glaube, es liegt in unserem Sinn, keine Kritik zu üben und auf das hinzuweisen, was nicht geschehen ist, sondern auf das hinzuweisen, was bisher bereits geleistet wurde. Das Problem ist nicht nur das, daß wir für die zerstörten Wohnungen Ersatz haben wollen, sondern es ist der berechtigte Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung, ihre Wohnungsmöglichkeit zu verbessern und familienfreundliche, moderne, sonnige Wohnungen zu haben. Die Familie ist die Keimzelle eines Volkes. Nur aus einer gesunden Familie wächst eine gesunde Jugend, die die Zukunft unseres Volkes ist.

Ich darf wohl ohne zu übertreiben behaupten, daß in Erkenntnis dieser Tatsache gerade dieses Problem eine Herzensangelegenheit der ÖVP ist. Es gehen die Meinungen über die Art der Hilfe auseinander. Aus den Ausführungen des Herrn Abg. Bammer haben wir gehört, daß die ÖVP es verhindert habe, daß Darlehen aufgenommen werden. Ich kann Ihnen sagen, daß die Arbeitgeber, an die herangetreten wurde, Darlehen um 8,5 Prozent hergegeben hätten, was für den Bau von Woh-

nungen unerträglich ist und die Wohnungen nur sehr verteuern würde. Viele meinen, es geschieht auf dem Wohnungssektor überhaupt nichts und manche meinen, man könne die Wohnungsnot und das Barackenelend lindern, wenn man zu billigen Wahlschlagern greift. Die Idee der ÖVP: „Jeder Familie eine eigene Wohnung und jede Familie eigener Herr über Haus, Grund und Boden!“ ist doch zum tragen gekommen. Der Erfolg beweist den richtigen Weg. Andere haben gemeint, die Wohnungsnot sei an das Parteibuch gebunden und ohne Parteibuch keine Wohnung. Mit dieser Einstellung ist aber das Wohnungsproblem nicht gelöst. Zu dieser Einsicht sind auch unsere Kollegen, die Sozialisten gekommen. 10 Jahre hat es gebraucht, bis sie sich zu einer besseren Erkenntnis durchgerungen haben. Mangels einer eigenen Idee hat man, wie schon so oft in den vergangenen Jahren, einen Programmpunkt der ÖVP genommen und da auf das Schild sozialistischer Wahlpropaganda gehoben.

Auch die Gemeinde Wien vergibt Eigentumswohnungen und auch die Sozialisten haben eine Wohnbaugenossenschaft gegründet, ganz nach dem Programm der Freunde des Wohnungseigentums, der ÖVP. (Abg. R ö s c h : „Seit wann habt Ihr ein Programm? Abg. Wegart hat gesagt, Ihr braucht keines!“) Ein ganz eklatanter Beweis dafür, daß sich das Gute durchsetzt, ist, daß auch die Sozialisten unsere Erfahrungen und Ideen für ihre Propaganda ausnützen wollen, um — hilf, was helfen kann — in Land und Staat zur Mehrheit zu kommen. Wir sind loyal. (Zwischenruf bei SPO: „Eben, Ihr laßt uns die Mehrheit!“) Dürfen wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch die Sozialisten unsere, von großem Verantwortungsbewußtsein getragenen Ideen übernehmen, die heute noch bei Ihnen auf Ablehnung stoßen. Es würde dadurch nicht nur auf dem Wohnungssektor viel mehr Not und Elend gelindert werden können, es würde auch dazu beitragen, daß in den anderen Sparten des öffentlichen Lebens die wahre Demokratie einzieht und das politische Leben weiter gesundet.

Ich glaube, daß ich Ihnen einen kleinen Überblick über die Situation auf dem Gebiet des Wohnbaues gegeben habe. Sie können aber auch daraus entnehmen, daß die Steiermark bemüht ist, die Beschaffung familienfreundlicher Wohnungen tatkräftig zu fördern und zu unterstützen. Wir von der ÖVP begrüßen ehrlich alle Bestrebungen auf diesem Gebiet. Ich darf dem Herrn Referenten und seinen Mitarbeitern für ihre Mühe danken und die Bitte aussprechen, auch weiterhin ihre Tatkraft einzusetzen, damit dieser Notstand, der ein Erbe des Krieges ist, endlich behoben werden kann. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Dr. Stephan**: Sehr verehrte Damen und Herren, Hohes Haus! In jedem Staat und in jedem Land auf unserer Erde, sofern sie demokratische Regierungen ihr eigen nennen, ist es üblich, daß die politischen Parteien, die nicht in der Regierung sitzen, die Kritik an den Maßnahmen der Regierung wahrzunehmen haben. Das nur kurz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wegart, der ausgerechnet bei der Gruppe 4 es für notwendig gehalten hat uns vorzuhalten, daß wir miesmachen

wollen, daß wir nichts als fruchtlose Kritik betreiben und daß wir also auf diese Art und Weise wenig dazu beitragen, um die Verwaltung und Regierung dieses Landes zu fördern. (Abg. Wegart: („Bessere Vorschläge wollen wir hören, aber nicht Euer Raunzen!“) Herr Abg. Wegart, Sie wissen genau, daß bessere Vorschläge von uns schon oft gemacht wurden, ja manchmal sogar durchgesetzt wurden, auch gegen Ihren Widerstand. Z. B. will ich nur auf ein nachahmenswertes Beispiel verweisen, den amtlichen Stimmzettel. Es ist aber so, meine Damen und Herren, daß es irgendwie unbequem oder zumindest manchmal unbequem zu sein scheint, wenn der Finger auf eine Wunde gelegt wird, die ohnedies schmerzt. Es ist von uns nie behauptet worden, daß jemand fehlerlos sei oder auch nur sein könne. Weder bei der Regierung noch bei der Opposition gibt es das. Aber beide sind dazu da, um einander zu hören, wenn es zum allgemeinen Nutzen ist.

Der Streit um die bei Ihnen auf Bundesebene bestehende Koalition berührt uns an sich wenig. Ich möchte dazu nur eines beitragen, was von einem bestimmt unverdächtigen Gewährsmann gesagt wurde. Sie erinnern sich, daß der jetzige Staatssekretär Dr. Gschnitzer gesagt und geschrieben hat, das Mißtrauen ist das Band der Koalition. Soweit so gut. Uns an und für sich könnte es gleich sein, welches Band die Koalition verbindet. (LR. P r i r s c h: „Sie reden hier über die politischen Straßen und Brücken!“) Der Herr Abgeordnete Wegart hat anlässlich der Fürsorgedebatte auch längere Zeit über eine Fürsorge gesprochen, die eine Fürsorge für seine eigene Partei hätte sein sollen, ich weiß nicht, ob Sie dessen bedürftig sind. (LR. F r i t z M a t z n e r: „Das ist menschlich begreiflich!“)

Nun, zu den Dingen und Gegenständen der Gruppe 6 selbst möchte ich folgendes sagen. Eine Frage, die schon vor Jahren hätte beantwortet werden sollen, die aber noch nie beantwortet wurde, obwohl in der letzten Zeit mancher diesbezügliche Schritt von seiten der Bauwirtschaft unternommen worden ist, ist die Frage der Raumplanung. Sie alle wissen, daß auf Grund eines Verfassungsgerichtshofurteilnisses die Bebauungspläne aufgehoben worden sind und daß in diesem Punkt ein ex-lex-Zustand herrscht, obwohl von der Landesregierung dem Landtag ein Entwurf vorgelegt wurde, dieser auch einem Ausschuß zugewiesen, aber von diesem noch nicht weiter behandelt wurde. Wir erlauben uns nun die höfliche Frage, warum der Entwurf nicht weiter behandelt wird oder besser gesagt, wann er weiter behandelt wird. Ich könnte mir vorstellen, daß man mit der Raumplanung und Durchführung derselben und mit den Durchführungsvorschriften über dieselbe solange warten möchte, bis man diese Raumplanung in die neu zu erwartende Bauordnung einbauen könnte. Die Bauordnung ist, wie Sie alle wissen, schon sehr lange in Arbeit. Daß die alte Bauordnung, bereits mehrfach novelliert, tatsächlich einer Ablösung bedarf, ist auch bekannt. Ich darf auch fragen, ob wir in nächster Zeit mit der Vorlage einer neuen Bauordnung zu rechnen haben und bemerken, daß wir deshalb auf die Raumplanung so lange warten müssen. Das wäre immerhin eine Begründung, die plausibel klingen würde.

Und nun zu dem heute schon mehrfach erörterten Mietenproblem, Siedlungs- u. Wohnungsbauprobem. Ich muß dazu dasselbe sagen, was ich schon in der Gruppe 2 zum Schulbau gesagt habe. Wenn man in Österreich nach rein parlamentarischen Grundsätzen vorgehe, dann wäre schon seit einigen Jahren, schon seit rund 10 Jahren die rein parlamentarische Behandlung dieses gesamten Fragenkomplexes möglich gewesen. Es würde sich auch ohne Zweifel in den Ausschüssen des Parlamentes in Wien diese Frage weitgehend klären lassen. Die Zustände, die wir heute gerade auf dem Mietensektor und auf dem Sektor der Mietengesetzgebung haben, ähneln einem sehr schlecht geratenen Emmentalerkäse. Es sind nämlich nur mehr Löcher vorhanden. Es wäre wichtig, wenn man tatsächlich auch einmal selbst den Sprung über seinen eigenen Schatten wagen und dieses Problem einmal angehen würde, auch wenn man dabei — und davor fürchten sich ja die Parteien, weil es ja leider so viel Mieter und so wenig Hausherrn gibt — ein paar Stimmen einbüßen könnte. Das kann aber nach meinem Dafürhalten nicht der Grund dafür sein, ein Problem überhaupt nicht anzufassen.

Es wurde schon heute einiges über den Bau von Straßen gesprochen. Es ist ohne Zweifel ein dankenswerter Beginn, daß nicht nur Bundesstraßen in großer Kilometeranzahl, sondern auch Landesstraßen bei uns in der Steiermark gebaut werden. Es wäre ohne Zweifel möglich, das noch weiter voranzutreiben, wenn die Steiermärkische Landesregierung und die übrigen Landesregierungen endlich den Herrn Finanzminister dazu bringen könnten, einen Teil der von ihm schon auf das 9fache erhöhten Mineralölsteuer auch den Ländern zuzubilligen, damit aus den Erträgen der Steuer die Landesstraßen schneller gebaut werden könnten.

Ich glaube, daß die Forderung so alt ist wie die Mineralölsteuer selbst. Sie wissen, daß die Mineralölsteuer seinerzeit zur Hälfte dem Bund und zur Hälfte dem Lande zukam und nur mehr Erhöhungen von Seite des Bundes erfolgten und Zuschläge vom Bund nur für den Bund erhoben wurden und heute die Verteilung 8 : 1 ist. Es wäre sicherlich von Wert, wenn hier eine gleichmäßige Aufteilung zu erreichen wäre. Wann eine Autobahn, die von Salzburg nach Wien gebaut wird und 1962 vollendet sein soll, auch zu uns in die Steiermark, in den verkehrsärmsten Teil Österreichs führen wird, wagen wir nicht zu prophezeien. Wenn im Jahre 1962 die Autobahn Salzburg—Wien fertiggestellt sein soll und in Tirol inzwischen die Planung einer anderen Autobahn begonnen wurde und wenn wir mit der Beliebtheit der Steirer bei der österreichischen und bei der Zentralbürokratie rechnen, wage ich zu prophezeien, daß verkehrsmäßig bei uns nichts geschehen wird.

Zur Wohnungs- und Siedlungsfrage wurde schon mehrfach Stellung genommen und vor allem auch die Landespolitik oder die Landesfinanzpolitik bekritelt. Ich muß dazu folgendes sagen: Wenn ich richtig benachrichtigt werde von den Mitgliedern unserer Parlamentsfraktion, hat der Finanzminister den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds um 25 Millionen S gekürzt und dies, obwohl im gesamten Bundesgebiet Ansuchen in der Höhe von 1'3 Mil-

liarden S vorliegen. Sie dürfen nicht glauben, daß es zu billigen ist, hier im Lande an einer Finanzpolitik in dieser Beziehung Kritik zu üben, wenn der eigene Finanzminister dieselben Kürzungen auf Bundesebene vorgenommen hat. Es wäre der Anregung, die von Seite unserer Fraktion im Landtage gemacht worden ist, Folge zu leisten, einem Wohnbauministerium die Möglichkeit zu geben, auf diesem Sektor, der wirklich die gesamte Bevölkerung betrifft, Ordnung zu machen. Jedenfalls wäre die Idee eines solchen Ministeriums zu überlegen. (Landesrat P r i r s c h : „Zuerst müßten wir halt das Ministerium bauen und dann die Schreibtische.“) (Heiterkeit.) (Beifall bei FPO.)

Abg. Gruber: Hoher Landtag! Das Problem der Straßen, des Straßenbaues und der Straßenerhaltung befaßt heute einen weitaus größeren Teil der Bevölkerung als ehemals. Eine Vielzahl von Arbeitern und Angestellten sowie weite Kreise der Bevölkerung fahren mit dem Moped, mit einem Motorrad oder mit einem Auto auf unseren Straßen. Eine große Zahl Beschäftigter fährt im Omnibus über das Land. Sie alle brauchen die Straßen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Die Reisen, einst ein Privileg für besondere Kreise, sind jetzt selbstverständliches Allgemeingut geworden und sind Ansporn zur Verbesserung des Straßenzustandes und zum Bau von neuen Straßen.

Es ist hier schon gesagt worden, daß auf dem Straßenbausektor in den letzten Jahren viel geschehen ist; weiters wurde festgestellt, daß man nicht nur mit der Entwicklung der Zeit Schritt gehalten hat, sondern auch für die Zukunft einiges plant. 1959 sind für den Straßenbau 120 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 22 Millionen Schilling für die Erhaltung der Landesstraßen und Brücken und 65 Millionen Schilling für den Neubau von Landesstraßen und Brücken vorgesehen sind. 87 Millionen Schilling können für unsere Landesstraßen aufgewendet werden. Das ist ein Betrag, mit dem man etwas machen, aber doch nicht allen Anforderungen gerecht werden kann.

Einige Probleme haben sich von selbst gelöst. Ich denke da an das große Unglück in der Breitenau. Wenige Wochen vorher war ich mit einer Delegation von Gemeindevertretern bei Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Udier; wir haben uns mit ihm auseinander gesetzt, wann die Landesstraße nach Breitenau gebaut werden soll. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter konnte keine Zusage machen, aber nun hat sich das Problem durch die gewaltige Naturkatastrophe von selbst gelöst. Zumindest muß jetzt beim Neubau dieses Weges Vorsorge getroffen werden, daß nicht nur eine ausgezeichnete und schöne, sondern auch eine sicher angelegte Straße entsteht.

Vor zwei Jahren haben wir hier im Hohen Haus einen gemeinsamen Antrag beschlossen, wonach 500 km Landesstraßen vom Bund übernommen werden sollen. Dieser Antrag hat bis heute keinerlei Erfolg gebracht. Es wurde in Aussicht gestellt, daß die Straße von Soboth nach Kärnten als Bundesstraße übernommen wird. Das entspricht aber nicht unserer Forderung nach Übernahme von 500 km Lan-

desstraßen. Dieser Beschluß würde verlangen, daß die Landesregierung und der zuständige Referent vorsorgen, um die Übernahme von weiteren Straßen, einmal 100 km und dann wieder einmal 100 km zu erreichen. Es wäre gut, wenn Herr Landeshauptmann Krainer, der in letzter Zeit oft in Wien in Erscheinung trat, beim Handelsminister diese Forderung des Steiermärkischen Landtages mit entsprechendem Nachdruck vertreten würde. Auf diesem Sektor könnte mehr geschehen.

Vor 2 Jahren wurde von Herrn Abg. Hegenbarth ein Antrag gestellt. Dieser befaßt sich mit dem Bau von Fußgeherwegen und Radfahrerstreifen bei Landesstraßen. Wir haben bis heute nicht erfahren, was auf diesem Sektor geschehen ist, ob es auf den Landesstraßen jetzt Fußgeherwege gibt und ob Fahrradstreifen gebaut wurden. Die Ortsdurchfahrten sind auch ein kritisches Problem. Die Bundesstraßen werden durch Ortschaften geleitet, die nicht in der Lage sind, die entsprechenden Nebenprofile zu bauen, um die Radfahrer und die Fußgänger und damit auch den Verkehr auf der Bundesstraße zu sichern. Hier wäre es gut, wenn diese notwendigen Profile vom Bund mitgebaut werden würden, weil es nur so zu einer Lösung kommt und die Gemeinden dazu überhaupt nicht in der Lage sind.

Nun zu einigen konkreten Problemen im Straßenbau. Ich habe schon im Finanzausschuß die Frage gestellt, warum bei der Umfahrung von Kapfenberg keine Tunnelbeleuchtung installiert wurde und warum von Haus aus nicht schon eine solche vorgesehen war. Wir verlassen uns natürlich auf die Fachleute, aber in diesem Fall hatten sie nicht recht. Gleich nach der Eröffnung gab es einige Unfälle, die Anlaß dazu gaben, eine provisorische Beleuchtung zu installieren, die in der Zwischenzeit, seit eineinhalb Jahren ihren Dienst versieht. Diese reicht aber durchaus nicht aus und es ist nur erfreulich, daß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Udier im Finanzausschuß gesagt hat, daß nun eine ordentliche Beleuchtung bis spätestens Juli installiert werden soll. Dieses Projekt kostet 1'8 Millionen Schilling. Wir wollen hoffen, daß damit eine wirklich gute Beleuchtung gemacht wird und daß auch den Blendwirkungen, wie sie sich heute ergeben, entsprechend entgegengewirkt werden kann.

Ein weiteres Problem ist das der Bundesstraße bei Mixnitz. Hier haben schon bei der Budgetdebatte im Vorjahr einige Abgeordnete die Anfrage gestellt, warum diese neue Straße so schlecht gebaut wurde, daß sie heute schon wie ein Fleckerlteppich aussieht und eine Straßendecke hat, die dem Aussehen nach schon einige Jahrzehnte alt sein könnte. Es wurde geantwortet, daß es sich hier um eine provisorische Decke handle und daß dieses Problem einer baldigen Lösung zugeführt werden wird. Aber bis heute ist diese Straßendecke noch vorhanden und es ist keine Verbesserung erfolgt. Es ist interessant, in diesem Zusammenhang zu hören, daß drei Baufirmen von der Landesregierung wegen Kartellvereinbarung von der Vergabe dieser Bauarbeiten ausgeschlossen wurden (Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl. Ing. U d i e r : „Sogar vier!“). Vielleicht ist der Zustand der neu gebauten Straße Mixnitz auf einen ähnlichen Grund zurückzuführen, weil dort

eine so schlechte Straßendecke gebaut worden ist. Es wäre interessant, Näheres darüber zu erfahren. Auch bei der Umfahrung von Frohnleiten, ebenfalls wieder eine Bundesstraße, haben wir schon im Ausschuß gehört, daß die Reparaturarbeiten nicht abreißen, daß der Teerkessel dort ständig raucht und die schöne neue Brücke heute auch einem Fleckerlteppich gleicht. Es ist nicht damit abgetan, wenn man sagt, die zuständigen Firmen stehen sowieso noch in Garantie und müssen diese Reparaturarbeiten gratis ausführen, es geht darum, daß eine solche neue Straße eine saubere und einwandfreie Decke haben soll.

In Zusammenhang mit dem schnelleren Straßenverkehr wäre auch das Problem der Straßenwärter und der Bundesstraßenwärter, nämlich für diese nicht nur eine Wetterschutzbekleidung, sondern auch eine Unfallschutzbekleidung zu bewilligen, zu behandeln. Allen Reisenden, die im Ausland waren und vor allem auf der Autobahn in Deutschland gefahren sind, wird aufgefallen sein, daß die Straßenwärter auf diesen Straßen eine ausgezeichnete Unfallschutzbekleidung tragen, die wesentlich dazu beiträgt, die Zahl der Unfälle zu vermindern. Bei dem nun auch bei uns schneller werdenden Straßenverkehr wäre auch dieses Problem einer Behandlung und einer Lösung zuzuführen.

Eines möchte ich mit Bedauern feststellen, daß man aus der Tagespresse und aus Gerichtsverhandlungen auf verschiedene unerfreuliche Probleme und Schwierigkeiten im Landesbauamt schließen konnte. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Udier hat im Finanzausschuß erklärt, daß diese Fragen unter Disziplinaruntersuchung stehen und daß das Ergebnis der Untersuchung noch nicht feststeht. Wir wollen nur eines sagen. Wir sind der Auffassung, daß die Untersuchung korrekt und scharf geführt werden muß, weil eindeutig feststeht, daß der größte Teil der Beamten damit sicher nichts zu tun hat und die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung mit allem Nachdruck herausgestrichen werden muß. Das sind die Probleme, die mit dem Straßenbau zusammenhängen und die einer dringenden Lösung harren.

Nun noch etwas zu der Frage des Herrn Abgeordneten Krempl bezüglich der Idee der OVP, den Wohnungsbau ins Leben zu rufen und in die richtige Form zu bringen. Sie haben wohl noch nie davon gehört, daß es das „Rote Wien“ war, das den sozialen Wohnungsbau aus der Taufe gehoben und als erste Stadt Österreichs Wohnungen für die Armen und Mittellosen gebaut hat! (Beifall bei SPO.)

Erster Landeshauptmannstellvertreter **Horvatek**: Hohes Haus! Ich möchte zu den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Wegart Stellung nehmen. Darlehensaufnahmen sind schön und gut, nur müssen sie bezahlt werden. Wenn man zu einer Zeit, wo es einem gut geht, Darlehen aufnimmt, ist das keine Gefahr. Eine Gefahr ist es erst, wenn es einem schlecht geht. Denn jede Darlehensaufnahme bedeutet, daß die ordentliche Gebarung mit Annuitäten belastet wird. Wenn die ordentlichen Einnahmen steigen, in gleicher Höhe bleiben und keine Teuerung eintritt, so ist das möglich. Aber bei je-

der Abschwächung der Konjunktur und jedem Zurückgehen der Einnahmen bedeuten Annuitätenverpflichtungen eine außerordentliche Belastung, weil dann an Pflichtaufgaben und dem Lande zur freiwilligen Pflicht gewordenen Leistungen eingespart werden muß, um diese Annuitäten bezahlen zu können.

Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf die Debatte, die bezüglich der Wohnbauförderungsdarlehen erfolgt ist. Vor einigen Jahren wurde im Haus beschlossen, es seien 100 Millionen Schilling Darlehen für die Landes-Wohnbauförderung aufzunehmen. Als erste Rate wurden 20 Millionen gefordert. Nachdem die Regierung dies beschlossen hatte, war ich gezwungen, Geldinstitute aufzusuchen, bei denen das Geld zu haben war. Wir haben die 20 Millionen auch aufgenommen und sie wurden dann der Landeswohnbauförderung zugeführt. Und als dann die Annuitäten im Voranschlag aufschienen und ich darüber Mitteilung machte, hieß es: „Schade um das Geld, zahlen wir das Darlehen zurück, damit wir die Annuitäten nicht zahlen müssen.“ Ich muß schon sagen, das war so wie „rinn in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln“. Meine Herren, so geht das auch nicht! (Abg. **Wegart**: „Der Herr Abgeordnete Sebastian hat gestern in seiner Budgetrede ausdrücklich festgestellt, daß man die impositanten Mittel der Sparkassen als Darlehen herausholen soll.“) (Abg. **Sebastian**: „Ja, aber nur langfristige und nieder verzinsliche Darlehen zum Wohnungsbau!“) Herr Kollege, Ihre Partei hat diesen Resolutionsantrag abgelehnt, weil das ein Eingriff in die private Sphäre wäre.

Nun ist die Frage, ob man Darlehen aufnehmen soll oder nicht. Diese Darlehen müßten bedeutende sein. Denn Neubau von Straßen ist ein zweischneidiges Schwert, solange wir durch die verbundene Steuerwirtschaft von den Mitteln abhängig sind, die uns der Bund zur Verfügung stellt. Aus meinen persönlichen Erfahrungen ist folgendes zu sagen. Als ich Bürgermeister in Fohnsdorf war, erschien es notwendig, mehrere Gebäude zu errichten. Die Mittel waren nicht da, also hieß es Darlehen aufnehmen. Der Bergbau war in vollem Gange, es waren keine Schwierigkeiten vorhanden. Als dann in den Jahren 1929 bis 1931 die große Krise eingetreten ist und die Kohlen immer mehr auf die Halde geschüttet und Kurzsichten eingeführt werden mußten, war es nicht mehr möglich, die vereinbarten Annuitäten zu leisten. Es hat vieler Verhandlungen und Unterredungen mit den Kreditinstituten bedurft, um sie zu veranlassen, gegen Bezahlung von Verzugszinsen zuzuwarten, bis es der Gemeinde wieder besser ging und sie ihre Verpflichtungen nachholen konnte.

Es liegt an sich der Gedanke nahe, sich mit Darlehensaufnahmen zu helfen, aber bei einer annähernd ausgeglichenen Gebarung ist dies schon eine Gefahr, die bei einer Minderung der Einkommensverhältnisse sehr groß werden kann und unserem Land und dem Landtag keine Bewegungsmöglichkeit mehr gäbe.

Die Frage aber, wie es mit der Mineralölsteuer steht, die vom Herrn Präsidenten Dr. Stephan an-

geschnitten wurde, ist so zu beantworten: Die Landesfinanzreferenten haben sich äußerste Mühe gegeben, durchzusetzen, daß wenigstens die Mineralöl-Stammsteuer zugunsten der Länder geteilt werde, und zwar statt 90 : 10 wie jetzt, ab nun 50 : 50. Das ist nicht erreicht worden. Wenn der neue Finanzausgleich zustandekommen wird, wird zwar ein Anteil an Mineralölsteuer den Ländern und Gemeinden zufließen, aber nur in so geringem Maße, daß es kaum als erkleckliche Zubeute für den Straßenbau angesehen werden kann. Damit wäre ein kleiner Anfang gemacht, ein Zugriff auf die Bundeszuschläge zur Mineralölabgabe ist vom Handelsminister entschieden abgelehnt worden, da diese Zuschläge für die Erneuerung der Bundesstraßen gebunden sind. Unsere Frage, ob nicht ein eigener Zuschlag zugunsten der Länder und Gemeinden erhoben werden könnte, beantwortete der Finanzminister kurz: „Nur über meine Leiche.“ Die bezüglichen Versuche, die von den Landesfinanzreferenten und vom Städte- und Gemeindebund unternommen wurden, sind gescheitert. Im Laufe der Zeit wird aber vielleicht doch noch ein Erfolg erreicht werden können.

Abgeordneter Koch, der jetzt als Berichterstatter hier sitzt, hat mich vormittag fünfmal zitiert, um festzustellen, daß ich gewerbefeindlich eingestellt sei. Ich habe erklärt, daß dies ein Irrtum sei. Wenn ein Voranschlag erstellt wird, der in der ordentlichen Gebarung einen Abgang in Höhe von 156 Millionen Schilling aufweist, so muß gekürzt werden. Wo kürzt man? Dort, wo man es verantworten kann. Ich habe diese Meinung vertreten bei Gewährung von Zuschüssen an den Fonds für gewerbliche Darlehen und warum? Da dieser Fonds seit einigen Jahren besteht, bringt er im Jahr 1959 an Rückflüssen, und zwar an Tilgung 1.200.000 Schilling und an Zinsen 270.000 Schilling, außerdem ergeben die angelegten Mittel einen Zinsenertrag von 20.000 Schilling, in Summe demnach 1.490.000 Schilling. Wenn ich nun 500.000 Schilling dazugebe, ist es etwa um eine halbe Million mehr, als ursprünglich vom Land und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft überhaupt gestiftet wurden. Es müßte auch der Fonds durchkommen, wenn man überall sparen muß. Ich habe diesen Voranschlag dem Herrn Landesrat Brunner vorgelegt und er hat ihn akzeptiert. Es sind Streichungen im viel größeren Ausmaß anderswo vorgekommen.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier hat mit Recht 30 Millionen für Straßenneubauten gefordert. Er war keineswegs erfreut, daß die Mittel nicht da sind. Ich habe aber wenigstens die Mittel, die im Vorjahre vorgesehen waren, voll eingesetzt.

Man soll dem Finanzreferenten nicht moralische Vorwürfe machen, weil er versucht, das Budget einzurichten. (Abg. W e g a r t : „So geht es dem Finanzminister Kamitz immer!“) Ich habe den Eindruck, daß diesen Vorwurf der Abgenordnete Assmann nur deswegen wiederholt, weil man für den künftigen Wahlkampf das Argument braucht, daß der Landesfinanzreferent ein Gegner des Kleingewerbes sei. Wir werden gerne, wenn es die finanziellen Verhältnisse des Landes erlauben, im außerordentlichen Haushaltsplan weitere Mittel zur Verfügung stel-

len. Ob das möglich sein wird, kann heute noch niemand sagen. Das Budget ist eine Vorlage der Landesregierung, ich kann daran nichts mehr ändern. Aber der Weg, falls es uns gut geht, dem Fonds neue Mittel zuzuführen, ist gegeben. Wir müssen warten, wie die finanzielle Lage sich entwickelt. Ich muß das sachlich feststellen, weil es allzu bequem ist, von mir nur zu fordern.

Ich werde Ihnen einen Spaß erzählen: Als ich noch ein kleiner Bub war, hat mein Vater, als er die Schulleitung übernahm, einen Stoß von losen Blättern gefunden. Es waren Strafaufgaben und dort ist fein säuberlich gestanden: „Herr Kaiser und Herr König, 6 Kreuzer sind zu wenig, gebt uns einen Gulden, dann machen wir keine Schulden.“ In diesem spaßhaften Satz liegt ein tiefer Sinn. Man kann nicht mehr ausgeben als man hat. (Abg. W e g a r t : „Das sagt der Kamitz jedesmal.“) Wer es tut, richtet das Land zugrunde.

Abg. **Schabes**: Hoher Landtag! Gestatten Sie mir ein paar Worte zu dieser Gruppe vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung. In Notstandsgebieten, wie Deutschlandsberg ein solches ist, ist der Straßenbau für die Arbeitsbeschaffung von ganz besonderer Bedeutung und sind damit Hoffnungen für viele Familien verbunden, deren Erhalter auf Arbeit und Brot hoffen. Dadurch werden sie bewahrt davor, auf weit entfernten Arbeitsplätzen getrennt von der Familie leben zu müssen, sofern er überhaupt das Glück hat, Arbeit zu erhalten. Es ist nicht unbekannt, und ich brauche es nicht zu wiederholen, es ist hier schon oft über die Pendler gesprochen worden. Es gibt hunderte, die seit vielen Jahren hin und her pendeln und es ist leider Gottes nun einmal so, daß die jungen Menschen immer wieder auswandern, weil sie bei uns keine Arbeit finden, und gerade die fähigsten Menschen sind es, die uns verlassen. Sie gehen unserer Substanz verloren.

Gut ausgebaute und gepflegte Straßen sind auch die beste Voraussetzung für den Fremdenverkehr. Der Straßenbau soll, wie schon einigemale erwähnt wurde, für die industriearmen Gebiete ein Ersatz und eine wesentliche Wirtschaftshilfe darstellen, weshalb auch die Gemeinden trotz ihrer schwachen finanziellen Kräfte alles tun, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Fremdenverkehr gehoben wird. Es ist nicht unbekannt, daß auf diesem Gebiet von den Gemeinden sehr viel geleistet wird. Mit jedem Projekt, sei es Wohnbau, Straßenbau oder ein anderes Bauvorhaben, sind auch Hoffnungen zahlreicher Gewerbetreibender verbunden, was die Tatsache beweist, daß keine Betriebskürzungen oder Verlegungen erfolgten.

Trotz vielfachen Redens und Zeitungsartikel ist diese Hilfe für Notstandsgebiete nicht verwirklicht worden. Gewiß, niemand kann eine Entwicklung verhindern, wie sie sich im Zeitalter der Technik anbahnt, so daß Betriebe aus Gründen der Rationalisierung oder aus anderen Gründen stillgelegt oder verlegt werden.

Unzählige Familien warten auf eine Neubauwohnung, um endlich aus den muffigen, nassen und einsturzgefährdeten Wohnungen herauszukommen, die alles andere als eine Wohnung sind. Es wäre müßig,

darauf aufmerksam zu machen, von welcher Bedeutung auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und der Wirtschaft der Bau von Wohnungen in den Notstandsgebieten ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nun so, was des einen Freude, ist des andern Leid. Sie wissen, wenn draußen in unserem Bezirk ein Betrieb stillgelegt wird, der nur 10 oder 15 Arbeiter beschäftigt hat, so bedeutet das eine Katastrophe, speziell für die Gemeinde, weil diese Leute ja dort seßhaft sind und an ihrem Wohnort keine Möglichkeit besteht, eine andere Arbeit zu erhalten. An jeden solchen Kleinstbetrieb ist die Existenz mehrerer Familien gebunden, deren Erhalter dort zwar eine Wohnung haben, aber, wenn der Betrieb aufgelöst wird, keine Möglichkeit sehen, sich eine andere Arbeit zu beschaffen.

Hohes Haus, gestatten Sie mir, daß ich einen Auszug aus einem Brief vorlese, den mir ein solcher Familienvater aus dem Grenzgebiet der Soboth geschrieben hat, weil der Sägebetrieb der Firma Staudacher nach Kärnten verlagert wurde. Der Briefschreiber ist kein Sozialist, er ist Mitglied der ÖVP, aber ein anständiger Mensch. (Zwischenruf bei ÖVP: „Eben deswegen!“) In der Zeitung „Die Wirtschaft“ vom 9. November 1957 steht zwar geschrieben „Industrie- und Gewerbebetriebe kommen ins Grenzland“, das liest sich wunderbar und verlockend, aber in Wirklichkeit sieht es ganz anders aus. Davon, daß dieser Industriebetrieb, diese Holzindustrie in einer armen Grenzgemeinde abgetragen und in Kärnten wieder aufgebaut wurde, davon wird nichts geschrieben. Diese Holzindustrie gab mehrere Generationen hindurch 15 bis 20 Familien Verdienstmöglichkeit und Brot. Nun wurde sie abgebaut und in ein anderes Bundesland verlegt. Bedeutet das denn nicht Förderung der Landflucht, von der immer so viel geschrieben wird? Wo sollen denn nun die 15 bis 20 Familien hinwandern, oder deren Erhalter Verdienstmöglichkeiten finden? Daran denkt niemand. Dasselbe Schicksal hatte ein Industriearbeiter und Keuschler erlebt. Der hatte das Unglück, daß die Säge, in der er beschäftigt war, abgebrannt ist. Gerüchteweise hört man, daß auch diese Säge nicht mehr aufgebaut werden soll, sondern in einen anderen Ort der Steiermark verlegt wird. Hoffen wir, daß der Betrieb wenigstens in der Steiermark bleibt.

Ich darf Ihnen nun ein auf die Sobother Situation hin richtiggestelltes Sobother Heimatlied vorlesen:

„Wo Steiermark an Kärnten grenzt,
der Feistritz Silberglut erglänzt,
erst einsam wandernd uns erscheint,
dann mit dem Krumbach sich vereint,
dort wurde durch geschickte Politik so still
und traut,
die Staudacher Säge nach Lavamünd verstaubt.
Wo harzgewürzter Waldesduft erfüllt die
frische Alpenluft,
versonnen leis manch Bächlein fließt,
das oft als Wildbach sich ergießt,
da harren noch die Arbeiter so still und traut,
weil die Staudacher Säge ist abgebaut.
Wo stolz und kühn der Hochwald rauscht,
nach längst verwehten Klängen lauscht,
wo stolz verträumt manch Hüttlein steht,
ein sanftes Lüftlein immer weht,

da hören sie so still und traut,
nicht mehr den Sagelhammer wie einst vertraut.
Wo man der Lust des Liedes frommt,
und jeder Gruß vom Herzen kommt,
wo heiß von Heimatlieb durchglüht,
noch immer steirische Treue blüht,
da hoffen sie so still und traut,
daß man wieder eine Holzindustrie erbaut.“

Bitte, meine sehr Verehrten, man hört aus diesen Zeilen den Notschrei der Sorge um die Zukunft dieser Menschen, die nichts anderes wollen, als der Heimat dienen und die das Recht haben auf Arbeit und Brot. Ein Vorredner hat schon verwiesen auf das Projekt der Sobother Straße. Wenn diese Straße vom Bund übernommen werden würde, dann wäre die Möglichkeit vorhanden, daß auf Jahre hinaus Arbeit für viele Familien in diesem Gebiet geschaffen werden könnte.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, bei der Erstellung des Voranschlages mußten aus Gründen des Ausgleiches manche Einsparungen in Betracht gezogen werden. Aber selbstverständlich sollte auch bei der Durchführung der geplanten Vorhaben das gleiche Prinzip angewendet werden, um durch eine richtige Planung beim Straßenbau den gewünschten Erfolg zu erreichen. Keinesfalls darf es so sein, wie es beim Bau der Landesstraße Nr. 180 Deutschlandsberg—Hebalpe—Trahütten und zu einem kleinen Teil bei der Landesstraße Nr. 181 gewesen ist. Ich habe zweimal bei Fahrten nach Trahütten Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß die Leute dort müßig gestanden sind, weil sie auf den Schotter und auf die Grundsteine gewartet haben. Das war dort aber fast die Regel. Insbesondere bei der Straße auf die Hebalpe war es so. Ich habe dem noch keinen Wert beigelegt in Trahütten. Erst als ich gelegentlich in einem Kaffeehaus in Deutschlandsberg gehört habe, daß eine Tischgenossenschaft von 3 Besitzern aus dieser Gegend eine heftige Diskussion geführt hat über die Verschwendung von Steuergeldern, die darauf hingewiesen haben, daß dort 18 Arbeiter täglich statt 40 Meter Schotter oder Grundsteinen nur ungefähr 6 bis 8 Meter zugeführt erhalten, da habe ich mich entschlossen, selbst hinaufzufahren und habe dort dann mit den Arbeitspartien gesprochen. Ich habe nicht nur die Leute, ich habe auch den Partieführer gefragt und ich habe auch den Straßenmeister gefragt. Es wurde mir das alles bestätigt. Es wurde heute schon darauf verwiesen, daß der größte Betrag beim Straßenbau auf die Löhne aufgeht. Wie kommt es dazu? Ich habe mich dafür interessiert. Ich habe auch einen Schriftwechsel darüber. Jedenfalls ist es so, daß mit der eingesetzten Summe eine weit längere Strecke hätte ausgebaut werden können. Die Lieferfirma Kober aus Burgstall hat sich an die Bestimmungen nicht gehalten. Weil dort eine Steigung von teilweise 23% besteht, dürfen nur Kleinwagen fahren, die aber einem großen Verschleiß unterworfen sind. Darauf haben die Unternehmer von Deutschlandsberg Bedacht genommen. Ich muß dazu anführen, daß vorher, als die Steinlieferungen von Deutschlandsberg erfolgt sind, wo der Steinbruch gleich an der Straße war, einwandfrei und ständig gebaut wurde. Warum mußten die Steinlieferungen in

einen anderen Bezirk verlegt werden? Der Lieferant, der dort geführt hat, war über die Gewichtsbeschränkung nicht orientiert. Trotz Anzeige ist er gefahren und als Krönung des ganzen hat der Mann dann noch die Genehmigung der Landesregierung bekommen für ein schwereres Fuhrwerk, obwohl seitens des Herrn Landeshauptmannes unseren Frächtern mitgeteilt wurde, daß es ausgeschlossen sei, die Gewichtsbeschränkung aufzuheben. Trotzdem ist die Gewichtsbeschränkung von der Landesregierung aufgehoben worden. Ich habe mich bei der Bezirkshauptmannschaft erkundigt und der Bezirkshauptmann hat herein telefoniert, es ist keinesfalls von der Bezirkshauptmannschaft etwas durchgeführt worden. Selbstverständlich wollen die Frächter in Deutschlandsberg und die Geschäftsleute, die keineswegs zu uns gehören, sie gehören meines Erachtens zur ÖVP, aber wohin sie auch gehören, sie wollen nichts anderes, als ihr Recht haben. Wenn sie das Offert mit 2'4% bis 7% teurer erstellt haben unter der Einrechnung dieses Umstandes, ich habe in die Papiere eingesehen, so muß ich feststellen, daß das sicherlich nicht genügend überprüft wurde hier in Graz, in der Landesregierung. Ich will niemandem eine Schuld beimessen, ich glaube, es passiert immer bei einer so großen Verwaltung, wie es die Landesverwaltung ist, daß da und dort sich Sachen abspielen, die nicht in Ordnung sind. Ich will niemandem nahetreten, aber wenn man weiß, wie die Bevölkerung urteilt, kommen andere Menschen ins schlechte Licht. Wenn es vorkommt, daß am Arbeitsplatz Leute herumstehen, die gerne arbeiten würden, aber nicht können, weil täglich nur eine Fuhre Schotter zugeführt wurde! Ich möchte abschließend bitten, daß man diesen Übelständen Rechnung trägt, weil daran nicht nur wir, die wir hier sitzen, sondern auch die Bevölkerung interessiert sind.

Im übrigen darf ich feststellen, daß an und für sich für die Straßenarbeiten in meinem Bezirk leider Gottes statt 330.000 S heuer nur 200.000 S eingesetzt wurden. Ich hätte gerne mehr gesehen, genau so wie auf der Sobotherstraße; wir müssen uns aber den Verhältnissen unterwerfen und wenn im nächsten Jahr bessere Zeiten kommen, wird es vielleicht möglich sein, im vordringlichen Maße den Straßenbau in Deutschlandsberg zu betreiben. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Weidinger**: Hohes Haus! Ich wollte mich nicht zum Worte melden, ich fühle mich aber verpflichtet, hier einen Dank auszusprechen. Wenn ich im Vorjahr namens der Bevölkerung des Lungitztales gebeten habe, daß diese Bevölkerung von der Staubplage befreit wird, fühle ich mich verpflichtet, namens dieser Bevölkerung zu danken, weil dies geschehen ist. Ich kann Sie versichern, daß die Bevölkerung dieses Lungitztales die Wohltat, die ihr zuteil wurde, zu schätzen weiß. Ich möchte dem zuständigen Referenten der Landesstraßen und dem Bauamt hierfür herzlich danken und auch danken dafür, daß auf unserer Wechselbundesstraße im heurigen Jahr ein sehr beachtliches Stück ausgebaut wurde.

Sie werden feststellen müssen, daß gerade die Frequenz auf dieser Wechselbundesstraße nicht nur

von Tag zu Tag, sondern von Stunde zu Stunde zunimmt, da dieses Stück das kürzeste Verbindungsstück zwischen Graz und Wien darstellt und außerdem diese Straße landschaftlich wunderbar gelegen ist. Ich möchte nur bitten, daß die Bauarbeiten auf dieser Wechsel-Bundesstraße in diesem Tempo, wie es bisher in den letzten Jahren geschehen ist, weitergeführt werden.

Wenn wir von den Landes- und Bundesstraßen soviel gesprochen haben, so möchte ich hier auf eine Körperschaft, und zwar auf eine straßenerhaltende Körperschaft kurz verweisen, die wohl die größte Straßenlast zu tragen hat, das sind unsere Landgemeinden. Die Landgemeinden haben dieses schwierige Problem zu lösen, weil sich der motorisierte Verkehr auf die Landesstraßen verlegt hat. Leider haben die kleinen Landgemeinden heute noch Methoden, die mittelalterlicher Natur sind. Hier im Hohen Haus ist der § 57 der Gemeindeordnung, der die Robotleistungen, die Hand- und Zugdienstleistungen betrifft, abgeändert worden, die Leistungen sind verringert worden, aber sie bestehen noch und es ist dies auch die einzige Möglichkeit, das einzige Mittel; denn die Gemeinden sind finanziell zu schwach, um ausschließlich mit ihren Geldmitteln die Gemeindestraßen auszubauen und zu erhalten. Wir in der Steiermark und besonders in der Oststeiermark haben Gemeinden, die bis zu 130, 140 km Straßen zu erhalten bzw. auszubessern haben.

Ich möchte hier einen Appell richten, und zwar dahingehend, daß endlich, es wurde hier schon einmal ausgesprochen, auch diese kleinen Landgemeinden einen Anteil an der sogenannten Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer bekommen, daß auch beim Finanz-Ausgleich an diese kleinen Landgemeinden gedacht wird. Ich möchte diesen Appell insbesondere an den Städtebund richten. Wir wissen, daß der Städtebund ein beachtliches Wort mitzusprechen hat, wir wissen aber auch, daß der Städtebund für die kleinen Landgemeinden kein Verständnis aufbringt und ein Gegner der kleinen Landgemeinden ist. Das soll gesagt werden, damit auch der Städtebund sich einmal dazu bekennt, die Not der kleinen Landgemeinden zu lindern und ihnen aus dieser Einnahmequelle, der Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer, irgendetwas zukommen läßt.

Sie können versichert sein, daß die Landgemeinden zweckmäßig diese Gelder anlegen werden und daß es gerade die Gemeinden sind, die heute sehr viele und große Aufgaben auf allen Gebieten, nicht nur Verwaltungsaufgaben, auch wirtschaftliche Aufgaben, Fürsorgeaufgaben, kulturelle Aufgaben, aber auch wirklich sehr viele produktive Arbeiten auf dem Gebiet des Straßenbaues geleistet haben. Sie können versichert sein, daß diese Gelder wirklich zweckmäßig 100%ig zum Wohle unseres Landes und unseres Volkes von den Gemeinden verwaltet und verwendet werden. (Beifall bei ÖVP.)

Landeshauptmann **Krainer**: Hoher Landtag! Ich habe mich zum Wort gemeldet, nicht um des Redens willen, sondern um eine Pflicht zu erfüllen, die Aufgabe des Landes und des Landtages ist. Wir hatten, wie Ihnen allen bekannt ist und vom Generalredner darauf verwiesen wurde, vom 12. auf den 13. August eine ungeheure Unwetterkatastrophe in

der Obersteiermark, im Mürztal und im Murtal erlebt, die ungeheure Schäden ausgelöst hat. Allein die Schäden am privaten und öffentlichen Gut betragen nach einer amtlichen Schätzung 166,825.000 S, wobei nicht dazugerechnet sind die Schäden an den Wildbächen, die rund 56,000.000 S ausmachen. Wenn man auch die industriellen Schäden mitberücksichtigt, die damit verbunden sind, so sind es 250,000.000 S, so daß sich unsere Schätzung in den ersten Wochen mit 250,000.000 S nachträglich als richtig erwiesen hat. Das Unglück hat aber auch einen Lichtblick gezeigt, nämlich die ungeheure Tatkraft und Hilfsbereitschaft, die sie im Zusammenhang mit der Bewältigung dieser Katastrophe gezeigt hat. Es ist erfreulich, daß nach rund 4 Monaten Arbeit wieder vieles in Ordnung gebracht werden konnte. Es wurde große Arbeit geleistet, um diese Schäden aufzuheben, es haben sich wirklich alle zusammengetan und diese Arbeit bewältigt.

Es waren weit mehr als 1500 Soldaten eingesetzt, weit mehr als 2500 Feuerwehrmänner, weiters die Gendarmerie, die Polizei, freiwillige Helfer noch und noch, ausländische Studenten haben ebenfalls mitgeholfen, um dieses Unglück zu beseitigen. Es muß gesagt werden, daß es vor allem diesen gemeinsamen Bestrebungen zu verdanken ist, daß diese ungeheuren Schäden in kurzer Zeit zu einem nicht unbeträchtlichen Teil bereinigt werden konnten. Besonders erfreulich ist auch die Tatsache, daß die Bevölkerung nicht nur Naturalspenden in reichem Maße gegeben hat, wie Kleider, Lebensmittel, Getreide, Futter u. dgl., sondern daß sie auch Geldspenden gegeben hat in reichlichem Maße, und zwar bis jetzt 7,517.000 S. Diese Spenden wurden ausschließlich auf das Konto der Landes-Hypothekenanstalt eingezahlt und außerdem wurde ein Betrag von rund 6,000.000 S auf das Konto „Bundesspende“ eingezahlt; dieser Betrag kommt nicht nur den steirischen, sondern auch den Unwetterkatastrophengebieten von Kärnten und Oberösterreich zugute. Nicht weniger als 1179 Personen haben beachtliche Schäden erlitten. Im Zusammenhang mit dieser Katastrophe waren nicht weniger als 5 Tote zu beklagen. Wenn wir nun nach diesen Monaten der Aufräumarbeiten uns das ganze Gebiet ansehen, können wir erfreulicherweise feststellen, daß wirklich viel in Ordnung gebracht wurde. Aber der Hilfseinsatz war auch einmalig. Es waren z. B. 120 verschiedene Räumgeräte eingesetzt, weiters 30 Kompressoren, 100 Fahrzeuge waren laufend beschäftigt, ferner Seilwinden und alle technischen Mittel, die es überhaupt gibt, Raupenschlepper, Motormulli u. dgl. mehr. Die modernsten Maschinen, die für den Wegebau und für die Verladung irgendwie erreichbar waren, waren eingesetzt und so war es möglich, diese Katastrophe weitgehend zu lindern und zu vermindern.

Ich halte es für angebracht — ich werde noch einen genauen Bericht über die ganzen Vorgänge der Presse zur Verfügung stellen —, daß der Hohe Landtag allen dankt, die hier gespendet haben, vor allem jenen, die selbst nicht viel besitzen und durch ihre Spende von 10 oder 20 Schilling ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht haben, allen jenen, die in Not geraten sind, zu helfen. Ferner soll ge-

dankt werden allen Organisationen, die tausende und hunderte Schillinge gespendet haben, ferner den Feuerwehrmännern, den Rot-Kreuz-Männern, den Soldaten, die sich hier ausgezeichnet bewährt haben, ebenso der Polizei, kurz allen, allen, die mitgetan haben. Wenn uns diese Katastrophe auch noch so schwer und verheerend getroffen hat, so kann uns dabei doch mit großer Freude erfüllen die umfassende und trostreiche Hilfsbereitschaft, die alle Steirer in diesem Fall nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Tat in so vielfältiger Weise bewiesen haben. (Allgemein lebhaftige Zustimmung.)

Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. **Udier:** Hohes Haus! Die umfangreiche Debatte zum Kapitel „Bauwesen“ ist verständlich, weil es sich hier doch um sehr viel Geld handelt. Ich darf mich in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit entsprechend kurz halten und möchte vorerst einmal auf die Dinge eingehen, die schon von anderen Rednern vorgebracht wurden.

Es wurde davon gesprochen, daß die Flüssigkeit des Verkehrs dadurch oft behindert wird, daß Autobushaltestellen knapp vor Bahnübersetzungen vorhanden sind. Ich muß es wirklich als sehr unangenehm bezeichnen, daß die Postverwaltung Autobushaltestellen dort errichtet, wo sie den anderen Verkehrsteilnehmern höchst unangelegen sind. Die Bundesstraßenverwaltung sorgt beim Ausbau der Straßen nach Tunlichkeit dafür, daß eigene Autobushaltestellen gleich mitgeschaffen werden. Schwieriger ist das mit den Bahnübersetzungen, die sind nicht ohne weiteres zu beseitigen. Auch hier ist die Bundesstraßenverwaltung bemüht, sie womöglich wegzubringen. Im heurigen Jahr wurden bahngleiche Übergänge beseitigt, was die Verkehrsteilnehmer sicherlich begrüßen werden. Wo immer Straßen ausgebaut werden, wird versucht, Bahnkreuzungen freizumachen. Schwieriger ist das bei den Landesstraßen. Gerade dort sind die Hemmungen im Verkehr größer, weil es sich vielfach um abgelegene Strecken sowohl der Bahn als auch der Straßen handelt und es länger dauert, bis eine solche Übersetzung wieder vom Schrankenwärter freigegeben wird. Was an uns liegt, wird hier auch getan, nur sind die Möglichkeiten beschränkt.

Nun zur Frage der Straßen im Grenzgebiet ein paar Worte. Wir haben im Vorjahr ein Projekt für die Förderung des Grenzlandes ausgearbeitet. Das beinhaltet auch die Sanierung der Wege und Straßen. Wir haben uns auch daran gehalten und in diesem Zusammenhang auf der sogenannten Weinstraße das erste Teilstück asphaltiert und staubfrei gemacht und wir hoffen, das Projekt in 3 Jahren beenden zu können, um die Weinstraße als solche schöner zu gestalten und um diesem Gebiet einen wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen. Daß dies notwendig ist, wird jeder verstehen und bestätigen, der schon einmal einen schönen Sonntag in diesem Gebiet verbracht hat. Der Verkehr dorthin hat derartig zugenommen, daß wir gar nicht rasch genug für eine reibungslose Abwicklung sorgen können. Auch auf der Ennstal Bundesstraße ist der Ausbau fortgeschritten und in 2 Jahren wird er beendet sein, das kann ich gleich jetzt anmelden.

Was die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wegart betrifft, darf ich kurz solgendes hinzufügen. Ich weiß, daß es zu seinen Lieblingsgedanken gehört, auf dem Anleiheweg den Straßenbau zu forcieren. Ich zweifle daran, daß dieser Weg für uns im Lande gangbar ist, und zwar aus einem einfachen Rechenexempel heraus. Es sind von den rund 2800 km Landesstraßen bis jetzt über 1000 km staubfrei gemacht worden. Würden wir annehmen wollen, daß in allernächster Zeit wenigstens die Hälfte der Straßen staubfrei gemacht werden, so brauchen wir dazu rund 600.000.000 S. Das nun im Anleiheweg auf 5 Jahre aufgeteilt, würde jährlich 120.000.000 S ausmachen. Mir würde um die Zinsen leid sein, die wir zahlen müssen und sie wären sicherlich für das Land nicht tragbar, zumal wir für die Straßen, die wir dringend und notwendig brauchen, keine Mauten einheben können, wie dies auf der Glockner-Hochalpen-Straße der Fall ist. Er hat auch auf die Hindernisse, die im Verkehr gegeben sind, hingewiesen, die durch die Ortsengen und ähnliches gegeben sind und hat sicher nicht unrecht. Wir müssen für diese Korrekturen sorgen. Es hat sich leider die Tatsache ergeben, daß sich auf den gut ausgebauten und auf den geraden Strecken mehr Unfälle ereignen als auf den nicht ausgebauten, auf denen die Verkehrsteilnehmer mehr achtgeben müssen, als dies auf den ausgebauten Straßen der Fall ist.

Die Umfahrungen selbst sind ein leidiges Kapitel für den Straßenbaureferenten in diesem Hohen Haus. Ich bin neulich über die Umfahrung St. Michael gefahren und habe mich daran erinnert, welche Kämpfe diese Umfahrung gekostet und wie lange es gedauert hat, bis endlich die Ortseinwohner von St. Michael, insbesondere auch jene, bei denen fast jeder Wagen am Haus angestreift hat, zur Einsicht gekommen sind, daß die Umfahrung vernünftiger und richtiger ist als die Ortsdurchfahrt. Trotzdem haben wir das durchgefochten in den Jahren 1950/51 und inzwischen hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß Umfahrungen sicherlich ihren Sinn haben. Erst in Aich-Assach war es der Fall, daß ein Bürgermeister erstmalig daran gedacht hat, daß man außerhalb des Ortes bleiben und die Straße am Ort vorbeiführen kann. Trotzdem glaube ich, daß die Umfahrung dem Orte nützt, wenn es auch bis 1958 gedauert hat, bis die Vernunft obsiegte. Daß dabei immer Schwierigkeiten zu beseitigen sind, ist selbstverständlich.

Zur Frage der Mineralölsteuer möchte ich einiges sagen: Die Mineralölsteuer, ob es nun die eigentliche Steuer oder die Zuschläge sind, ist eine allgemeine Bundessteuer oder eine geteilte Steuer gewesen und wurde vom Fiskus eingezogen. Es war Landesrat Dr. Illig, der erreicht hat, daß die Mineralölsteuerzuschläge zweckgebunden wurden für den Ausbau der Bundesstraßen. Das war wesentlich, weil damit beachtliche Teile der Bundessteuer, die sonst nur in den Säckel des Finanzministers geflossen wären, zweckgebunden für die Bundesstraßen verwendet werden und davon stehen uns 15 6/10 % zu. Das ist schon beachtlich und alle im Hohen Haus Anwesenden werden bestätigen, daß in den letzten drei Jahren der Ausbau der Bundesstraßen wesentlich anders in Fluß gekommen ist als dies vorher

der Fall sein konnte. Daß dabei noch viele Wünsche offen sind, darauf darf ich später noch zurückkommen.

Präsident Dr. Stephan ist leider nicht anwesend, ich will über die Autobahn daher nicht viel Worte verlieren, weil davon reichlich in den Zeitungen geschrieben wird. Es wurde offiziell bekanntgegeben, was wir alle wünschen und was wir gerne erreichen möchten. Wir in der Steiermark werden bemüht sein, die Vorarbeiten, die Vorplanung, die Planung und die notwendigen Arbeiten, die sehr umfangreich sind, so durchzuführen, daß wir auf alle Fälle planungs- und projektierungsmäßig nicht zurückbleiben gegen andere Gebiete, so daß wir jederzeit in der Lage sind, die fertigen Unterlagen vorzulegen, damit wir, wenn dann mit dem Teil der Autobahn Süd überhaupt begonnen wird, hoffentlich erreichen können, daß damit nicht nur auf dem Wienergebiet begonnen wird, sondern auch auf dem anderen Ende in der Steiermark. Wir könnten damit erreichen, daß die Autobahn Süd dann nicht in Wiener-Neustadt stecken bleibt, sondern ein Ast auf steirisches Gebiet herunterkommt.

Zur Frage der Übernahme der Landesstraßen durch den Bund, die Abg. Gruber aufgeworfen hat, wiederhole ich das, was ich im Finanzausschuß gesagt habe. Der Antrag, der seinerzeit hier gestellt wurde, wurde von mir pflichtgemäß nach Wien weitergeben und wird von mir immer wieder betrieben. Ich möchte aber zu den verschiedenen Äußerungen, die hier in der Budgetdebatte gefallen sind, nur erwähnen, daß hier der Handelsminister auf dem Standpunkt steht, zumal wir in Steiermark nicht die einzigen sind, die Straßen beim Bund anbringen möchten, daß das vorerst nicht in Frage kommt. Wenn jede 100-km-Straße an das über 8000 km lange Bundesstraßennetz angehängt wird, verdünnt sich der Beitrag, der für den Ausbau der Bundesstraßen zur Verfügung steht und ist im Endeffekt nichts. Da eine Flut von solchen Anträgen zu erwarten ist, von Niederösterreich, auch von Oberösterreich, wird hier vorerst noch ein striktes „nein“ erklärt. Das ist mit die Ursache, warum auch das Straßenbaureferat in Steiermark ein hartes „nein“ sagen muß bei der Übernahme von Gemeindestraßen und jeder Abgeordnete des Hohen Hauses wird es verstehen.

Die Frage der Übernahme der Sobotherstraße wurde mit dem Handelsminister abgesprochen, allerdings ist noch die Frage zu klären, und darüber hat der Landtag zu bestimmen, ob wir mit dem Tausch einverstanden sind, daß die Sobotherstraße als Bundesstraße erklärt wird und wir dafür ein gleichlanges Stück anderer Bundesstraßen zurückübernehmen in die Landesverwaltung. Das ist deswegen zweckmäßig für das Land, weil es möglich wäre, die an sich wirklich kritischen Verhältnisse auf der nunmehrigen Landesstraße Soboth—Eibiswald nach Lavamünd in absehbarer Zeit in ein vernünftiges Verkehrssystem zu bringen, weil der Ausbau aus Bundesmitteln leichter möglich ist als aus Landesmitteln.

Zur Frage der Fußgängerwege muß ich sagen, daß ein systematischer Ausbau von Fußgängerwegen und Radfahrwegen im Zuge des Landesstraßen-

netzes leider nicht möglich ist und nicht denkbar war, weil die Mittel doch zu bescheiden sind, die uns auf diesem Sektor zur Verfügung stehen.

Noch ein paar Worte zur Situation, die Abg. Schabes erwähnt hat, betreffend die Unregelmäßigkeiten und Unstimmigkeiten, die sich bei den Arbeiten auf der Hebalpestraße ergeben haben. Teilweise sind mir diese Mißstände bekannt und ich werde sie abstellen. Die Lieferungen wurden ordnungsgemäß vergeben im Sinne der Richtlinien des Landes. Daß gewisse Lieferanten den Aufträgen nicht nachkommen, wie sie sollten, hängt mit dem Verkehr zusammen. Das sind Dinge, die nicht nur im Sektor Deutschlandsberg, sondern auch in anderen Bezirken bei der Anlieferung von Schottermaterialien, überall dort, wo es sich um schmale und kleine Wege und Fahrstraßen handelt, vorkommen. Was möglich ist, wird getan. Ich muß hinzufügen, wir müssen uns trotzdem für uns gesprochen glücklich preisen, daß wir doch mit einem verhältnismäßig geringen Einsatz von Mitteln in diesem Gebiet der Hebalpestraße vieles richten konnten, womit ich nicht sagen will, daß ich selbst restlos mit dieser Leistung zufrieden bin, das heißt wohl mit der Leistung, aber nicht im Hinblick darauf, was zu richten notwendig wäre.

Nun ein paar Worte bezüglich der Unregelmäßigkeiten in dieser Interessengemeinschaft. Wie ich schon im Finanzausschuß gesagt habe, sind die Dinge in Arbeit und in Kontrolle, sie werden vom Kontrollamt bearbeitet, die Arbeiten sind aber noch nicht abgeschlossen, weshalb ich es mir versagen muß, näher darauf einzugehen. Aber noch ein Wort dazu, gerichtet an die Adresse des Kontrollamtes. Kontrollieren ist gut und notwendig, aber mit Vermutungen allein etwas feststellen zu wollen, damit können wir uns nicht zufrieden geben. Das Kontrollieren bedarf stichhaltiger Beweise und erst dann, wenn etwas einwandfrei bewiesen wird, können wir einschreiten und der Sache nachgehen dort, wo es notwendig ist.

Nun darf ich vielleicht noch ein paar allgemeine Gedanken zum ganzen Kapitel „Bauwesen“ äußern. Leider sind in diesem Zusammenhang noch ein paar Ziffern zu nennen, um Sie ins Bild zu setzen, was Sie mit diesen Ziffern hier bestätigen und beschließen. Wir haben — wie ich immer weder ausführe — die Arbeiten im Bauamt in den letzten Jahren in einem immer steigenden Ausmaß zu vollbringen gehabt. Deshalb auch, weil in dieser Zeit auch die Mittel immer mehr angestiegen sind. Wenn ich Ihnen sage, daß die zu verbauenden Mittel heuer rund 480 Millionen, also fast 500 Millionen Schilling betragen, was gegenüber dem Jahr 1954 mit 337 Millionen eine Steigerung von rund 50% darstellt und daß diese Leistung vollbracht wurde mit einem Personalstand, der seit dieser Zeit fast gleich geblieben ist, nur mit einer Erhöhung des Standes um 9 Mann, wovon 7 Ingenieure und Techniker sind, so werden Sie mir zugeben, daß hier unendlich viel getan wurde von jenen, die damit beschäftigt waren. Wir haben heuer von den zu verausgabenden Mitteln rund 63% Bundesmittel gehabt, 33% Landesmittel und auch die Interessentennittel waren nicht unbedeutend mit 3'4%. Davon

entfielen auf den Straßenbau 49'6%, auf den Brückenbau 6%, auf den Wasserbau 9'1%, auf den Landeshochbau 8'8%, auf den Bundeshochbau 11'8% und auf den Wohnbauwiederaufbau 12'5%.

Bezüglich der Probleme oder der Arbeiten, die mit diesen Geldern bewältigt wurden, beginne ich mit dem Hochbau, für den wir vom Lande aus rund 40 Millionen und vom Bund rund 50 Millionen zur Verfügung hatten. Vom Land wurde damit der Neubau des Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Liezen und der Zubau zur Bezirkshauptmannschaft Leoben errichtet. Ich nehme nur die größeren Bauten heraus, um sie dem Hohen Haus vorzutragen, weil sonst die Abgeordneten der West- und Oststeiermark nicht wissen, was in der Obersteiermark geschehen ist.

20 Millionen wurden auf dem Sektor „Bauten im Gesundheitswesen“ ausgegeben. Darunter befindet sich die Fertigstellung des Erweiterungsbaues des Krankenhauses Judenburg, weiters die Fortführung der Arbeiten im Krankenhaus Wagna, der Neubau von Personalwohnhäusern in Knttelfeld und Feldbach.

Für die Landwirtschaft erfolgte die Fertigstellung des Neubaus der Landes-Landwirtschaftsschule Grottenhof-Hardt sowie das Preßgebäude der Weinbaus Schule Silberberg und das Personalwohnhaus am Grabnerhof. Es sind schon einige beachtliche Bauten aufgeführt worden und was die Mittel betrifft, sind es rund 40 Millionen.

Beim Bundeshochbau wurden 54 Millionen verbaut, womit vor allem eine Reihe von Bundesgebäuden renoviert, wiederinstandgesetzt und verbessert werden konnte, und zwar 18 Polizeidienststellen, 55 Gendarmeriegebäude und 30 Gerichtsgebäude. Wichtig zu erwähnen ist auch noch bei den Schulen die Neueinrichtung eines Turnsaales in der Bundesrealschule Graz und die Generalsanierung im Ersten Bundesrealgymnasium Graz. Ferner fällt darunter die Generalrenovierung der Bundeshandelsakademie und die Sanierung der Heizungs- und Elektroanlage in der Lehrerbildungsanstalt, ferner die Modernisierung des Kranken- und Verwaltungstraktes der Bundeserziehungsanstalt Liebenau und die Sanierung der Heizungsanlagen im Bundesrealgymnasium in Bruck. Weiters wurden instandgesetzt 25 Finanzämter und Zollwohngebäude. Eine Reihe von Gebäuden, die hier auch einbezogen werden konnten, sind der Neubau des Chemischen Institutes an der Technischen Hochschule in Graz sowie das Heiz- und Kraftwerk dieser Hochschule und die Fortsetzung des Neubaus der Frauenoberschule in Graz. Fertig geworden sind das Landesarbeits- und Invalidentamt in Graz, ferner der Neubau des Amtsgebäudes für das Finanz-Gendarmerie- und Vermessungsamt in Judenburg und der Neubau des Arbeits- und Vermessungsamtes in Bruck. Ebenfalls beendet ist der Neubau des Kreisgerichtes Leoben. Dies zum Hochbau.

Am Wasserbau beteiligt ist der Bund mit 16'8 Millionen, das Land mit 11 ½ Millionen und die Interessenten mit 12'8 Millionen Schilling. Davon sind zugeflossen dem Flußbau 23 Millionen, dem Kanalisierungsbau rund 9 Millionen und den Wasser-

versorgungsanlagen ebenfalls rund 9 Millionen. Zu diesen letzten beiden Ziffern darf ich sagen, daß sie uns selbstverständlich gering und niedrig erscheinen. Wenn wir wissen, was alles notwendig ist in den Gemeinden bezüglich der Wasserversorgung und der Abwässerbeseitigung, dann wissen wir auch, wie sehr wir froh sein würden, wenn hier durch ein neues Förderungsgesetz Wandel geschaffen würde. Wir hoffen, daß wir auch in der Steiermark rascher zum Ziel kommen und dort schneller vorwärts kommen, wo wir im Verzug sind.

Nun zu den Kanalbauten. Die Kanalbauten Deutsch-Feistritz, Mürzhofen und Graz Lazarettmaut sind jene, bei denen wir vom Bund noch nichts bekommen haben als lediglich die Zustimmung, weil die Mittel noch nicht vorhanden sind. Dasselbe gilt für die Wasserversorgungsanlagen Dietmannsdorf, St. Margarethen b. Knittelfeld, Stainz und Graz-Stifting.

Nun noch ein paar Ziffern und Bemerkungen zum Straßenbau, der uns ja immer wieder bewegt. Auf dem Landesstraßensektor wurde im heurigen Jahr mit den vorhandenen Mitteln — das glaube ich wirklich sagen zu können — viel gemacht. Es ist uns durch die höhere Dotation möglich gewesen, dort, wo es notwendig war, die Ortsdurchfahrten staubfrei zu machen, wenigstens provisorisch, weil die Aussicht auf vollkommen ausgebaute Straßen in den nächsten Jahren viel zu gering ist.

Mit dieser Ausweitung des erhaltenen Kredites konnten wir im Laufe des heurigen Jahres immerhin 52 km Landesstraßen und 64 Ortsdurchfahrten in Ordnung bringen, wofür uns die Gemeinden reichlich dankbar sind. Ich danke Ihnen, daß Sie seinerzeit der Erhöhung des Erhaltungskredites zugestimmt haben. Wir konnten heuer durch diese Staubbefreiung und durch den Ausbau der Landesstraßen mit den 142,7 km endlich die 1000-km-Greze überschreiten. Wir sind damit über das erste Drittel unserer Landesstraßen hinausgekommen und haben bereits 37% staubfrei gemacht. Die Staubbefreiung ist über die Bezirke nicht gleichmäßig verteilt. Ich will noch hinzufügen, daß es eine gleichmäßige Verteilung per dkg nicht gibt. Im Interesse der Verkehrs- und der wirtschaftlichen Lage waren jene Teile zu versorgen, die sonst keine Verkehrsmöglichkeiten haben. Daß dabei trotzdem ungleich straßenreiche Bezirke der Ost- und Weststeiermark im prozentuellen Verhältnis zurückgeblieben sind gegenüber obersteirischen Bezirken, liegt darin begründet, daß die obersteirischen Bezirke weniger Landesstraßen haben, daß die obersteirischen Bezirke in der glücklichen Lage sind, nur Talstraßen zu haben, deren Ausbau rascher und schneller fortgeschritten. Trotzdem bemüht sich unsere Abteilung, zu einem Schlüssel zu kommen, soweit hier eine Gerechtigkeit möglich ist.

Ich will Sie nicht belästigen mit der Aufzählung der durchgeführten Bauarbeiten, wir haben jeweils größere Bauvorhaben gehabt, die heuer begonnen und im nächsten Jahr weitergeführt werden. Die Bauarbeiten erstrecken sich über 2 Jahre, weil das auch arbeitsmäßig günstiger ist, wenn der Bau in 2 Jahresetappen vergeben werden kann. Im ersten

Jahr wird der Rohbau gemacht, richtiger gesagt der Grundbau, die Fertigstellung erfolgt dann im zweiten Jahr. Wenn ich nun dieses Kapitel auf die Bundesstraße umlege, muß ich sagen, daß 15,6% der vorgesehenen Milliarde im heurigen Jahr in der Steiermark zum Verbauen gebracht wurde. Wir konnten heuer in Steiermark 28 km in das Staubbefreiungsprogramm hineinbringen, außerdem wurden noch 23,5 km tatsächlich als voll ausgebaute Betonstraßen ausgeführt. Sie erinnern sich, daß wir im Sommer die Strecke Aich-Assach—Rupperting eröffnen konnten und wir damit eine geschlossene Strecke von Trautenfels an die seinerzeit staubfrei gemachte Straße zum Ausbau bringen konnten. Wir haben eine wesentliche Geradzuehung der Strecke Traboch—Timmersdorf erreichen können, das ist sehr wichtig. Im Zwischenstück St. Michael—Traboch wird gearbeitet. Das Baulos Steinleiten bis zum Häuselberg ist im Vergebungsstadium. Die Umfahrung Leoben wird auch im Jahre 1959 vergeben, wenn die Schwierigkeiten bereinigt sind. Ein großes Baulos auf der Triesterbundesstraße im Mürztal wurde in diesen Tagen vergeben. Die Umfahrung Wartberg—Krieglach mit 8,5 km in ihrer ganzen Baulänge wartet auf den Ausbau, weil da die Triesterbundesstraße ihre Fortsetzung findet. Heuer ist auch ein beachtlicher Fortschritt zu verzeichnen in Hönigsberg—Mürzzuschlag, aber auch von Kindberg herunter die Fortsetzung nach Richtung Kapfenberg, das Baulos Mürzhofen, aber auch das Baulos St. Marein ist zur Fertigstellung zu bringen. Das muß auch im nächsten Jahr fertiggestellt sein, damit im nächsten Jahr von Kapfenberg nach Kindberg eine geschlossene Betondecke ist und wir werden von Kindberg dann auch nach Krieglach fahren können. (Präs. Opershall: „Wann kommt der Präbichl daran?“) Ich habe ausgeführt, daß zunächst die Projektierung gemacht werden muß. Ein fertiges Projekt sieht vor, die Eisenerzerstrecke vom Nordhang auf den Südhang zu verlegen, dann wird die Präbichlstraße miteinbezogen werden können. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in absehbarer Zeit von dem Bau auf der Präbichlstraße zu reden. Dann kommt die Fortsetzung der Triesterbundesstraße, die Fortsetzung über die Schoberpaßbundesstraße, wo wir die Umfahrung Gaishorn—Trieben in Arbeit haben. Wir haben auch die Strecke nach Graz zum Ausbau in den Jahren ab 1960 vorgesehen, weil wir auf dieser Straße den doppelten Verkehr zur Landeshauptstadt haben, finanziell aber früher das nicht unterzubringen war, nachdem sich nicht alles in bestimmte Formen bringen läßt. Der Wechselbundesstraße wird heuer eine endgültige Decke aufgelegt, heuer waren es 8 km, im nächsten Jahr werden es ebensoviele sein, im übernächsten Jahr wird das vierte Baulos eine Decke bekommen und somit werden wir 1960 die Strecke von Gleisdorf nach Hartberg fertig haben, woran wir die Umfahrung Hartberg und Grafendorf schließen können. Die Südsteirische Grenzstraße wird in zwei Jahren fertig sein, ebenso ist dies der Fall bei der Radl-Bundesstraße.

Damit, glaube ich, das ganze Problem der Bundesstraßen soweit erwähnt zu haben, soweit es die Herren und Damen des Hohen Hauses interessiert. Ich möchte am Schluß noch einmal hervorheben, daß

Sie versichert sein können, daß die Referenten, vor allem die hier im Bauamt tätigen, jeweils bemüht sind, die ihnen gestellten Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen und am günstigsten für das Land zu lösen. Es geht aus den uns zur Verfügung stehenden Ziffern über die Ausweitung des Personalstandes in diesem Zusammenhang hervor, daß in den letzten Jahren alle dort Tätigen sich bemüht haben, der Sache Herr zu werden. Es fehlt uns an Kräften und bei größeren Baustellen an Kontrollorganen, so daß ein Kontrollorgan 2 bis 3, wie sich aus einem Disziplinarverfahren ergeben hat, sogar 12 Baustellen zu übersehen hatte. Es ergeben sich dadurch Schwierigkeiten, die wir beseitigen müssen, doch dann muß man für die notwendigen Menschen vorsorgen. Aber auch hier sind Schranken materielle und personeller Art gesetzt, so daß wir unser Ziel nicht in dem Maße erreichen, wie es notwendig wäre.

Ich möchte nicht versäumen, allen, die in dieser Sparte zu arbeiten haben, vom letzten Hilfsarbeiter an bis zu unseren kollektivvertraglichen Arbeitern über die Straßenarbeiter und Angestellten bis zu den Technikern und Ingenieuren, allen Leitern der Abteilungen, öffentlichen Dank hier im Haus zu sagen für die vollbrachten Leistungen. Besonders möchte ich hervorheben zwei leitende Herren, die den Dienst beenden, nämlich die beiden Herren Hofrat Fanta und Baudirektor Hazmuka.

Welcher Einsatz an Arbeit jeweils notwendig ist, um gerade auf dem Bausektor die aufgetauchten Probleme zu organisieren und zu bewältigen, wird jedem Einsichtigen klar sein und ich wünsche nur, es mögen hier sehr viele Einsichtige sein. Ich möchte noch einmal hier im Haus allen — und im besonderen den beiden scheidenden Herren — den Dank sagen, der ihnen gebührt für all die Arbeit, die sie im vergangenen Jahr und in allen vorhergegangenen Jahren für das Land geleistet haben. (Allgemein starker, anhaltender Beifall.)

Landesrat **Prirsch**: Hohes Haus! Als Provinzabgeordneter möchte ich mich zuerst an den großen Bruder in der Gruppe 6 wenden. Ich möchte besonders hervorheben, daß es doch möglich war, im laufenden Jahr einige wesentliche Regulierungsarbeiten in der Oststeiermark in Angriff zu nehmen und will dabei auf die Regulierung der Lafnitz bei Bierbaum verweisen. Schon diese verhältnismäßig kleine Maßnahme brachte es mit sich, daß sowohl Wasserschäden für die Landwirtschaft als auch für die Bundesbahn, die an dieser Stelle sonst immer entgleist ist, in weitgehendem Maße verhindert werden konnten. Ich hoffe, daß es im nächsten Jahr möglich sein wird, dieses wertvolle und segensreiche Vorhaben fortzusetzen. Auch an der Ritschein wird in einigen Tagen mit den Arbeiten begonnen werden. Diese Vorhaben sind insofern sehr schwierig gewesen, als hier ja auch Grenzprobleme mit dem Burgenland zu bereinigen waren. Ich und mit mir die ganze dort ansässige Bevölkerung sind glücklich, daß diese wichtigen Vorhaben in Angriff genommen wurden.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier hat mit Recht gesagt, man könnte hinsichtlich der

Straßen nicht mit Dekagramm rechnen. Ich weiß, daß mein eigenes Gebiet nicht mit viel Kilometern bedacht werden kann, aber es ist immerhin auch heuer möglich gewesen, an mehreren Straßen, wenn auch nicht an allzulangen Stücken, zu arbeiten. Das ist nicht nur hinsichtlich der Straßenverhältnisse von Bedeutung, sondern liegt die Bedeutung gerade in einem solchen Bezirk wie Fürstenfeld vor allem darin, daß bei diesem Vorhaben des Landes und Bundes beim Wasserbau und Straßenbau hunderte Arbeitskräfte an Ort und Stelle eine Beschäftigung finden. Und so angenehm, vielleicht auch so unwirtschaftlich es manches Mal aussehen mag, daß das Landesbauamt infolge der Fülle der Wünsche und der beschränkten Mittel nicht in der Lage ist, in einem Jahr längere Straßenstücke fertigzustellen, so wünschenswert ist dies vom Standpunkt der Bevölkerung aus und so wichtig ist es, daß alle Jahre auch in verschiedenen Gebieten etwas geschieht. Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß bei diesem Dekagrammverteilen auch im kommenden Jahr für die Straßen lokaler Natur einige Dekagramm auch für mein Gebiet abfallen werden.

Ich möchte nicht verabsäumen, bei dieser Gelegenheit dem Landesbauamt, dem Herrn Landesbaudirektor und allen seinen Mitarbeitern zu danken für den Bau der Landes-Landwirtschaftsschule Grottenhof-Hardt. Diese Schule ist wirklich schön und zweckmäßig gebaut worden. (Landeshauptmann Krainer: „Und teuer!“) Ein altes Sprichwort heißt: „Bauen ist eine schöne Lust, und was es kostet, ist mir bewußt!“ Es scheint also zu allen Zeiten das gute Bauen teuer gewesen zu sein. Hoher Landtag, so viel zu den lokalen Wünschen.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich zuerst allen Debattenrednern, die sich mit dem Wohnbauproblem beschäftigt haben, für die Aufgeschlossenheit und den Ernst, mit dem diese Sache behandelt wurde, danke. Der Herr Abgeordnete Bammer hat mit Recht darauf hingewiesen, daß leider für das nächste Jahr — wenigstens momentan — weniger Mittel zur Verfügung stehen. Aus den Zeitungen habe ich gerade gesehen, daß man sogar eine Schlagzeile daraus gemacht hat und es dort heißt: „Um 350 Wohnungen im nächsten Jahr weniger!“ Ich muß aber sagen — dem Herrn Finanzreferenten mache ich keinen Vorwurf, denn ich weiß, wie schwer es ist, ein solches Budget zu erstellen — wir haben doch in der Regierung gegenüber den ursprünglichen Ansätzen noch $4\frac{1}{2}$ Millionen auf unser Einwirken hin für den Landes-Wohnungs- und Siedlungsfonds dazubekommen können. Aber es mußte selbstverständlich das sozialistische Organ heute als Schlagzeile schreiben, um 500 oder 600 Wohnungen nächstes Jahr weniger. Vielleicht lesen wir dann morgen, weil wir ja die Wahrheit so schätzen, wenn die SPO nicht gewesen wäre, hätten wir noch um 300 oder 400 Wohnungen weniger im nächsten Jahr.

Hinsichtlich der Zinsenzuschüsse und Vorriffe möchte ich folgendes sagen. Es ist richtig, wir haben, wie ich schon im Finanzausschuß erklärt habe, in den letzten Jahren mit Annuitäten und Zinsenzu-

schüssen bei der Wohnbauförderung 1954 wesentliche Vorgriffe gemacht. Nicht aus Oberflächlichkeit und Leichtsinn, sondern weil der Wünsche nicht wenige sind und auch nicht weniger Wünsche werden, und weil die Not wirklich da ist. Ich weiß noch nicht, wieviel Annuitäten nächstes Jahr gegeben werden, denn das zu bestimmen wird letzten Endes Sache des Wohnbauförderungsbeirates, des Referates und der Regierung sein.

Wenn ich mir vorstelle, daß das Land Oberösterreich, wo ein Sozialist das Wohnungsreferat führt und sich mit der Frage sicherlich auch ernstlich befaßt hat, 36 Millionen Schilling in den letzten Jahren Annuitäten und Zinszuschüsse gegeben hat, so schließe ich, daß dort größere Vorgriffe gemacht wurden und der gesamte Betrag für Wohnbauförderung bei 80 bis 90 Millionen Schilling liegen dürfte. Man hat dort praktisch die Hälfte der normalen künftigen Mittel auf Jahre hinaus verbraucht. Ich glaube, daß wir also doch den richtigen und zweckentsprechenden Mittelweg gegangen sind. Wir haben uns in den letzten Jahren sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. Sie können mir glauben, daß es vor allem mir als dem zuständigen Referenten sehr angenehm wäre, wenn wir einige tausend Wohnungen mehr hätten bauen können. Wir haben uns bei der Zurückhaltung nicht nur von der Sorge wegen der Vorgriffe leiten lassen, sondern offen gesagt, auch wegen der Anspannung am Bausektor. Es sind der Wohnbautätigkeit und überhaupt der Bautätigkeit in den letzten Jahren durch die Konjunktur gewisse Grenzen gesetzt worden. Wir würden also, das sei auch gesagt, wenn diese Konjunktur absinkt und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten, ohneweiters in der Lage sein, auch mit Mitteln der Wohnbauförderung die Situation auf dem Arbeitsmarkt günstig zu beeinflussen. Ich lese in der Zeitung, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt hat, eine neue und langandauernde Konjunktur sei zu erwarten. Ich habe das in der „Neuen Zeit“ gelesen. Egal ist es, wo es steht, wenn es nur stimmt.

Die Herren Kollegen von der Sozialistischen Partei haben von einer Kehrtwendung gesprochen, ich muß schon sagen, ich bin nicht ganz klug geworden, welche Kehrtwendung das sein soll. Es ist richtig, daß die ÖVP damals — nicht aus wahltaktischen Gründen, sondern wohl darum, weil Wohnungssache uns Herzenssache ist — beantragt hat, 100.000.000 S im Darlehensweg vom Lande aufzunehmen und als Wohnungsbauförderungsmittel auszugeben. Wir haben uns aus den Gründen, die ich angeführt habe, mit 20.000.000 S begnügt. Auf Rechnung dieser 20.000.000 S wurden wenigstens 12,5 Millionen Schilling im Darlehenswege aufgenommen. Sie sehen im Voranschlag: Die Zinsen und die Rückzahlungsraten mit 7,5 Millionen S sind noch derzeit aus Landesmitteln gedeckt und sollen in den nächsten Monaten, am 1. Jänner 1959, glaube ich, als Darlehen von Geld- oder Versicherungsinstituten aufgenommen werden. Was war näherliegender, als daß sich die Abgeordneten der ÖVP und selbstverständlich auch der Referent mit der Frage befaßt haben, wie könnten wir zu neuen Mitteln auf erträglicher Basis kommen.

Ich muß zugeben, daß der Gedanke, der Wohnbau solle, solange das möglich ist, sich in sich finanzieren, naheliegender ist. Wir haben in den verschiedenen Wohnbaufonds vorrätige, aber bereits vergebene Gelder von 50 bis 60 Millionen Schilling. Diese Gelder sind für den Wohnungsbau bestimmt und es würde von der Bevölkerung draußen kaum verstanden werden, wenn wir sagen würden: gut, das Geld liegt zwar da, aber wir nehmen trotzdem 20 Millionen Schilling auf und verzinsen sie. Die Geldinstitute, die diese Darlehen geben, haben nicht ganz bescheidene Forderungen gehabt. Keine bescheidenen Forderungen, obwohl diese Gelder beim Lande absolut sicher angelegt sind und von einem Risiko überhaupt nicht zu reden wäre. Es wurden trotzdem Zinsen von 7,5 bis 8,5% verlangt. Es ist begreiflich und gar nicht so abwegig, oder gar eine Kehrtwendung, Herr Kollege Bammer, wenn wir diesen Weg vorgeschlagen haben und auf Ihren Wunsch hin so weit gegangen sind, daß man die Frage noch einmal ernstlich prüfen soll. Es ist finanztechnisch, vor allem vom Standpunkt der Geldwirtschaft des Landes aus, wichtig, daß wir hier wieder 2 oder 2½ Millionen Schilling ersparen, und zwar nicht aus selbstsüchtigen Gründen, genauso wie Landeshauptmannstellvertreter Horvatek nicht aus selbstsüchtigen Gründen verteilt. Dadurch kann wieder eine größere Anzahl von Darlehenswerbern berücksichtigt werden. Das ist keine Kehrtwendung, keine Tarnung, sondern die ernste Absicht, einen möglichen Weg zu finden, um, wie das mehrmals geschildert worden ist, den Wohnungsuchenden und Siedlern zu Darlehen zu verhelfen.

Hinsichtlich einer Sperre der Annahme von Gesuchen, oder wie Abg. Bammer meint, einer „offenen Aufklärung“ in irgendeiner Form, werden wir einen Weg finden, der uns wenigstens verwaltungstechnisch von dem Vorwurf befreit, man könnte nicht oder wollte nicht. Es kommen alle Tage 10 bis 15 neue Anträge. Es ist so, daß niemand alles weiß, es ist aber auch so, daß man, wenn man miteinander spricht, immer etwas hört, was letzten Endes gefällt und von dem man sagen muß, daß es einem vielleicht nicht eingefallen wäre, oder daß man eine andere Meinung gehabt hätte und nun aus diesen oder jenen Gründen davon abgeht.

Ich komme auf das Gebiet der Eigenheimförderung, der Eigentumswohnungen überhaupt. Es ist sicher mehr als erfreulich und ein Fortschritt, wenn z. B. von der Gemeinde Wien gesagt wurde, daß sie als erste in der ersten Republik den sozialen Wohnungsbau gefördert habe; ich weiß nicht, ob Bürgermeister Lueger da nicht auch schon etwas gebaut hat (Abg. Hofmann: „Ratzenstadln in Ottakring, ich habe sie gesehen.“). Es ist erfreulich, wenn der zuständige Stadtrat der Stadt Wien nun selbst mit vollen Segeln zum Eigentumswohnungsbau hinstrebt. Eines, Herr Kollege Hofmann, steht fest, Bürgermeister Lueger hat Wien zu dem gemacht, was es im positiven Sinne ist. Bürgermeister Lueger war der Bürgermeister — Sie müssen ihm wirklich ein Bild aufhängen —, den der Habsburger nicht geliebt hat. (Abg. Stöffler: „Er hat das erste Altersheim in Wien gebaut!“) (Händeklatschen bei ÖVP.) Heute noch, wenn Sie so gerne vom „roten

Wien" als vorbildlicher Stadt sprechen, dann können Sie es deshalb tun, weil ein Lueger die Fundamente zu diesem Aufbau gelegt hat. (Erneuter Beifall.)

Im allgemeinen, meine Damen und Herren, stehen wir auf dem Standpunkt, daß es hinsichtlich des Wohnungsbaues und der Abhilfe der Wohnungsnot keine Prestigefrage geben kann. Alles, was dem Wohnungssuchenden nützt und die Wohnungsnot eindämmt, muß man tun, ob es nun in das Programm hineinpaßt oder nicht. Ich meine natürlich ins Parteiprogramm. (Abg. Sebastian: „In Ihres paßt es natürlich nicht!“) Es wird lange und breit in der Presse und auch sonstwo — wie unlängst anlässlich einer Eröffnungsfeier — über die Wohnungsanforderung geschrieben und gestritten. Bei einer Gelegenheit in den letzten Wochen — ich nenne weder Name noch Zeit — hat ein Bezirkshauptmann in seiner Rede bei der Eröffnung eines Hauses einen besonderen Beweis seiner Beschlagenheit ablegen wollen. Er hat gesagt: „Ja, das Wohnungsanforderungsgesetz fehlt uns halt!“ Ich habe ihn dann gefragt, wieviele Wohnungen sind denn angefordert worden in den letzten 4 Jahren? Er hat gesagt: „Gar keine.“ Und dann habe ich einen Bürgermeister gefragt: „Hat das Wohnungsanforderungsgesetz für Ihre Stadt, die gewiß mit einer großen Wohnungsnot zu kämpfen hat, praktisch eine Bedeutung gehabt?“ Da hat er mir geantwortet: „Oh ja, praktisch schon, ich habe nämlich verschieben können, natürlich nicht im bösen Sinn. Ich habe verteilen können, ich habe z. B. einen, der eine schlechte Wohnung gehabt hat —, vielleicht eine solche, wie sie der Herr Kollege Hofmann in Wien gesehen hat —, besser versorgen können. Ich habe mit einem Wort einem Armen eine solche Wohnung zuteilen können und einen Reicheren in die neue Wohnung mit Bad hineinsetzen können. Das war vielleicht irgendwie praktisch, aber Wohnraum ist damit keiner geschaffen worden.“

Meine sehr Verehrten, ich bin dem Herrn Abgeordneten Bammer dankbar, daß er hier ÖVP-Zeitungen zitiert hat. Denn das ist doch ein Beweis dafür, daß bei uns keine Gleichschaltung — auch in der Presse nicht — besteht, und ich bin froh, daß hier Meinungen aufscheinen, die man bei solchen Auseinandersetzungen ganz gut brauchen kann. Wir werden uns nicht ändern, wir werden immer das Gute suchen und unter uns um die richtige Lösung ehrlich streiten und ringen. So haben wir es immer gehalten und so werden wir es auch künftig tun.

Nun etwas hinsichtlich Wagna. Wagna ist, um mich ganz milde auszudrücken, eine etwas sonderbare Angelegenheit. Tatsache ist, daß in Wagna sicherlich ein außerordentlich großes Flüchtlingslager besteht und weiters ist Tatsache, daß das Land seinerzeit der sehr aktiven und tüchtigen Bürgermeisterin ein sehr großes Stück Grund zur Umsiedlung verkauft hat. Das Land hat also die Gemeinde Wagna wirklich weitgehend und nach meiner Auffassung auch mit Recht unterstützt. Nun haben sie in Wagna mit dem Bau begonnen. Und zwar ein Haus mit 6 Wohnungen. Wenn wir mehr Geld gehabt hätten, hätten sie wahrscheinlich mehr bekommen. Man hat aber beim Bau dieser Wohnungen keine glückliche Hand gehabt. Verzeihen Sie, die Würde

des Hauses erlaubt das zwar nicht, aber ich muß es sagen, wenn die Cloentlüftung in die Küche geht — das erinnert mich an Ihren Fall, Herr Kollege Hofmann — so ist das kein Lueger-Bau. Das ist begreiflich. Vielleicht war das nur ein Versuch und man hat es schließlich gut gemeint. Aber das ganze hat zum Schluß recht kasernenmäßig ausgeschaut, aber der Bürgermeister hat gesagt, es ist ihm gar nicht übel vorgekommen. Man hat sich leicht mit ihm getan. Das muß ich schon sagen und ich lasse über ihn nichts kommen. Aber die, die hinter ihm stehen, (Zwischenruf bei SPO: „Der Assmann und der Pittermann!“), das sind die unguten Geister. Aber der Vizebürgermeister ist am Bau mitinteressiert. Der hat nämlich die Bauaufsicht. (Zwischenruf bei SPO: „Als Gemeindeglied!“) Nicht nur als Gemeindeglied. (Abg. Sebastian: „Aber unentgeltlich!“) Mir ist gesagt worden, um ein halbes Prozent. Das, meine Damen und Herren, glaube ich, können wir nicht tun. Denn das wird ja eine reine Kaserne, wenn wir so weiter bauen. Und nun ist der Kollege Assmann gekommen und noch ein paar, darunter der Obmann von der Flüchtlingsorganisation und haben angeregt, sie möchten selber bauen. Ich habe ihnen gesagt, daß gehe nicht so ohneweiters. Die einfachen Leute stellen sich das leichter vor als es ist. Das können sie nur im Wege über eine Siedlungsgenossenschaft machen. Dann bin ich hinuntergefahren und habe gefragt: „Seid Ihr dafür als echte Demokraten?“ „Freilich“, haben sie gesagt, alle waren dafür, wenn nur gebaut wird. Dann bin ich wieder nach Hause gefahren und wir haben das Nötige veranlaßt.

Doch nun hat es plötzlich große Schwierigkeiten gegeben. Im Gemeinderat haben sie zu streiten begonnen, das wäre an und für sich kein Malheur. Aber dann ist sogar noch die Raumplanung dazugekommen und jetzt ist es kritisch geworden. Ich sage das nur, damit Sie sehen, welche Schwierigkeiten es da gibt. Ich glaube, es hat sich darum gehandelt, ob in Wagna 2 oder 3 Geschosse gebaut werden. Ich habe gesagt, ich kann die „Wagnarianer“ nicht mehr bändigen. Es ist mir nichts übrig geblieben, als den Kollegen Blazizek zu rufen. Die Besprechung hat dann stattgefunden und der Kollege Blazizek hat gesagt: „Mich haben sie ja auch nicht lassen, ich hätte auch lieber das Krankenhaus um einen Stock höher gebaut und es wäre billiger gekommen.“

Aber obwohl Ihr Kollege gesagt hat, er werde das unterstützen, hörte ich, daß es trotzdem nicht gegangen ist. Obwohl 2 Landesregierungsmitglieder das eigentlich mit der Gemeinde ausgemacht und beschlossen haben, ist es doch zu Fall gekommen. Warum wir uns wegen dieses 3. Geschosses so strapaziert haben? Weil das damit zusammenhängt, daß es für arme Leute sehr notwendig ist und um, wie der Herr Kollege Bammer gesagt hat, möglichst niedrige Mietzinse zu erreichen. Jetzt steht es so, daß nur ein Baurecht eingeräumt wird, der Bau selbst ist im Rohbau fertig. Ich hoffe, daß sich alle miteinander vertragen. Sollten keine Bewerber für Eigentumswohnungen da sein, dann werden andere Mietwohnungen errichtet. Ich glaube zwar schon, daß sich Menschen finden werden, denn die Öster-

reichische Wohnbaugenossenschaft, die das baut, ist so stark und kräftig, daß sie Mietwohnungen bauen kann. Ich bedauere außerordentlich, daß durch verschiedene Schwierigkeiten der mehrgeschossige Bau zu Fall gekommen ist, weil sich das auf die anderen 50 oder 100 Wohnungen irgendwie ausgewirkt hat. Jetzt steht das Gebäude zweistöckig da und kann man nicht drei Stockwerke daraus machen. (Abg. B a m m e r : „Ich war in den Wohnungen der Gemeinde drinnen, ich würde wünschen, daß in der ganzen Steiermark solche Wohnungen gebaut würden.“) Ich habe nur das gesagt, was ich weiß. Es steht fest, daß unsere Fachleute dafür gesorgt haben, daß die Fehler, die beim ersten Bau gemacht wurden — ich habe nur einen genannt —, sich nicht wiederholen.

Ich möchte nach diesem wenig erfreulichen Kapitel noch sagen, daß wir in der Steiermark Gemeinden haben, ich will gar nicht alle nennen, die den sozialen Wohnungsbau in ganz hervorragender Weise unterstützen. Ich denke da, um nur drei Gemeinden zu nennen, an Frohnleiten. Dort haben es der Bürgermeister, der Vizebürgermeister und der Gemeindegeldkassier wirklich verstanden, eine Siedlung hinzustellen und Wohnungen zu bauen, die sich in jeder Hinsicht sehen lassen können. Diese Gemeinde Frohnleiten gibt, was wenige Gemeinden tun, für Eigentumswohnungen sogar Beihilfen und Darlehen. Der Bürgermeister und seine Mitarbeiter haben mir dort gesagt: Da haben wir nur einmal das Geschehen, dann ist für uns der Bau erledigt und kostet per saldo weniger und die Leute freuen sich und sorgen für ihre Häuser und Wohnungen selbst. Auch die verhältnismäßig nicht reiche Landgemeinde Gleisdorf baut so und ich will gar nicht, um nicht vielleicht unobjektiv zu wirken, von Fürstenfeld reden. Was auf diesem Gebiet in der Oststeiermark im Zusammenwirken mit dem Lande geleistet wird, das kann sich wirklich in jeder Hinsicht sehen lassen. Ich muß sagen, ob so oder so, die Farbe spielt keine Rolle, wenn die Leute nach Fürstenfeld kommen und sich diese Bauten anschauen, sind sie alle begeistert. Das erfordert Liebe, Opfer, sehr viel Opfer, und der Herr Landeshauptmann könnte davon ein Lied singen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, zu erklären, daß gerade auf dem Wege der Bedarfszuweisungen manches für den Wohnungsbau der Steiermark in allen Orten geschieht. Wir müssen diese Unbekannte auch einkalkulieren. Ich würde nur wünschen, das wäre wieder eine Ausgleichsmöglichkeit, wenn die Herren Referenten des Gemeindeausgleichsfonds sich auch von diesen Gesichtspunkten leiten lassen würden.

Es tut mir leid, Herr Präsident Stephan ist momentan nicht da, leid deshalb, weil er mich mißverstanden hat. Ich wollte ihm nicht irgendwie nähertreten. Er hat sich ohne Zweifel durch meinen Zwischenruf etwas gestört gefühlt. (Zwischenruf: „Das halten wir für ausgeschlossen.“) Wenn ich sehe, wie diese kleinen Körperschaften und Gemeinschaften, die Gemeinden, wenn sie ein bißel Hilfe haben, im Wohnungsbau Unglaubliches zu leisten vermögen, dann wird mir vor dem Wohnbauministerium angst und bange. Ich war deshalb ver-

ärgert mit den Herren der FPÖ, weil sie immer die erhabensten und wackeren Streiter wider den Bund und seine Vorrechte sind, und war deswegen so enttäuscht, weil Herr Präsident Stephan jetzt sagt, er will ein Wohnbauministerium, mit allem, was dazugehört. Wir sind der Meinung, daß die Verteilung der Wohnbauförderungsmittel, der Mittel des sozialen Wohnungsbaues, nicht in Wien, sondern bei den Landesregierungen, in den Ländern geschehen soll. Die Länder im Zusammenwirken mit den Gemeinden würden hier viel elastischer, viel gerechter sein, und ich glaube, der Erfolg wäre viel größer, als er so jemals sein kann. Deshalb muß es unsere Forderung, die Forderung des Landtages sein, kein Ministerium zu errichten, sondern für die Wohnbauförderung zweckbestimmte Gelder an die Länder zu geben. Für die Vereinheitlichung der Wohnbauförderung wäre ich auch, aber nicht zentralisiert, sondern dezentralisiert.

Darf ich noch einiges zum Unterabschnitt 622, dem Landeswohnbauförderungsfonds, sagen: Im Jahre 1958 standen uns folgende Mittel zur Verfügung: nicht verbrauchter Rest des 20-Millionen-Schilling-Kredites: 5,291.000 S, ordentlicher Landesbeitrag: 9,500.000 S, außerordentlicher Beitrag, also mit Bedeckung im außerordentlichen Haushalt, die im Jahre 1958 möglich war, was ich besonders hervorhebe: 3,600.000 S, weiters Rückzahlungen: 7,000.000 S, Verzichte und Streichungen: 840.000 S. Dem Landeswohnbauförderungsfonds sind somit 1958 zur Verfügung gestanden: 26,332.000 S. Bewilligt wurden aus der Landeswohnbauförderung 588 Darlehen im Betrag von 25,515.000 S, 41 Baukostenzuschüsse im Gesamtbetrag von 201.000 S, 45 Nachtragsdarlehen im Betrag von 641.000 S und 4 Nachtragsbaukostenzuschüsse von 21.000 S. Es zeigt sich auch hier, Hoher Landtag, daß durch die lange Wartezeit oft Nachträge infolge der gesteigerten Kosten notwendig wurden. Dazu kommen im Berichtsjahr gezahlte Zinszuschüsse von 118.648 S und gezahlte Annuitäten für den 20-Millionen-Kredit von 734.247 S, so daß die Gesamtausgaben 27,230.000 S rund betragen haben.

Damit wurden 673 Wohnungen gefördert. Davon befinden sich 542 in Einfamilienhäusern, 140 in Zweifamilienhäusern, 6 in Dreifamilienhäusern und die restlichen 75 Wohnungen betreffen Auf-, Zu- und Umbauten. 2 steirische Gemeinden erhielten Darlehen im Betrage von 220.000 S. Insgesamt wurden 674 Wohnungen mit einer Gesamtbaukostensumme von 88,000.000 S gefördert.

Die berufsmäßige Aufgliederung der Fondshilfempfeänger ist wieder so: Arbeiter 49'4%, öffentliche Angestellte 14'14%, Privatangestellte 10'23%, Rentner und Pensionisten 5'63%, freie Berufe 20'60%. Wie im Vorjahr haben daher die Lohn- und Gehaltsempfeänger 80% der Förderungsmittel erhalten. Was die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Bezirke betrifft, so steht wie in den Vorjahren das Gebiet der Stadt Graz an erster Stelle. Es folgen die Bezirke Graz-Umgebung und Weiz, auch wie in den Vorjahren.

Beim Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt befinden sich derzeit rund 1700 unerledigte Anträge,

von denen etwa 1000 auf den Landesfonds und 700 auf die Wohnbauförderung 1954 entfallen. Mit den für 1959 vorgesehenen Mitteln werden voraussichtlich nicht mehr als 400 Anträge einer Bewilligung zugeführt werden können, so daß ein erheblicher Teil unerledigt bleiben muß.

Hohes Haus, hinsichtlich der Wohnbauförderung 1954 darf ich folgendes sagen. Erstens einmal, daß es richtig ist, daß der Bundesbeitrag nicht in der präliminierten Höhe eingelaufen ist. Wir rechnen — können es aber noch nicht genau sagen, weil das vierte Quartal noch nicht da ist — mit 75³/₄ Millionen durch die Bundeswohnbauförderung.

Für den Barackenersatz wurden 20 Anträge von Gemeinden und gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen bewilligt und hierfür Darlehen im Betrag von rund 18¹/₂ Millionen und jährliche Annuitätenzuschüsse von rund 568.000 S zugesichert. Außerdem hat die Landesregierung den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, für Wohnungen von Mandatsflüchtlingsen, die gemeinsam mit der UNREF errichtet werden sollen, Darlehen im Betrage von 2.175.000 S zur Verfügung zu stellen. Hier möchte ich für Wagna die erfreuliche Mitteilung anführen, daß wir uns bemüht haben, daß auch die Internationalen Hilfsorganisationen in Wagna bauen. Wir werden dann 3 Sparten haben. Die Wohnbaugenossenschaft, die Gemeinde und, wie ich hoffe, nun auch die Internationalen Organisationen.

Nun die Bauvorhaben der Gemeinden. Hier wurden 30 Anträge bewilligt und hierfür 24.828.000 S zugesichert und bewilligt, weiters Annuitätenzuschüsse von jährlich 1.031.000 S. Die Summe der Hypothekendarlehen, für welche Annuitätenzuschüsse zugesichert wurden, beträgt 16¹/₂ Millionen. Mit diesen Mitteln konnten 416 Wohnungen gefördert werden.

Von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen wurden 38 Anträge bewilligt und hierfür Darlehen im Betrage von 18⁴ Millionen Schilling, weiters nicht rückzahlbare Baukostenzuschüsse von 763.000 S und Annuitätenzuschüsse von jährlich rund 2¹/₂ Millionen zugesichert. Es ist der ganze Annuitätenvorgriff. Die Summe der Hypothekendarlehen, für die Annuitätenzuschüsse zugesichert wurden, beträgt rund 40¹/₂ Millionen Schilling, damit wurde der Bau von 647 Wohnungen gefördert.

Bei den Bauvorhaben für natürliche Personen wurden 404 Anträge bewilligt und hierfür Darlehen im Betrage von 23.102.000 S zugesichert. Damit wurden 404 Wohnhäuser mit 440 Wohnungen gefördert. Ich darf hier auch berichten, daß wir für die Unwettergeschädigten damals aus der Wohnbauförderung 1954 eine Sofortmaßnahme getroffen haben und es ist erfreulich, daß sowohl die Gemeinde Allerheiligen als auch die Gemeinde Turnau ein Wohnhaus mit mehreren Wohnungen bauen und daß auch schon 10 oder 15 Einzelansuchen da sind. Es hat Schwierigkeiten mit der Planung und wegen der Grundfrage gegeben. Es ist aber zu hoffen, daß aus diesem Anlaß dort eine geschlossene Siedlung der Schwerstgeschädigten erstehen wird.

Die Gesamtförderung im laufenden Jahr beträgt also: Darlehen 113¹/₂ Millionen Schilling, Baukostenzuschüsse 763.000 S und Annuitätenzuschüsse 4.122.000 S. Insgesamt rund 118.386.000 S. Damit wurden gefördert 2493 Wohnungen, also rund 2500. Ich glaube, daß das letzten Endes auf den Wohnungsfehlbestand in der Steiermark einen gewissen Einfluß haben muß und ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß gerade durch die Wohnbauförderung in den Landgebieten für viele Gewerbetreibende und Bauarbeiter Verdienstmöglichkeiten geschaffen wurden.

Hoher Landtag, es ist heuer das 10. Jahr, daß sich der Steiermärkische Landtag und die Steiermärkische Landesregierung intensiv mit dem sozialen Wohnungsbau beschäftigen. Im Jahre 1948 ist der Landeswohnbauförderungsfonds geschaffen worden und im Jahre 1949 hat er zu wirken begonnen. Ich darf sagen, daß der Landeswohnbauförderungsfonds in diesen 10 Jahren Darlehen in der Höhe von 184.704.000 S gegeben hat, weiters Bauzuschüsse von 1.852.000 S und Zinszuschüsse von jährlich ca. 100.000 S für den Bau von insgesamt 6418 Wohnhäusern mit 8606 Wohnungseinheiten. Von diesen Objekten sind 4733 Einfamilienhäuser, das sind 75%, und 852 Zweifamilienhäuser.

Aus den Mitteln des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 wurden in den Jahren 1955—1958 Darlehen im Betrage von 234.335.000 S, Bauzuschüsse von 2.390.000 S und jährliche Annuitätenzuschüsse von 11.696.000 S vergeben. Mit diesen Annuitätenzuschüssen wurden Hypothekendarlehen von Kreditinstituten im Gesamtbetrage von 186.000.000 S mobilisiert. Insgesamt wurden vom Lande aus diesen Aktionen Kreditmittel und Baukostenzuschüsse von 425.000.000 S teils bereitgestellt, teils durch Verbilligung der Zinsen verwendbar gemacht.

Der Wohnhauswiederaufbaufonds hat in den 10 Jahren für die Steiermark mit einem Betrag von 466.000.000 S rund 5000 Wohnungseinheiten geschaffen, der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat in diesen 10 Jahren für die Steiermark Darlehen in der Höhe von 390.000.000 S und jährliche Zinszuschüsse von 5¹/₂ Millionen Schilling für den Bau von 10.600 Wohnungseinheiten gegeben. Die Gesamtförderung in diesem Abschnitt von 10 Jahren bezog sich aus Bundesmitteln auf 15.600 Wohnungen, aus Landesmitteln — inbegriffen die Wohnbauförderung 1954 — auf 14.916 Wohnungen. Wenn wir Bund und Land zusammenrechnen, dann sind das 29.516 geförderte Wohnungen im Betrage von 1 Milliarde 296 Millionen Schilling. Das sind doch sicherlich sehr ansehnliche und beachtliche Beträge. Natürlich würden wir alle wünschen, daß auch in den nächsten Jahren dieses Tempo nicht nur fortgesetzt, sondern noch verstärkt werden könnte.

Es hat einer der Herren Debattenredner, wenn ich mich recht erinnere, zum Ausdruck gebracht, daß beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Ansuchen auf 1.300.000.000 S vorliegen. Es wird den Hohen Landtag vielleicht interessieren, wieviele Anträge beim Lande aufliegen: Für den Barackenersatz 1214 Wohnungen mit einem Bedarf von 97.900.000 S und Annuitäten von 662.000 S. Die Bauvereinigungen